

*Von der*  
*Deutschen Volkspartei*  
*zur*  
*Sozialdemokratie*

Mannheims Oppositionspresse in der  
zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

---

Als PDF-Datei bietet dieser Text folgende  
Navigationsmöglichkeiten:

- Direktzugriff auf einzelne Kapitel durch Anklicken der Überschriften im Inhaltsverzeichnis
- Rückkehr zum Inhaltsverzeichnis durch Anklicken einer beliebigen Seite
- Vergrößerung der Zeitungs-Faksimiles bis zur Lesbarkeit der Texte

## **Motto: Alles für das Volk, Alles durch das Volk.**

Diese Darstellung schildert die Anfänge der sozialdemokratischen Presse am Beispiel der Stadt Mannheim. Besondere Berücksichtigung finden dabei Vorläufer und zeitweilige Weggefährten der Sozialdemokratie in der linksliberalen Publizistik.

Bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts verfügte die Arbeiterschaft über keine eigene Programmatik, sondern verfolgte ihre politischen Ziele im Kielwasser der (klein)bürgerlichen Demokraten. Die erste wichtige Station zur organisatorischen Verselbständigung des „vierten Standes“ war die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle 1863. Ihre eigentliche politisch-ideologische Emanzipation erlebte die Arbeiterbewegung dann mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869.

Bevor es zur Abspaltung der Sozialdemokratie vom bürgerlichen Liberalismus kam, versammelten sich in der Deutschen Volkspartei - die ihren Schwerpunkt in Süddeutschland hatte - noch einmal jene demokratisch-republikanisch gesinnten Vertreter des Bürgertums, welche die Hoffnungen der Märzrevolution nicht begraben hatten. Aus der deutschen Volkspartei bzw. ihrem sächsischen Pendant gingen auch die beiden Männer hervor, welche die deutsche Sozialdemokratie begründeten: August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Die Nabelschnur, welche die spätere sozialdemokratische Presse mit der bürgerlich-demokratischen Publizistik verbindet, wird in Mannheim am Beispiel des Deutschen Wochenblatts, der Deutschen Arbeiterhalle und der Mannheimer Abendzeitung besonders sichtbar. Auch die Neue Badische Landes-Zeitung ist in ihren Anfängen der deutschen Volkspartei zuzurechnen. Mit dem Pfälzisch-Badischen Volksblatt erschien 1878 die erste sozialdemokratische Parteizeitung. Sie fiel aber bald dem Sozialistengesetz zum Opfer, ebenso die Tarnblätter Mittelrheinische Familienblätter, Der Pionier und Pfälzische Freie Presse. Während des Sozialistengesetzes gab die „Neue Badische Landes-Zeitung“ als Ableger für die Arbeiterschaft die Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung heraus. Ab 1890 verfügte die SPD dann mit der Volksstimme wieder über ein legales Organ. Sowohl die „Neue Badische Landes-Zeitung“ als auch die „Volksstimme“ erschienen bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Die vorliegende Darstellung verfolgt deshalb in beiden Fällen auch die weitere Entwicklung.

---

© Udo Leuschner

HTML-Fassung fürs Internet: Februar 2001

PDF-Fassung: März 2008

# *Inhalt*

Historische Einführung

*Die „Verbismarckung“ der Liberalen  
SPD und Sozialistengesetz*

Die Zeitungen

- *Wochenblatt für die Pfalz (15.1.1856 - 28.6.1856)*
- *Neue Badische Landes-Zeitung (1.8.1856 - 1933)*
- *Deutsches Wochenblatt (1.1.1865 - 22.9.1867)*
- *Deutsche Arbeiterhalle (1.6.1867 -4.12.1868)*
- *Mannheimer Abendzeitung (1.1.1869 - 14.12.1870)*
- *Mannheimer Zeitung / Neuer Mannheimer Anzeiger (1873 - ca. 1877)*
- *Pfälzisch-Badisches Volksblatt (5.1.1878 - 26.10.1878)*
- *Mittelrheinische Familienblätter (Okt. 1878 - 24.11.1878)*
- *Der Pionier (1886)*
- *Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung (1886 - ca. 1914)*
- *Pfälzische Freie Presse (Jan. 1888)*
- *Volksstimme (1.5.1890 - 9.3.1933)*

# *Die „Verbismarckung“ der Liberalen*

Auch nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 schwelt in Deutschland der Konflikt zwischen Bürgertum und alter feudaler Klasse weiter. Hinzu tritt als neue Kraft die Arbeiterschaft. Die nationale Frage ist noch immer ungelöst. Die politische Kunst Bismarcks besteht zum guten Teil darin, die Unabweisbarkeit der neuen sozialen Kräfte und der nationalen Einigung zu erkennen. Er weiß, daß sich das Alte nur unter Zugeständnissen erhalten läßt. Er leitet eine „Revolution von oben“ ein, um eine sonst unausweichliche Revolution von unten zu verhindern. Nach dem Sieg über Österreich bringt er es sogar fertig, die Fürsten von Hannover, Kurhessen und Nassau vom legitimen Thron zu stürzen, was keine demokratische Bewegung erreicht hat. Er kokettiert zeitweilig mit der Arbeiterschaft, um sie als Druckmittel gegen die Liberalen zu gebrauchen. Genauso bedient er sich aber auch der Liberalen, um die Sozialdemokratie unter Ausnahmegesetz zu stellen.

Bismarck scheint zu wissen, daß seine Herrschaft nur Bestand haben kann, wenn es nicht beim äußeren Zwang bleibt, sondern dieser verinnerlicht wird. Er entwickelt eine Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche“, die er erfolgreich gegenüber Liberalen und Sozialdemokraten anwendet. Seine Politik läßt sich als praktische Verhaltenspsychologie im gesellschaftlichen Maßstab begreifen. Sie terrorisiert und korrumpiert zugleich. Bismarck hat keine Bedenken, einen Rechtsbruch zu begehen, wenn es ihm zur Erlangung seines politischen Ziels notwendig erscheint. Er setzt sich genauso über die Legitimität der abgesetzten Fürsten hinweg wie über die verbrieften Rechte des Bürgertums im preußischen Verfassungskonflikt. Die Peitsche ist ihm jedoch kein Selbstzweck. Sie wird ergänzt durch „Zuckerbrot“ in verschiedenerlei Gestalt.

Nachdem die schlimmsten Jahre der Konterrevolution überstanden sind, wird 1859 in Eisenach der Nationalverein gegründet, der die nationale Einigung Deutschlands unter preußischer Führung anvisiert. Obwohl er dieses Ziel durchaus auf der Grundlage der bestehenden halbfeudalen Machtverhältnisse zu erreichen versucht, verfolgen die herrschenden Mächte sein Wirken mit Mißtrauen und Polizeimaßnahmen. 1861 entsteht die Deutsche Fortschrittspartei, in der sich ebenfalls Liberale der demokratischen und konstitutionalistischen Richtung zusammenfinden. Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus erringt die Fortschrittspartei mit anderen liberalen Gruppen die nahezu ausschließliche parlamentarische Mehrheit. Zu Beginn des Verfassungskonflikts sitzen im Abgeordnetenhaus 253 Abgeordnete der liberalen Opposition nur 23 Bismarck-Anhängern gegenüber.

Der Verfassungskonflikt offenbart die inkonsequente, zwischen Aufbegehren und Loyalität schwankende Haltung der liberalen Bourgeoisie. Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses demonstriert zwar 1860 ihre Unzufriedenheit mit den herr-

schen politischen Verhältnissen, indem sie die Bewilligung der Gelder für die von der Regierung geplante Heeresreform verweigert. Gleichwohl bewilligt sie der Regierung einen außerordentlichen Zuschuß für die Kriegskasse, mit dem die Heeresreform in Angriff genommen werden kann. Das wiederholt sich 1861. Als dann im folgenden Jahr die liberalen Parteien erneut die Gelder für die Heeresreform aus dem Budget streichen und kein Budgetgesetz zustande kommt, läßt es der neue Ministerpräsident Otto von Bismarck auf die offene Kraftprobe mit den Liberalen ankommen. Er bricht einfach die Verfassung, regiert ohne Budgetgesetz und setzt sich auch auf anderen Gebieten - so durch seine berüchtigten Presseordonnanzen - über verbrieft Rechte des Bürgertums hinweg. Trotz der erheblichen Unruhe im Volk, die von Attentaten auf Wilhelm I. (1861) und Bismarck (1866) begleitet wird, wagen es die Liberalen nicht, Bismarcks Fehdehandschuh aufzugreifen. Die Abwendung des „vierten Standes“ vom besitzbürgerlich erstarrten Liberalismus wird dadurch beschleunigt.

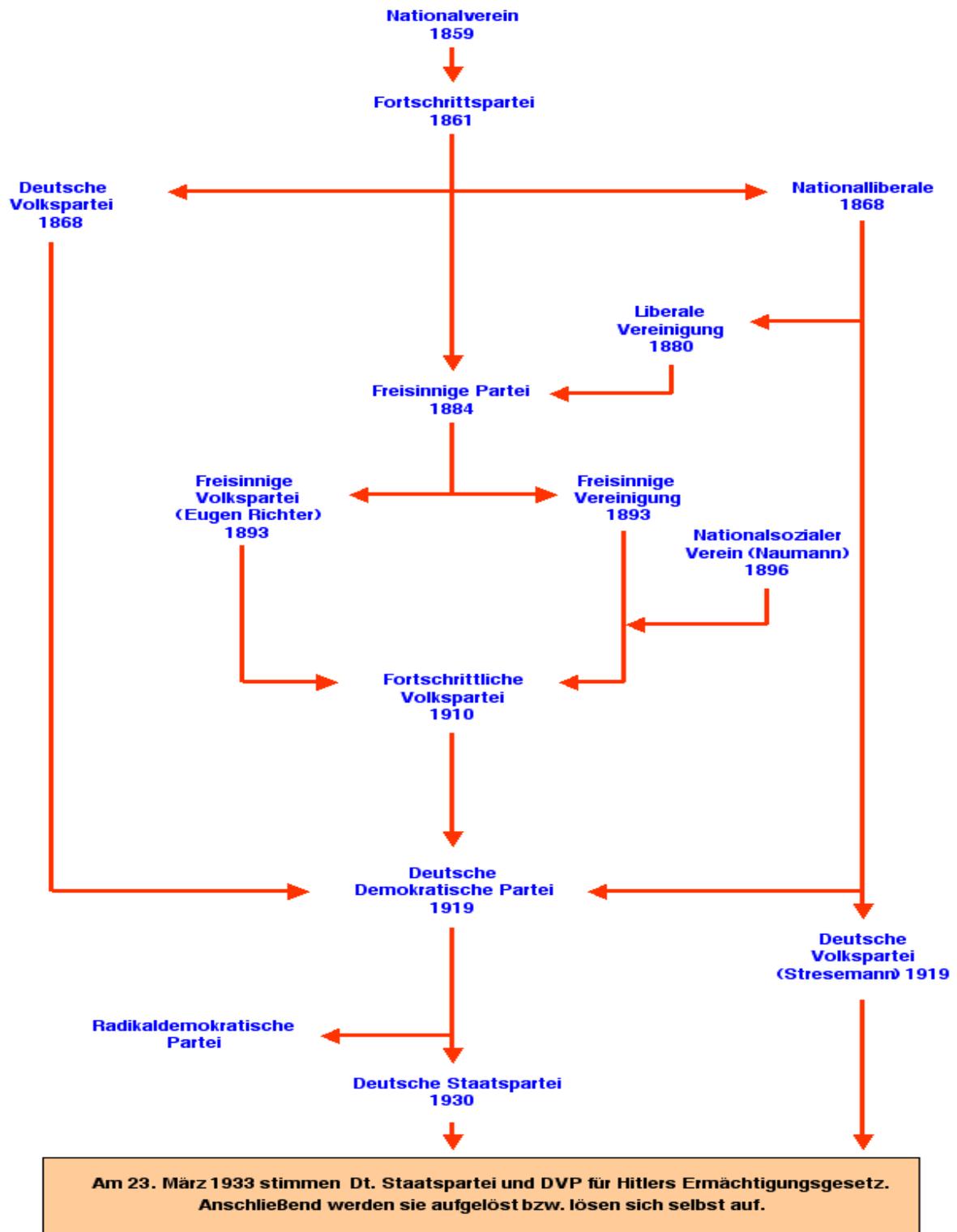
### **Der Zerfall der Fortschrittspartei und die Reintegration der liberalen Strömungen bis 1919**

Der Verfassungskonflikt läßt die latente, bis in den Vormärz zurückreichende Spaltung im liberalen Lager erneut manifest werden. Einflußreiche Teile der Bourgeoisie gehen nach einer kurzen Linksschwenkung offen zu Bismarck über. Sie treiben Realpolitik, indem sie ihre politischen Forderungen gegen ökonomische Zugeständnisse eintauschen, die ihnen Bismarck im Zuge seiner „Revolution von oben“ auch zu gewähren bereit ist. Schon 1864 hatte sich aus liberalen Verfechtern des Freihandels die „Volkswirtschaftliche Gruppe“ formiert, die eine Einigung mit Bismarck anstrebte. Unter dem Eindruck des preußischen Siegs über Österreich billigt dann 1866 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei nur 75 Gegenstimmen die „Indemnitätsvorlage“ und damit nachträglich das verfassungswidrige Vorgehen Bismarcks. 1867 bricht die Fortschrittspartei endgültig auseinander. Die Vertreter des Großbürgertums, die eine Zusammenarbeit mit dem Regime anstreben, bilden die Nationalliberale Partei, die in der Folge zur wichtigsten parlamentarischen Stütze Bismarcks wird. In Süddeutschland formieren sich die demokratisch-republikanischen Kräfte der Fortschrittspartei zur Deutschen Volkspartei (die nicht mit der im Dezember 1918 entstandenen Rechtspartei gleichen Namens unter der Führung von Gustav Stresemann verwechselt werden darf).

Die preußischen Siege über Dänemark (1864) und Österreich (1866) demonstrieren die Schlagkraft des halbfeudalen preußischen Regimes nach innen und außen. Sie unterstreichen augenfällig die Worte Bismarcks, wonach nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch „Blut und Eisen“ die großen Fragen der Zeit entschieden werden. Da diese Machtpolitik zugleich mit erheblichen Fortschritten bei der nationalen Einigung verbunden ist und auf ökonomischem Gebiet Verständnis für die Interessen der Bourgeoisie zeigt, leitet sie eine psychologische Wende in der Haltung des preußischen und deutschen Bürgertums ein. Das Bürgertum „verbismarckt“ allmählich. Seine Vorbehalte gegenüber der Innenpolitik Bismarcks verblassen vor der Begeisterung über die außenpolitischen Erfolge bzw. auf dem Gebiet der nationalen Einigung. Dieser Umschwung dokumentiert sich

Die „Verbismarckung der Liberalen“

Das recht komplizierte Gefüge des deutschen Liberalismus, wie es sich vom Nachmärz bis zur Weimarer Republik entwickelte, verdeutlicht das folgende Schema:



bereits 1866 in den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die am Tag der siegreichen Schlacht von Königgrätz stattfinden. Die Fortschrittspartei, die sich gegen den preußisch-österreichischen Bruderkrieg gewandt hatte, verliert dabei fast die Hälfte ihrer bisher 143 Mandate. Die „Altliberalen“, die Bismarck unterstützt haben, gelangen dagegen von 9 auf 26 Sitze und die Konservativen vervierfachen sogar ihren Anteil von 36 auf 142 Mandate.

Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 wird der deutsche Nationalstaat in seinen Grundzügen vollendet. Der siegreiche Krieg von 1870/71 vollendet die Einbeziehung der süddeutschen Staaten in den Bund. Der König von Preußen wird erbliches Bundesoberhaupt und führt den Titel eines deutschen Kaisers. Es charakterisiert die junkerlich-despotischen Züge des damit aus der Taufe gehobenen Staatswesens, daß bei der Proklamation des Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles kein einziger bürgerlicher Abgesandter zugegen ist. Das demokratische Bürgertum ist mit diesem Triumph so gut wie auf den Nullpunkt gebracht. Ihm bleibt politisch wie bewußtseinsmäßig fortan nur noch die totale Resignation oder das Arrangement mit dem halbfeudal-despotischen Regime. Es entwickelt sich jene Untertanenmentalität, wie sie Heinrich Mann in seinem Roman „Der Untertan“ in der Figur des Diederich Heßling aufgezeigt hat - kontrastierend zu der resignativen Gestalt des alten Buck, der an den demokratischen Idealen seiner Jugendzeit festhält.

In rascher Folge verabschieden der norddeutsche und spätere deutsche Reichstag eine Reihe von Gesetzen, mit denen die ökonomische Ordnung im Sinne der Bourgeoisie ausgebaut und gefestigt wird: 1867 Zollvereinigungsgesetz, Freizügigkeit, Konsulatsgesetz, Gesetz über Nationalität der Kauffahrteischiffe; 1868 einheitliches Maß und Gewicht, Notgewerbegesetz; 1869 Zollgesetz, Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch und Wechselordnung; 1870 Gesetz über Urheberrecht am geistigen Eigentum; 1871 Postgesetz; 1872 Seemannsordnung; 1873 einheitliche Münze, Zolltarifgesetz; 1874 Markenschutz, Strandungsordnung; 1875 Reichsbank, Eisenbahnpostgesetz; 1876 Patentgesetz.

Nicht verabschiedet werden dagegen wirklich liberale Gesetze, beispielsweise ein freies Presse- und Vereinsgesetz. Der nationalistische Taumel im Gefolge der Reichsgründung entzieht solchen liberalen Forderungen vollends den Boden. Ein wesentlicher Bestandteil der alten Forderungen, die nationale Einheit, ist schließlich erreicht worden. Daß in dem neuen nationalen Einheitsstaat die Vertreter der alten feudalen Klasse das Heft in der Hand haben, wird von den Nationalliberalen gern übersehen, solange daraus der Bourgeoisie keine wesentlichen, nämlich ökonomischen Behinderungen erwachsen.

Dabei differiert jedoch die ökonomische Interessenlage der bürgerlichen Schichten zunehmend und zieht entsprechende ideologische Implikationen nach sich. Auf die Hochkonjunktur der „Gründerjahre“, die von vier Milliarden Mark französischer Kriegsentschädigung angeheizt wird, folgt ab 1873 eine Serie wirtschaftlicher Zusammenbrüche. Der große „Krach“ stärkt die Stellung des Großkapitals und erschüttert das liberale Vertrauen in die Harmonie der wirtschaftlichen Interessen bei

ungezügelter Wettbewerb. „Die Erfahrungen der siebziger Jahre“, schreibt der Kulturhistoriker Karl Lamprecht, „bekehrten wichtige Gruppen der Unternehmer vom Freihandel zum Schutzzoll und machten sie der alten Theorie, die nunmehr als Theorie des Liberalismus schlechthin zu gelten begann, abspenstig.“

Die liberalen Ideen des „Nachwächterstaats“, des Freihandels und des „Laissez faire“ entsprechen gegen Ende des 19. Jahrhunderts weder den fortgeschrittenen kapitalistischen Produktionsverhältnissen noch der zunehmenden Gefahr, die für Besitzbürgertum und Adel vom erstarkenden „vierten Stand“ ausgeht. In entscheidenden Wirtschaftsbereichen wird das freie Spiel der Kräfte durch Monopole und Kartelle beseitigt. Aus der freien Konkurrenz erwachsen neue marktbeherrschende Unternehmen. Den neuentstehenden Monopolen fällt es nicht schwer, ihr Kapitalinteresse mit dem Nationalinteresse gleichzusetzen. Es ist die Zeit der weltweiten Expansion des Monopolkapitals. Es werden Flotten gebaut, Heere ausgerüstet, Kolonien erworben und lautstarke Ansprüche auf wirtschaftliche Einfluszbereiche angemeldet. Das Wort „Imperialismus“ - noch nicht durch zwei Weltkriege und die spezifisch marxistische Sinnggebung diskreditiert - wird von der zeitgenössischen Bourgeoisie durchaus unbefangen und mit positivem Akzent gebraucht. In Deutschland erhält diese imperialistische Politik durch das Zusammentreffen einer stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung mit einem halbfeudal-militaristischen Staatsapparat eine besonders aggressive Note. Besonders kraß gestaltet sich in Deutschland auch der Widerspruch zwischen den ökonomischen Potenzen des Kapitals und seinem verhältnismäßig geringen geographischen Einfluszbereich. Die aggressivsten Vertreter des deutschen Imperialismus, die sich seit 1891 im „Alldeutschen Verband“ zusammengeschlossen haben, streben offen nach der Annexion anderer europäischer Gebiete.

Über Art und Ziele solch expansiver Machtpolitik gibt es im Lager des herrschenden Kreise wiederum differierende Auffassungen. Die neuen Monopole der Elektro- und Chemieindustrie, die sich im „Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein“ zusammengeschlossen haben, sind dem blindwütigen Chauvinismus der „Alldeutschen“ überwiegend abgeneigt. Sie schrecken zwar genausowenig vor einem imperialistischen Eroberungskrieg zurück wie das Bündnis von Großgrundbesitz, Kohle und Stahl, vertrauen aber mehr auf ihre eigene ökonomische Stärke zur Durchsetzung und Behauptung der wirtschaftlichen Hegemonie in Europa. Das hat durchaus objektive Gründe. Zum einen verfügen die deutschen Chemie- und Elektromonopole über umfangreiche Kapitalanlagen im Ausland (man denke etwa an den Bau der Bagdad-Bahn), zum anderen kann sich um die Jahrhundertwende kein anderes Land mit der geballten Macht der neuen Industrien in Deutschland messen, während die Beherrscher von Kohle und Stahl zumindest mit der überlegenen Konkurrenz Englands rechnen müssen.

Diese Front zwischen Junkern und Schwerindustrie einerseits und den neuen Industrien andererseits wird schon bei der heftigen Auseinandersetzung um die Schutzzölle sichtbar, in der sich die Schwerindustriellen mit den Großagrariern hinter Bismarck stellen. Eine Gruppe nationalliberaler Anhänger des Freihandels spaltet sich daraufhin 1880 als Liberale Vereinigung ab und schließt sich 1884 mit der

### *Die „Verbismarckung der Liberalen“*

Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei zusammen. 1893 zerfällt diese Partei wiederum in die Freisinnige Volkspartei Eugen Richters und die großindustriell beherrschte Freisinnige Vereinigung. Letztere nimmt 1903 den Nationalsozialen Verein auf, der 1896 von Friedrich Naumann gegründet worden war. 1910 formiert sich dann aus der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen „Demokratischen Volkspartei“ die Fortschrittliche Volkspartei. 1919 mündet die „Fortschrittliche Volkspartei“ in die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die nach Ende des ersten Weltkriegs als liberales Sammelbecken konzipiert wird und auch die ehemalige Nationalliberale Partei teilweise erbt. Der rechte Flügel der ehemaligen Nationalliberalen verweigert sich freilich dem Anschluß an die DDP und findet stattdessen in Gustav Stresemanns Deutscher Volkspartei (DVP) (die mit der inzwischen verblichenen Deutschen Volkspartei der süddeutschen Demokraten nichts zu tun hat) eine neue politische Heimat.

# *SPD und Sozialistengesetz*

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach ins Leben gerufen. Sie bedeutet die politische Verselbständigung der Arbeiterschaft, die bis dahin in die kleinbürgerliche demokratische Bewegung eingebunden war. Die neue Partei nimmt vor allem hinsichtlich der „sozialen Frage“ eine andere Haltung ein. Die kleinbürgerlichen Demokraten wollen die Arbeiterschaft durch soziale Reformen und Bildungsmaßnahmen in die bürgerliche Gesellschaft integrieren. Dagegen fordern die Sozialdemokraten die „Abschaffung aller Klassenherrschaft“ durch Beseitigung der „ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten“ als der „Grundlage der Knechtschaft in jeder Form“. Ideologische Grundlage dieser Forderung ist die von Marx und Engels eröffnete Sichtweise auf die Gesellschaft. Gleichwohl bleibt auch für die Sozialdemokraten die „politische Freiheit [. . .] die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen“, so daß sich eine weitgehende Identität ihrer politischen Forderungen mit denen der kleinbürgerlichen Demokraten ergibt. Noch im Gothaer Programm von 1875 stimmen nicht weniger als sieben Forderungen wörtlich mit dem Programm der kleinbürgerlichen „deutschen Volkspartei“ überein. Für die Sozialdemokraten sind demokratische Forderungen wie die nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, nach Gesetzgebung und Rechtsprechung durch das Volk jedoch kein Endziel, sondern Voraussetzung für die demokratische Umwälzung der sozialen Verhältnisse.

Die ersten Jahrzehnte der Sozialdemokratie stehen im Zeichen der ideologischen Emanzipation vom (Klein-)Bürgertum. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem theoretischen Erbe der Lassalleaner, die sich 1875 in Gotha mit den „Eisenachern“ vereinigen. Auf der abstraktesten Ebene entspricht dem die Zurückweisung des Vulgärmaterialismus, wie ihn etwa Ludwig Büchner in „Kraft und Stoff“ propagierte, durch den dialektischen Materialismus. Eine ganze Reihe programmatischer Schriften von Marx und Engels, von der „Kritik des Gothaer Programms“ bis zum „Anti-Dühring“, verdanken ihre Entstehung dieser Auseinandersetzung.

Die Fortsetzung dieser politisch-ideologischen Offensive wird 1878 durch das Sozialistengesetz unterbunden. Die Sozialdemokratie verliert ihre gesamte legale Organisation und den damit verbundenen Propagandaapparat. Das 1878 verabschiedete Sozialistengesetz ist indessen kein reiner, tyrannischer Willkürakt Bismarcks, sondern kommt mit der Billigung durch die Reichstagsmehrheit und die Nationalliberalen als Repräsentanten des Großbürgertums zustande. Bismarck schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Er zwingt die Nationalliberalen, dem antiliberalen Sozialistengesetz zuzustimmen und sich damit zur grundsätzlichen Verbundenheit von großbürgerlichen und feudalen Klasseninteressen zu bekennen. Auf der anderen Seite eliminiert er die Arbeiterbewegung als die einzige überzeugende Kraft einer „Revolution von unten“, die seine „Revolution von oben“ gefährden könnte, aus dem legalen politischen Kräftefeld.

Politischer und ideologischer Zwang gehen dabei Hand in Hand. Bismarck legt sein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt vor. Er wartet vielmehr einen geeignet erscheinenden Anlaß ab, um mittels der Presse und anderer Instrumente eine Art Massenhysterie zu erzeugen. Den ersten Anlaß bieten die Schüsse, die der Klempnergeselle Hödel am 11. Mai 1878 auf den Kaiser abfeuert. Hödel ist indessen ein so ausgemachter Wirrkopf und sein Attentat so dilettantisch, daß Bismarcks Entwurf für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie im Reichstag mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt wird. Bezeichnend für das Widerstreben der bürgerlichen Parteien ist die Bitte Rudolf Virchows, ihm den Schädel des hingerichteten Wirrkopfs für anatomische Untersuchungen zu überlassen. Außerdem unterliegt es keinem Zweifel, daß der Lumpenproletarier Hödel, der sich abwechselnd bei den Sozialdemokraten, den Anarchisten, den Nationalliberalen und den „Christlich-Sozialen“ Stoeckers anzubiedern versuchte, allein von den Sozialdemokraten abgewiesen und ausgeschlossen worden war.

Es bedarf somit eines anderen Anlasses, um eine Massenhysterie zu erzeugen. Er findet sich neun Tage nach der Ablehnung des ersten Ausnahmegesetzes durch den Reichstag. Am 2. Juni 1878 schießt ein Dr. Karl Nobiling mit einer Schrotbüchse auf den Kaiser und verwundet ihn schwer. Der Attentäter richtet anschließend die Waffe gegen sich selbst und stirbt am 10. September. Nobiling können keine Verbindungen zur Sozialdemokratie unterstellt werden. Er ist vielmehr eine verkrachte bürgerliche Existenz. Dennoch bringt der offiziöse „Telegraph“ noch am Abend des Attentats eine amtliche, in Wirklichkeit erfundene Mitteilung, wonach Nobiling bei einer gerichtlichen Vernehmung ausgesagt haben soll, daß er sozialistischen Tendenzen huldige. Die Massenhysterie erfaßt nunmehr nicht bloß den konservativen Mob, sondern sämtliche bürgerlichen Parteien. Die Nationalliberalen bieten sich an, dem Ausnahmegesetz über die parlamentarischen Hürden zu helfen. Aber Bismarck will mehr: Er löst den Reichstag auf und schreibt Neuwahlen aus. Für die Wahlzeit verhängt Bismarck ein „System des weißen Schreckens“, mit dem das Bürgertum vollends um seine Sinne und zu schmachlichsten Bekundungen seiner Loyalität gegenüber dem Regime gebracht wird.

Franz Mehring berichtet von einer „Denunziantenpest“, die bis in die Familien drang: „Der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirtshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert.“

Mit solchen „Delirien“ (Mehring bewirkt Bismarck zunächst die Reduzierung des Stimmenanteils von Liberalen und Sozialdemokraten bei den angesetzten Reichstagswahlen. Von dieser politischen Basis aus kann er die Nationalliberalen völlig an die Wand drücken. Sie stimmen jetzt einem noch weit schärferen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu. Das Gesetz wird am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 49 Stimmen angenommen. Das Stimmenverhältnis hat sich also gegenüber der Abstimmung über die erste, mildere Fassung des Ausnahmegesetz-

zes gerade umgekehrt. Dabei hat sich objektiv gar nichts weiter getan, als daß eine verkrachte bürgerliche Existenz auf den Kaiser schoß. Entscheidend war eben nicht der objektive Tatbestand, sondern das, was Bismarck und die Medien daraus zu machen verstanden. Daß ihnen die Erzeugung solcher „Delirien“ gelungen ist, legt Zeugnis ab vom Geisteszustand eines Bürgertums, das seine ursprünglichen demokratischen und liberalen Ideale einer blinden Autoritätsgläubigkeit und Untertanenmentalität zu opfern begonnen hatte.

Im Grunde gleichen beide Attentate auf den Kaiser demjenigen, das der Bürgermeister Tschech 1844 auf den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. verübte. - Damals kein Anlaß zur Massenhysterie, sondern für ein demokratisches Spottlied, in dem das Mißlingen des Attentats ironisiert wurde: „Hatte je ein Mensch so'n Pech, wie der Bürgermeister Tschech, daß er diesen dicken Mann, auf zwei Schritt nicht treffen kann!“

Bismarcks Vorgehen demonstriert, wie politischer und ideologischer Zwang sich gegenseitig bedingen und durchdringen. Gegenüber einer Weigerung der Reichstagsmehrheit wäre ihm nichts anderes übriggeblieben, als erneut die Verfassung zu brechen und die Sozialdemokratie mit brutaler, durch nichts als die reine Verfügung über Militär, Polizei und Justiz legitimer Gewalt zu unterdrücken. Inzwischen ist aber das politische und ideologische Rückgrat der bürgerlichen Parteien gebrochen. Sie haben sich auf eine zwischen Aufbegehren und Fügsamkeit schwankende Loyalität gegenüber dem Regime eingelassen. Sie haben ideologisch ihren Tribut gezollt: Recht und Ordnung, das Reich, die Nation, der Kaiser und sein Regime werden sich in einem dumpfen Nationalismus immer ähnlicher. Diese ideologische Loyalität vermag Bismarck als politisches Handeln einzufordern. Den willkommenen Anlaß bietet, daß auf den Kaiser als die charismatische Repräsentationsfigur des Systems geschossen wurde. Das erste Mal wollen und können sich die Liberalen dem Ansinnen noch entziehen, weil der Kaiser nicht verletzt wurde. Dafür werden sie um so stärker in die Pflicht genommen, nachdem ein zweites Attentat erfolgte und der Kaiser getroffen wurde. Bismarck schlägt ihnen die Ideologie, auf die sie sich eingelassen haben, regelrecht um die Ohren. Anstatt die nunmehr signalisierte Zustimmung zum Ausnahmegesetz anzunehmen, löst er den Reichstag auf und verbessert im Zuge von Neuwahlen seine parlamentarische Basis zu Lasten der Liberalen. Gestützt auf diesen politischen Fakt kann er den Reichstag nunmehr ein noch weit schärferes Ausnahmegesetz beschließen lassen. Bei alledem spielt keine Rolle, daß es keine Verbindung zwischen den Attentätern und der Sozialdemokratie gibt. Anstatt auf diesem Fakt zu insistieren, wie es rechtsstaatlichem Verständnis entspräche, akzeptieren die Liberalen das konservative Horrorgemälde eines terroristischen Sumpfes mit der Sozialdemokratie als Mittelpunkt. Uneingestanden mag bei den Liberalen die Hoffnung eine Rolle spielen, sich eines politischen Konkurrenten zu entledigen. Offen zum Ausdruck kommt dies freilich nicht. Sichtbar wird lediglich eine Massenhysterie, die alle auftauchenden Ungeheimheiten und Widersprüche hingelegt.

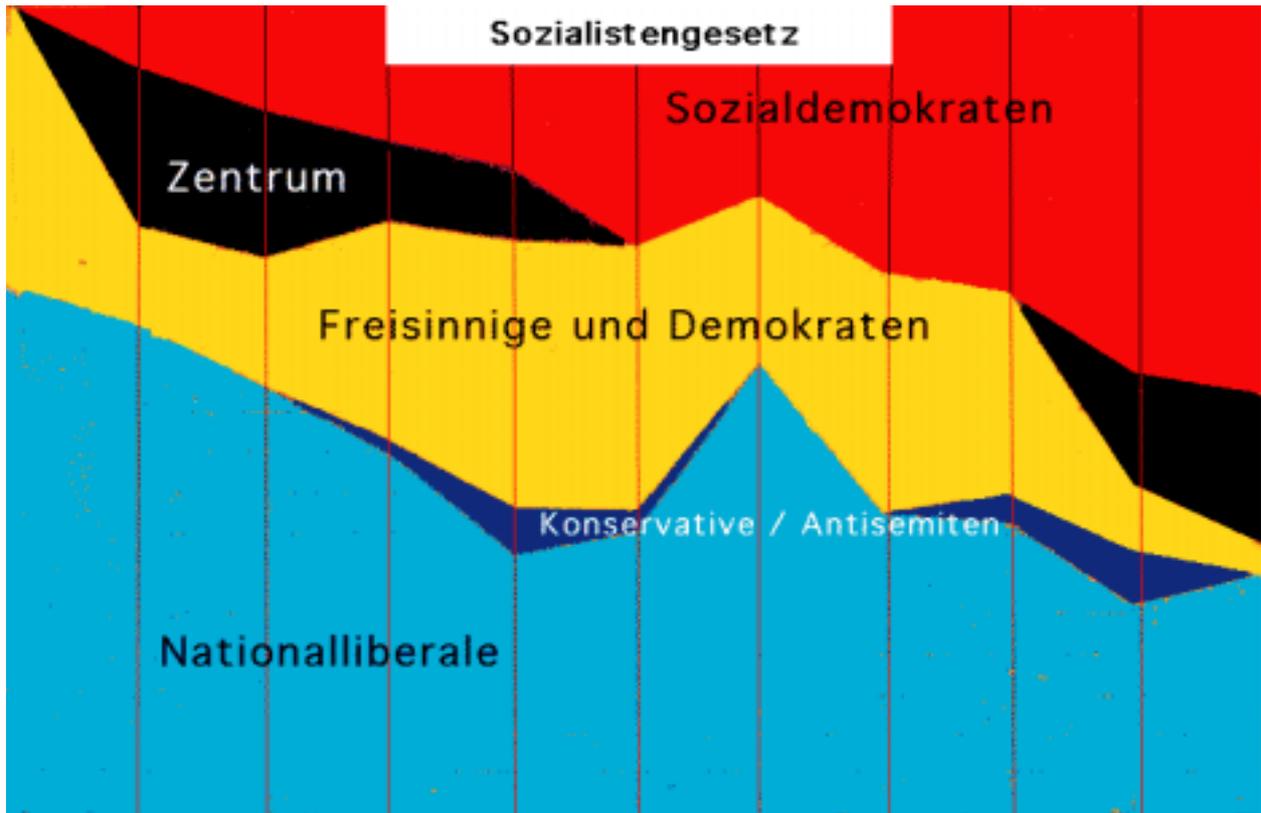
Das Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ ist zunächst auf drei Jahre befristet. Es wird aber mehrfach vom Reichs-

tag verlängert. Insgesamt befindet sich die Sozialdemokratie zwölf Jahre lang in einem Zustand der Illegalität. Das Gesetz kann zwar nicht verhindern, daß die Stimmenzahl für die - der Bevölkerung wie der Polizei als solchen bekannten - legalen Kandidaten der Sozialdemokratie bei den Wahlen wächst. Es behindert aber sehr wohl die propagandistische Arbeit der Partei nach außen und auch die innerparteiliche Auseinandersetzung, wie sie in Marxens Kritik am Gothaer Programm bzw. an der lassalleanischen Erblast der Partei zum Ausdruck kam. Die allgegenwärtige Verfolgung und Schikanierung der Parteianhänger bietet zu solchen Auseinandersetzungen weder Zeit noch Gelegenheit. Insofern hinterläßt das Gesetz sicherlich seine Spuren in der Partei.

Hinzu kommt, daß Bismarck die Taktik von „Peitsche und Zuckerbrot“ (Mehring) auch gegenüber der Arbeiterbewegung anwendet. Hatte er zuvor die Bourgeoisie in ihrem politischen Machtanspruch gedeckelt, gleichzeitig aber ökonomische Zugeständnisse gemacht, so verbindet er jetzt die Unterdrückung der Sozialdemokratie mit sozialen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft. Drei Jahre nach Erlaß des Sozialistengesetzes wird in einer kaiserlichen Botschaft eine Sozialgesetzgebung angekündigt. 1883 kommt zunächst die Krankenversicherung und 1884 die Unfallversicherung für Arbeiter zustande. 1889 folgt die Alters- und Invalidenversicherung. Damit verfolgen die herrschenden Klassen das erklärte ideologische Ziel, „den besitzlosen Klassen der Bevölkerung durch erkennbare direkte Vorteile die Überzeugung nahelegen, daß der Staat ihnen ebenso diene wie den bemittelten Klassen“ (Meyers Konversations-Lexikon von 1902). Und sicher bleibt dieser Versuch, trotz der anfänglichen Zurückweisung solcher „Verbesserungen der Armenpflege“ (Mehring), auf die Dauer nicht erfolglos.

Das Sozialistengesetz erweist sich allerdings als eindeutiger Fehlschlag, soweit es die Zerschlagung der Sozialdemokratie und ihrer Wählerschaft zum Ziele hatte. 1889 scheitert ein von Bismarck nur halbherzig betriebener Versuch zur Verewigung des Ausnahmegesetzes im Reichstag. Am 20. Februar des folgenden Jahres erringt die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von allen Parteien die meisten Wählerstimmen: Über 1,4 Millionen. Dieses eindrucksvolle Plebiszit kann - ungeachtet der autoritären Staatsverfassung - von den herrschenden Klassen nur um den Preis der „Verrottung“ (Mehring) der eigenen Herrschaft ignoriert werden. Hinzu verstrickt sich Bismarck in einen Streit mit dem neuen Kaiser, der mit seiner Entlassung endet. Noch im gleichen Jahr läuft das Sozialistengesetz aus, ohne erneuert zu werden.

Der Abgang Bismarcks wurde nur von der Sozialdemokratie bejubelt. Für das deutsche Bürgertum war der ehemalige Erzfeind der Liberalen längst zu einer übermächtigen Vater-Figur geworden, deren Größe seine eigene Erbärmlichkeit bedingte und ergänzte. Der Psychologe und spätere DDP-Politiker Willy Hellpach schrieb aus der Sicht des Jahres 1905 von einem „furchtbaren Angstparoxysmus“, der die deutsche Bourgeoisie beim Abgang ihres Zuchtmeisters befallen habe: „Mit Otto von Bismarck schien das letzte Symbol der alten geschlossenen Kraft dahinzustürzen. Man muß den Ton verstehen: es ist ein Aufschrei des Schreckens, der Angst, ein Aufschrei der völligen Verlassenheit, der angesichts dieses Ereignisses



Diese Grafik zeigt das Stärkeverhältnis der Parteien bei den zehn Reichtagswahlen von 1871 bis 1903 im Wahlkreis Mannheim-Schwetzingen-Weinheim. Das Sozialistengesetz von 1878 bis 1889 kann den Aufstieg der Sozialdemokratie offensichtlich nicht verhindern. Da der Reichstag nur bescheidene Mitspracherechte besaß, dürfen die Wahlergebnisse allerdings nicht im Sinne einer allmählichen Erringung der Macht mißverstanden werden. Sie waren vor allem als Stimmungsbarometer aufschlußreich.

die bürgerlichen Schichten der Nation durchzittert. [. . .] Gott längst verloren; nun auch der verloren, der wie ein Mittler zwischen den Deutschen und ihrem Geschick gewaltet hatte . . .“.

Die bürgerlichen Ängste beim Abgang Bismarcks waren nicht unbegründet, wie sich spätestens 24 Jahre später herausstellen sollte. Dem preußisch kujonierten Bürgertum waren mit den freiheitlichen Regungen auch politischer Verstand und Augenmaß ausgetrieben worden. Der so gezüchtete Untertanengeist verlangte nach einer überlegenen Führung, die das hatte, woran es ihm selber gebrach. Fatale Weise war aber jene Klasse, deren Geschäfte Bismarck so klug besorgt hatte, gar nicht fähig, sein Erbe fortzuführen. Kaiser Wilhelm II. glich in seiner bombastisch-hohlen Art mehr einem bürgerlichen Parvenü als einem kühl wägenden Sachwalter feudalen Standesinteresses im bürgerlichen Zeitalter. Er verkörperte dieselbe Borniertheit wie der durchschnittliche Bourgeois. So verbanden sich die alten, abgewirtschafteten Klassen mit einer Bourgeoisie, deren Emanzipation auf halbem Wege stehengeblieben war. Aus dem liberalen Trauma entstand ein irrationaler Bismarck-Kult, der nach dem Sturz des Kaisers in die kleinbürgerliche Sehnsucht nach dem charismatischen „Führer“ mündete.

# Wochenblatt für die Pfalz.

Nr. 26.

Samstag, 28. Juni

1856.

Abonnements-Preis: in vierteljährlicher Vorausbezahlung 36 Kreuzer, ohne Post-Ausschlag. — Bestellungen auf dasselbe bittet man den nächstgelegenen Post-Expeditionen zu übermachen.

## Schlusswort an die Leser!

Mit dem heutigen Blatte müssen wir von unsern Lesern Abschied nehmen. Gleich unsere erste Nummer ist Gegenstand der Beschlagnahme, Anklage und Verurtheilung vor den Gerichten der bayerischen Pfalz geworden, und die verurtheilenden Richter haben die Gelegenheit eifrig ergriffen, sofort das Verbot des „Wochenblattes“ auszusprechen. Vielleicht irren wir nicht, wenn wir annehmen, daß mit demselben Grunde, womit diese erste Nummer verurtheilt ward, auch aus allen folgenden etwas Strafwürdiges hätte herausverhört werden können. Denn selbst wenn man in Rechnung bringt, daß die in jener Nummer kritisirte Persönlichkeit eines besondern gesetzlichen Schutzes nicht nur zu genießen, sondern auch zu bedürfen schien (während wir unsererseits dieselbe eben so wenig für unverletzlich als für heilig angesehen haben); — so macht Einem doch der ganze Zusammenhang der Dinge den Eindruck, daß die Maßregel hier Zweck, das Urtheil eher Mittel war. Es ist uns Das von den kundigsten und verschiedensten Stimmen aus der Pfalz so bestimmt vorausgesagt worden, daß wir kaum der eigenen Erfahrung bedürft hätten, um uns davon unwidersprechlich zu überzeugen. Nun ist es so gekommen, wie man voraus sagte; man hat den ersten Anlaß ergriffen, über ein in seinen Formen durchweg gemäßigtes, aber unabhängiges Blatt das gerichtliche Todesurtheil zu verhängen, — um aller Welt den handgreiflichen Beweis zu liefern, daß es Verwaltungs-Systeme gibt, die eine unabhängige Presse durchaus nicht ertragen können. Ob es klug gethan war, dies so rasch und offen kund zu geben, die Frage wollen wir auf sich beruhen lassen; das Monopol, das auf diesem Wege einer Presse im Styl der „Pfälzer Zeitung“ gesichert wird, hat in jedem Falle nichts Beneidenswerthes.

Mit jenem Verbot ist aber der Rißton, die das „Wochenblatt“ auf sich genommen, ein Ziel gesteckt. Es galt uns vor Allem, auf dem Boden der Pfalz das constitutionelle Recht gegen bureaukratische Willkür zu verfechten, dem System der Einschüchterung den besonnenen Freimuth entgegen zu setzen, der Presse feiler Laqueurs mit Offenheit und Wahrheit zu begegnen. Das gerichtliche Verbot drängt uns aus dem Kreise der Hörer, deren Bedürfnis zunächst das Blatt in's Leben gerufen hat, hinweg; wir ziehen es vor, ganz zu schweigen. Auch die erfreuliche Wahrnehmung, daß das „Wochenblatt“ während seiner kurzen Wirksamkeit sich Freunde in weiten Kreisen erworben hat, die vielleicht sein Aufhören bedauern, auch dies kann uns in unserem Entschlusse nicht irre machen. Einstweilen mag das starke Regiment jenseits, durch das Beispiel der im nahen Kaiserreich herrschenden Präfectenwirthschaft ermuthigt, ruhig fortfahren, sich seine „wahrhaft freien und muthigen Männer“ heranzubilden; wir wollen es darin nicht stören.

Ob die unabhängigen Männer der Pfalz einen zweiten Versuch, sich Gehör zu schaffen, unternehmen werden, können wir nicht sagen; wir wünschen wenigstens, daß dieser erste sie nicht abschrecken möge. In jedem Falle ist es eine wohlfeilere Sache, über den Druck und die Einschüchterung im Stillen zu klagen, als offen dafür das Wort zu nehmen; das beweisen die jüngsten Pressproceße in der Pfalz und der Proceß gegen den Rentner Fröhlich. Ein System, wie das bezeichnete, kann nur bestehen, wenn es eine entmuthigte Presse, entmuthigte Richter und eine entmuthigte Bevölkerung unter sich hat. Wenn es aber einmal so weit kommen kann, so darf man darum niemals die Regierenden allein anklagen; auch die Regierten haben daran ihr gutes Theil. Es besteht in jedem deutschen Staate Recht und Gesetz genug, um den Einzelnen wie den Massen Mittel zur legalen Vertheidigung zu geben; aber man muß den Muth haben, sie zu brauchen. Die Dreistigkeit der Einen nähert sich an der Feigheit der Andern. Insofern hatte jener Staatsmann Recht, wenn er den Klägern über Wahlbeherrschung zurief: Schämt Euch, warum habt ihr Euch beherrschten lassen? Insofern hatte auch jener Peinist Recht, wenn er sagte: jede Nation sei gerade so gut regiert als sie es verdient.

Es dünkt sich wohl Mancher was Rechtes, wenn er im engsten Vertrauen und unter vier Augen über Druck und Gewaltthätigkeit klagt, aber von hundert Bedenken überwältigt wird, sobald man ihm anmuthet, sein gutes Recht, vielleicht mit einiger Unbequemlichkeit, offen zu verfolgen. Oder es hält sich Mancher für einen wackern Patrioten, wenn er in stolzer Zurückgezogenheit sich in den Mantel seiner Bürgertugend hüllt und die Dinge gehen läßt wie sie gehen; sein erhabener Fatalismus ist aber doch nichts weiter, als eine andere Form der Mattheitigkeit. Auch dünkt sich Mancher ungemein gesinnungstüchtig, wenn er die müde Kosinante abgetriebener Parteistichwörter vollends zu Lode reitet und um Papierschnitzel hadert, während er sich bestunt, ob es der Mühe werth ist, um wirklicher Realitäten willen auf die Presse zu gehen.

*In seinem Abschiedswort an die Leser beklagte das „Wochenblatt für die Pfalz“ die Engstirnigkeit der herrschenden Gewalten*

# Wochenblatt für die Pfalz

(5. Januar 1856 - 28. Juni 1856)

„Ein größerer Kreis unabhängiger Männer der Pfalz“ veranlaßte 1856 den Mannheimer Buchdrucker Heinrich Hogrefe, in seinem Betrieb und unter seiner Verantwortlichkeit das „Wochenblatt für die Pfalz“ herauszubringen. Die beiden ersten Nummern erschienen am 5. und 12. Januar als Proheblätter. Seinen künftigen Kurs umriß das Blatt so: Gegen das herrschende Übermaß an Bürokratie, für die beschleunigte Herbeiführung der nationalen Einigung und gegen das „Aufbrechen alter Wunden“, womit die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche gemeint war.

Diese Programmpunkte und der sonstige Inhalt trugen die Handschrift des liberalen pfälzischen Bürgertums. Offenbar hielt man die Stunde für gekommen, die feudalen Gewalten zu größerer Vernunft zu mahnen. Politische Willkür, nationale Zersplitterung und obrigkeitliche Gängelung der Wirtschaft, wie sie die Restaurations-epoche kennzeichneten, mußten sich auf Dauer hinderlich für jede weitere Entwicklung auswirken. Vor allem das Besitzbürgertum hatte ein Interesse daran, „zur Bildung einer ruhig besonnenen und charakterfesten öffentlichen Meinung in unserem Teile des Vaterlandes etwas beizutragen“.

Ab der Nummer 14 vom 5. April 1856 zeichnete Carl Pfeiffer in Heidelberg für die Redaktion verantwortlich. Druck und Expedition verblieben bei Heinrich Hogrefe.

Außer vorsichtig temperierten Appellen zur Mäßigung an die Adresse der herrschenden Gewalten brachte das „Wochenblatt für die Pfalz“ hauptsächlich Gesetzentwürfe zum Abdruck, an denen in Handels- und Gewerbekreisen ein lebhaftes Interesse herrschte. Trotz der vorsichtigen Gangart verfiel schon die erste Nummer der Beschlagnahme: Das Wochenblatt hatte die Eröffnungsrede des General-Procurators am Zweibrückener Appellationsgericht als Beispiel reaktionärer Beschränktheit aufs Korn genommen. Der General-Procurator fühlte sich gekränkt und verklagte das Blatt. Das Gericht ergriff die Gelegenheit, ein Verbot des Wochenblatts für die bayerische Pfalz auszusprechen. Darauf stellte das Wochenblatt mit der Ausgabe vom 28. Juni 1856 sein Erscheinen gänzlich ein.

Im „Schlußwort an die Leser“ kondolierte das Wochenblatt den herrschenden Gewalten zu ihrer Engstirnigkeit:

*„Man hat den ersten Anlaß ergriffen, über ein in seinen Formen durchweg gemäßigtes, aber unabhängiges Blatt das gerichtliche Todesurteil zu verhängen, - um aller Welt den handgreiflichen Beweis zu liefern, daß es Verwaltungs-Systeme gibt, die eine unabhängige Presse durchaus nicht ertragen können. Ob es klug getan war, dies so rasch und offen kund zu geben, die Frage wollen wir auf sich beruhen lassen.“*

Nr. 89. Erstes Blatt. 18. Jahrgang.

Neue Badische Landes-Zeitung

Montag 30. März 1868.

Mannheimer Anzeiger

Verleger: August Schuler in Mannheim. Druck: bei August Schuler in Mannheim.

Manuskripten werden in der Redaktion angenommen. Die Redaktion ist für die Rückantwort nicht verantwortlich.

Telegramme.

Darmstadt, 28. März. Ein in der Abgeordnetenversammlung eingetragener Antrag für die Abhaltung der Reichstags-Sitzungen...

Verlesen: Regulator über die vollständige Behandlung der mit den Posten eingehenden Waaren; Kreditirung der Abgaben von Salz...

Wenn die Nationalversammlungen in ihrem künftigen Gange für das Volk der Unfreiheit und Gewalt den Anstoß der Wahlen in Süddeutschland...

Der abstrakte Begriff des Staats trat an die Stelle der konkreten Person, aber der abstrakte Herrscher war noch unbeschränkter, als vorher der Herrscher...

Politische Uebersicht.

Der Bundestag des Zollvereins hielt am Freitag eine Sitzung. In derselben wurden folgende Vorlagen an die betreffenden Ausschüsse...

\* Zu den Wahlen in Süddeutschland.

Die Ausschüsse, daß sich das „Zoll“-Parlament in ein „Voll“-Parlament verwandeln, sind eher gering geworden...

Deutschland.

Carlsruhe, 29. März. Dem I. bayrischen Art.-Hauptr. A. D. J. J. J. J. wurde das Ritterkreuz I. Klasse...

\* Sein Mönch.

Bendale setzte seine Nachforschungen fort und entdeckte einen Augenblick später die gefälschte Quittung...

Obenerzler machte einen Vorstoß. „Wie, mein ich die Quittung untersuchen?“ fragte Bendale...

Bendale überreichte ihm die Quittung. Obenerzler sagte: „Deshalb ist es so wichtig und notwendig, daß ich sie für Sie untersuchen lasse.“

„Ich werde noch heute mit der Abendpost nach Mannheim schreiben“, sagte Bendale, indem er die Quittung zum zweiten Mal einwarf...

Meinen älteren Onkel, Herrn Desfrenier, haben beinahe Geschäfte nach Mailand gerufen. In seiner Abwesenheit schreibe ich Ihnen, mit seiner Zustimmung und in seinem Auftrag, in Betreff der fehlenden 500 Pfund.

Versteigerung der Fahrnis-Versteigerung in Nr. C 4 Nr. 21 in der Schillerstraße...

Einladung. (7686) Am 31. März bis 7. April...

Wein-Versteigerung in Mannheim. (7689) Im Auftrag...

Fahrnis-Versteigerung Montag den 30. März Nachmittags 2 Uhr...

Danfagung. (7688) Für das gütliche Wohlsein...

Warnung. (7781) Ich warne hiermit...

Restaurations z. g. Stern vis-a-vis dem Theater Wiener Kaiser- Bier...

Champagner. Niederlage deutscher Champagner...

Fransjöfcher Weine bei Jakob Uhl...

Aechter Nürnberger Meerrettig bei J. S. Schradl...

Wodwische. (7677) Ich bringe hiermit...

Mannheimer Vorträge. 11. Abend. Dienstag, den 31. März 1868...

Dilettanten-Verein. Dienstag den 31. März Musikalische Aufführung im Saale des Badner Hofes...

Consum-Verein. (7772) Wir bringen hiermit zur Kenntnis...

Löwenkeller. In der großen Halle Heute Sonntag den 29. März...

Grünes Haus. Sonntag, den 29. März CONCERT der HARMONIE-MUSIK...

Mühlau-Schlößchen. Heute Sonntag, den 29. März...

Grosse Musikalische Production (Schiffelthaler'scher).

Zum weißen Bären. Heute Sonntag, den 29. März...

Eröffnung der Wirthschaft von Peter Müller im Pfälzers-Grund...

Strohputzwäsche. (7649) Jede Woche werden Herren- und Damen-Strohhüte...

Strumpfwaren. (7773) Ich bringe hiermit mein Lager in Bettfedern...

En-tous-cas & Entre-deux. Um vielen Nachfragen zu entsprechen...

S. Weilmann. (7700) Gebären neben der neuen Synagoge.

Versteigerungs-Aufündigung. Montag den 30. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr...

Nähmaschinen. (7878) Die besten Handnähmaschinen von Wheeler & Wilson...

Reform der Schutzpockenimpfung Vaccination direct von Stichen...

Neueste Aenderung Eisenbahnenfahrpläne...

Feinestes Kaisermehl. (7812) 1/2, 3/4 und ganzweisse, empfiehlt billig...

Apotheker Heilmittel. Ein junges fruchtbares Mädchen...

Stelle-Matrage. (7748) Ein im Copieren geübter junger Mann...

Stelle-Matrage. (7787) Ein tüchtiger, erprobter Mann...

Stelle-Matrage. (7821) Ein tüchtiger Mann...

Stelle-Matrage. (7825) Ein tüchtiger Mann...

Stelle-Matrage. (7826) Ein tüchtiger Mann...

Stelle-Matrage. (7827) Ein tüchtiger Mann...

Stelle-Matrage. (7828) Ein tüchtiger Mann...

Anzeigenseite aus der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ vom 30. März 1868

# *Neue Badische Landes-Zeitung*

*(1856 - 1934)*

Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 hatte die Reaktion der gesamten demokratischen Presse in Baden und Mannheim den Garaus gemacht. Viele Demokraten büßten ihre Teilnahme am Aufstand mit langjährigem Kerker oder Tod. Noch mehr flüchteten vor den preußischen Standgerichten ins Ausland, in die Schweiz, nach Frankreich, England oder in die USA. Die Zurückgebliebenen ballten vorerst die Faust in der Tasche und hofften auf bessere Zeiten.

Einer dieser unentwegten Achtundvierziger war der junge Johann Schneider, den es aus Hessen über die Schweiz nach Mannheim verschlagen hatte. Schneider hatte dem Rebellen-Führer Zitz als Adjutant gedient. Mit den Resten der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee war er 1849 in die Schweiz übergetreten und hatte im Betrieb des Berner „Bund“ das Druckerhandwerk erlernt. Anfang der fünfziger Jahre faßte er in Mannheim Fuß und errichtete in N 2, 9 eine kleine Druckerei. Am 1. August 1856 brachte der 29-Jährige die erste Nummer des „Mannheimer Anzeiger“ heraus.

Der „Mannheimer Anzeiger“ war zunächst ein reines Anzeigenblatt. Politisches Profil konnte er erst gewinnen, nachdem die schlimmste Phase der Reaktion vorbei war. Auch dann blieb Meinungsäußerung nur in sehr engen Grenzen zulässig. Dies erklärt die zeitweilige, scheinbare Gemeinsamkeit jener Personen und Gruppierungen, die sich um die neugegründete Zeitung scharten: Im „Mannheimer Anzeiger“ schrieben August Lamey, der spätere Nationalliberale, Heinrich von Feder, der spätere Führer der Demokraten, und Johann Peter Eichelsdörfer, der Vorsitzende des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins.

Schneiders „Mannheimer Anzeiger“ verkörperte die Anfänge einer neuen, nicht regierungshörigen Presse nach dem Kahlschlag der Konterrevolution. Um ihn schienen sich daher noch einmal alle jenen Kräfte zu scharen, die im Vormärz zur anti-feudalen Opposition im weitesten Sinne gehört hatten: Kleinbürgertum, Großbürgertum und der „vierte Stand“ der Arbeiterschaft.

Diese scheinbare Eintracht dauerte freilich nicht mehr lange. Die „Fortschrittspartei“, die sich im Frühjahr 1866 aus liberalen Abgeordneten der zweiten Kammer gebildet hatte, zerfiel schon 1868. Im März 1868 beschlossen Mannheimer Demokraten die Gründung einer eigenen Partei. Schon seit 1865 trug das Mannheimer „Deutsche Wochenblatt“, das dem linksliberalen Teil der Fortschrittspartei als Forum diente, den Untertitel „Organ der deutschen Volkspartei“. Am 20. September 1868 kam es dann in Stuttgart zur förmlichen Gründung der „Deutschen Volkspartei“ als Sammelpartei der linksliberalen Kräfte in (Süd-)Deutschland. Den Vorsitz übernahm Leopold Sonnemann, Verleger der „Frankfurter Zeitung“. Im Dezember desselben Jahres legte der rechte Flügel der ehemaligen Fortschritts-

partei in Offenburg das Programm einer nationalliberalen Partei vor. In Mannheim konstituierte sich der „Preußenverein“, wie ihn die Demokraten verächtlich nannten, am 1. Juni 1869.

Als die Räume in N 2, 9 zu klein wurden, verlegte Schneider seinen Betrieb Ende 1858 nach O 3, 6, in die ehemalige Gastwirtschaft „Zum Vogelsang“ an den Plancken, die in den Revolutionstagen ein beliebter Treffpunkt der republikanischen „Sensenmänner“ gewesen war. Im Hinterhaus wurde die mit Dampfmaschine betriebene Druckerei installiert.



*Johann Schneider (links) und Johann Peter Eichelsdörfer (rechts) redigierten die „Neue Badische Landes-Zeitung“ als Sprachrohr der demokratischen Partei. Eichelsdörfer gab anschließend die „Deutsche Arbeiterhalle“ und die „Mannheimer Abendzeitung“ heraus. Später kehrte er wieder als Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurück.*

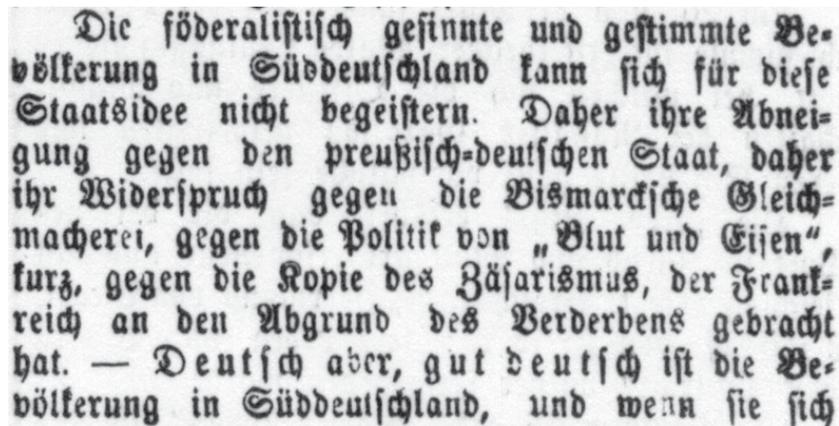
Am 18. März 1866 verlieh Schneider seinem Blatt den neuen Titel „Neue Badische Landes-Zeitung“. Dem Titel kam programmatische Bedeutung zu - mit Blick auf die „Badische Landes-Zeitung“ in Karlsruhe, die das Organ der Regierungspartei war. Kurz darauf - ab 1. April 1866 - erschien die Zeitung zweimal täglich. Morgens um neun kam ein erstes Blatt mit vier Seiten heraus, abends um sechs ein zweites mit zwei Seiten. Auch am Montag, dem bisher zeitungsfreien Tag der Woche, erschien jetzt ein „Montagsblatt“. Es wurde zwei Jahre später aufgrund eines Beschlusses des deutschen Buchdruckerverbandes wieder eingestellt. Die Zeitung hatte inzwischen eine Auflage von 5000 Exemplaren erreicht.

Ende Mai 1886 tilgte Schneider den Zusatz „Organ der Fortschrittspartei“ aus dem Titel der Zeitung. Um dieselbe Zeit trat der Kammerabgeordnete Heinrich von Feder, der Mitarbeiter des Blattes war, aus der Fortschrittspartei aus. Die alte liberale Sammelbewegung zerfiel wenig später auch organisatorisch in die linksli-

berale „Deutsche Volkspartei“ und die rechtsgerichtete „Nationalliberale Partei“. Die „Neue Badische Landes-Zeitung“ vertrat die Linie der Deutschen Volkspartei.

Bis 1864 redigierte Scheider sein Blatt allein. Für die Nachbarn war es ein vertrauter Anblick, ihn morgens bei Kerzenschein die Manuskripte druckfertig machen zu sehen. 1865 trat als zweiter Redakteur Johann Peter Eichelsdörfer ein, der beruflich und politisch aus ähnlichem Holz wie Schneider geschnitzt war. Eichelsdörfer führte unter anderem den Vorsitz im Mannheimer Arbeiterbildungsverein mit über 2000 Mitgliedern.

1866 überwarf sich Eichelsdörfer mit Schneider und schied zum 21. Juli aus der Redaktion wieder aus. Der gelernte Drucker tat es seinem ehemaligen Brotherrn gleich, eröffnete eine eigene Druckerei und brachte ab 1869 das Konkurrenzblatt „Mannheimer Abendzeitung“ heraus. Zwischendurch veröffentlichte er im Auftrag des Ausschusses deutscher Arbeitervereine, dessen Vorstand er angehörte, die „Deutsche Arbeiterhalle“.



Die föderalistisch gesinnte und gestimmte Bevölkerung in Süddeutschland kann sich für diese Staatsidee nicht begeistern. Daher ihre Abneigung gegen den preußisch-deutschen Staat, daher ihr Widerspruch gegen die Bismarcksche Gleichmacherei, gegen die Politik von „Blut und Eisen“, kurz, gegen die Kopie des Zäsarismus, der Frankreich an den Abgrund des Verderbens gebracht hat. — Deutsch aber, gut deutsch ist die Bevölkerung in Süddeutschland, und wenn sie sich

*Die süddeutschen Demokraten lehnten die Einigung Deutschlands unter preußisch-reaktionärer Vorherrschaft entschieden ab (Kommentarausschnitt aus der Titelseite der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“! vom 3. 3o. 1868)*

Der Zeitpunkt von Eichelsdörfers Austritt aus der Redaktion läßt Rückschlüsse auf politische Meinungsverschiedenheiten zu: „Preußen wird sich wohl zweimal besinnen, ehe es die Losung zum Brudermord ausgibt“, hatte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ im März des Jahres geschrieben. Am 3. Juli hatten jedoch die Preußen bei Königgrätz über die Österreicher gesiegt. Damit war eine neue Situation entstanden, die auch innerhalb der Redaktion diskutiert worden sein dürfte. Jedenfalls schlug die „Mannheimer Abendzeitung“, die Eichelsdörfer später herausgab, in der deutschen wie in anderen Fragen einen radikaleren Ton an als die „Neue Badische Landes-Zeitung“.

Die Folgen des preußischen Siegs sollte Schneider noch am eigenen Leib verspüren: Im März 1868 wurde die „Neue Badische Landes-Zeitung“ von den Preußen in

Frankfurt verboten. Anlaß war ein Artikel, in dem republikanische Forderungen erhoben worden waren. Aufgrund desselben Artikels wurde Schneider in Baden zu drei Monaten Festungshaft und 300 Gulden Buße verurteilt.

Am 6. Juli 1868 trat Schneider seine Festungshaft in Rastatt an. Am gleichen Tag übernahm Eichelsdörfer wieder die Redaktion der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“. Ab 14. Dezember zeichnete Dr. Joseph Stern von der Berliner „Zukunft“ als verantwortlicher Redakteur.

Sowohl Schneider wie Eichelsdörfer müssen sich allmählich in der Rolle des Don Quichote gefühlt haben, der erfolglos gegen Windmühlenflügel kämpft: Die kleindeutsch-reaktionäre „Einigung von oben“, die sie so erbittert ablehnten, schritt mit aktiver Beteiligung des Bürgertums zügig voran. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 lähmte die demokratische Opposition gegen Preußen und führte zum zeitweiligen Burgfrieden mit den Nationalliberalen. Gemeinsamkeit lautete die Parole.

### **Schneider verkauft die Zeitung an Aktionäre aus der demokratischen Partei**

Unter diesen Umständen scheint Schneider resigniert zu haben. Auch private Gründe veranlaßten ihn, die „Neue Badische Landes-Zeitung“ gegen Ende des Jahres 1870 einem Konsortium von Aktionären aus der demokratischen Partei zu übertragen. Die Kaufsumme betrug 107 000 Gulden. Mit Beginn des Jahres 1871 ging die Zeitung, die inzwischen eine Auflage von 8500 Exemplaren erreicht hatte, in Besitz der neugebildeten „Mannheimer Vereinsdruckerei AG“ über. Als Verwaltungsräte der Aktiengesellschaft traten der Gastwirt Beauval, der Bankier Kahn, der Anwalt von Feder und der Buchhändler Sigmund Bensheimer in Erscheinung.

Dasselbe Konsortium kaufte Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung“ auf und stellte das Blatt ein. Eichelsdörfer kehrte als zweiter Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurück. Erster Redakteur blieb Joseph Stern. Als Stern 1872 ausschied, ersetzte ihn Karl Volckhausen, der frühere Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“.

„Die Einigung Deutschlands, wie sie sich jetzt vollzieht, vollzieht sich nicht in der von uns gewünschten Weise“, konstatierte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ nach dem Sieg über Frankreich. Der neue Chefredakteur Volckhausen schrieb unbeeinträchtigt: „Die Zukunft gehört der Republik.“ Auch später fehlte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ am Sedanstag oder bei Kaisers Geburtstag im Jubelchor der bürgerlichen Presse.

Nach Volckhausens Weggang 1875 übernahm Eichelsdörfer die Stelle des leitenden Redakteurs. Als Bismarck mit Unterstützung der Nationalliberalen das Sozialistengesetz erließ, sah Eichelsdörfer darin eine Ausgeburt des „im schneidendsten Widerspruch zum Geist aller modernen Anschauungen stehenden Phönix der Reaktion“. Ebenso verschmähte es die „Neue Badische Landes-Zeitung“, sich an Bismarcks „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche zu beteiligen, den sie als pseudo-liberalen Wechselbalg einer reaktionären Politik erkannte.

Unter der scheinbar intakten Oberfläche des Linksliberalismus bröckelte es jedoch bereits. So erregte es damals in Zeitungskreisen Verwunderung, daß Volckhausen seine Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ aufgab, um die Leitung der politisch verwandten, aber doch weniger bedeutenden „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ in Mannheim zu übernehmen. Die Hintergründe kamen einige Jahre später ans Tageslicht und führten zu einem handfesten Presseskandal: Die „Frankfurter Zeitung“ steckte im Sumpf der Korruption. Redakteure und Herausgeber hatten sich systematisch Beteiligungen an profitablen Kapitalanlagen verschafft, indem sie mit entsprechenden günstigen oder ungünstigen Besprechungen in den Spalten ihres einflußreichen Blattes Druck ausübten. Der einzige Ahnungslose scheint Volckhausen gewesen zu sein. Als er erkannte, daß auch der Herausgeber Leopold Sonnemann von den trüben Geschäften profitiert hatte, trat er in aller Stille zurück.



*Franz Mehring war Berliner Korrespondent der NBLZ und brachte den Skandal um die „Frankfurter Zeitung“ ins Rollen*

Ruchbar wurde die Sache erst durch den Journalisten Franz Mehring, dem Volckhausen drei Jahre später die belastenden Unterlagen übergeben hatte (Mehring war Volckhausen als Berliner Korrespondent der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ empfohlen worden). Die Affäre warf ein bezeichnendes Licht auf den Zustand, in dem sich der Linksliberalismus inzwischen befand: Der Tanz ums goldene Kalb erfaßte und durchdrang in den Jahren nach der Reichsgründung alle bürgerlichen Schichten und Lebensbereiche. Der schäbigste Schacher korrespondierte mit dem seligen Himmel der Prinzipien. Hier der Alltag des Manchester-Liberalismus - dort das feiertägliche Bekenntnis zu den märzlichen Freiheitsidealen. - So muß es wohl auch Franz Mehring selber gesehen haben, denn als er im Zuge der „Lindau-Affäre“ 1891 seinen Posten als Chefredakteur der „Berliner Volks-Zeitung“ verlor, trat er der Sozialdemokratie bei. Mehring wurde einer der bedeutendsten Publizisten der SPD und der wichtigste Historiker ihrer Parteigeschichte. Mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - dem Sohn Wilhelm Liebknechts - gehörte er zur Führung der Linken in der Partei und im Dezember 1918 zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

### **Die weitere Entwicklung der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ nach der Reichsgründung**

Bei den Gemeindewahlen 1875 wurden der Verleger Bensheimer und der Redakteur Eichelsdörfer mit den Stimmen der Mannheimer Arbeiter in den Gemeinderat gewählt. Noch beherrschten die Demokraten unumschränkt das Rathaus, und Mannheim zählte neben Berlin und Frankfurt zu den einsamen Beispielen demokratisch geführter Stadtverwaltungen

Mitte der achtziger Jahre verloren die Demokraten dann das Landtagsmandat und die Mehrheit im Stadtrat an die Nationalliberalen. Um ihren alten Einfluß wiederzu-

**Einige Angaben zu Erscheinungsweisen, Auflagen, Redakteuren und Eigentumsverhältnissen bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ von 1856 bis 1917 (jeweils zum Jahresende):**

	<b>Ausgaben (Woche)</b>	<b>Redaktionsleitung</b>	<b>Auflage</b>	<b>Eigentümer</b>
<b>1856</b>	6	Schneider	1600	Schneider
<b>1865</b>	6	Schneider	3600	Schneider
<b>1866</b>	13	Schneider, Eichelsdörfer	6200	Schneider
<b>1868</b>	12	Schneider, Stern		Schneider
<b>1871</b>	12	Stern, Eichelsdörfer	8500	MVD (Beauval,Kahn, Feder, Bensheimer)
<b>1873</b>	12	Volckhausen, Eichelsdörfer		MVD (Beauval,Kahn, Feder, Bensheimer)
<b>1876</b>	13	Eichelsdörfer	8500	MVD (Beauval,Kahn, Feder, Bensheimer)
<b>1881</b>	13	Zahn		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
<b>1885</b>	13	Becker		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
<b>1890</b>	13	Gerard, Becker, Sacher-Masoch		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
<b>1899</b>	13	Gerard, Becker		MVD (Albert und Julius Bensheimer)
<b>1907</b>	13	Scheel, Becker		MVD (Julius Bensheimer u. Heinrich Gütermann)
<b>1917</b>	13	Scheel, Becker, Haller		MVD (Heinrich Gütermann)

erlangen, verbündeten sie sich mit den Sozialdemokraten, was in den Augen der herrschenden Kreise eine unerhörte Mesalliance darstellte. Der neue Redakteur Vinzenz Becker erhielt wegen eines Artikels zwei Monate Gefängnis, wobei das Gericht der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ bescheinigte, daß sie „an der Grenze der Umsturzparteien stehe“. Dem Verleger Sigmund Bensheimer wurde eine Wahlrede verboten.

Innerhalb der demokratischen Partei, als deren alleiniges Organ die „Neue Badische Landes-Zeitung“ seit Einstellung von Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung“ fungierte, war es inzwischen zu erheblichen Divergenzen gekommen. Sie entstanden durch den Masseneintritt von ca. 70 „Freisinnigen“, denen die Politik der Na-

tionalliberalen nicht mehr in jeder Hinsicht behagte. Den nationalen Hintergrund bildete dabei die Auseinandersetzung um Bismarcks Schutzzollpolitik, in der sich eine Gruppe nationalliberaler Anhänger des Freihandels derart mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Großagrarierturns überwarf, daß sie sich 1880 als „Liberale Vereinigung“ abspaltete. Der Familienkrach innerhalb der Nationalliberalen endete vorläufig damit, daß sich die Sezessionisten 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei vereinigten.

Mangels Masse gründeten die Sezessionisten bzw. Freisinnigen in Mannheim keine eigene Partei, sondern traten den Demokraten bei, die über diesen Zugang höchst geteilter Meinung waren. Die Mehrheit atmete jedenfalls erleichtert auf, als die freisinnigen Mitglieder im Oktober 1890 wieder austraten, um ihre eigene Marschrichtung zu verfolgen.

### **Aus dem Blatt der Demokraten wird des Organ der Freisinnigen**

Mit den Freisinnigen scherte freilich auch die „Neue Badische Landes-Zeitung“ aus den Reihen der Demokraten aus. Der Demokrat Becker mußte die Leitung der Politik abgeben und die Ressorts Handel und Lokales übernehmen. Den Sessel des Chefredakteurs besetzte der Freisinnige Dr. Gerard.

Die Kursänderung der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zeigte, daß der alte Linksliberalismus inzwischen sogar in Mannheim unfähig geworden, sich Gewicht und Stimme durch eine eigene Zeitung zu verschaffen.

Als sich die Deutsche Freisinnige Partei 1893 in die großkapitalistische „Freisinnige Vereinigung“ und in Eugen Richters „Freisinnige Volkspartei“ spaltete, schloß sich die „Neue Badische Landes-Zeitung“ der letzteren Richtung an. Mit Eugen Richter zog sie gegen den „alldutschen Kanonenpatriotismus“ zu Felde und verspürte gar keine Bange vor dem „roten Gespenst“. Zu solcher Furcht bestand in der Tat kein Anlaß, wenn man die Mannheimer Verhältnisse in Betracht zieht: 1896 löste hier eine Koalition von Linksliberalen und SPD die bisherige nationalliberale Mehrheit auf dem Rathaus ab. Als bei den Reichstagswahlen 1898 der nationalliberale Kandidat Bassermann die Mehrheit im ersten Anlauf nicht schaffte, rief die „Neue Badische Landes-Zeitung“ in der Stichwahl zur Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten Dreesbach auf und verhalf ihm zum Sieg.

Noch waren die Demokraten und der Freisinn Richterscher Prägung - die in Baden sehr enge Beziehungen und bis 1897 sogar eine gemeinsame Landesorganisation unterhielten - nicht völlig domestiziert. Das zeigte sich unter anderem in den Beziehungen zur Polizei: Im Sommer 1892 wurde der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ der Polizeibericht entzogen, weil sie die Schutzmaßnahmen des Bezirksamtes gegen eine Choleraepidemie als ungenügend kritisiert hatte. Noch 1900 unterschied ein Bericht des Mannheimer Bezirksamtes säuberlich zwischen den loyalen Blättern und den unsicheren Kantonisten freisinniger, sozialdemokratischer und ultramontaner Tendenz, zu denen auf der einen Seite der „General-Anzeiger“ und das „Mannheimer Tageblatt“, auf der anderen die „Neue Badische Landes-Zeitung“, die „Volksstimme“ und das „Neue Mannheimer Volksblatt“ gerechnet

wurden. Wörtlich hieß es: „Gegen die Überlassung der schriftlichen Berichte an die freisinnige, sozialdemokratische und ultramontane Presse beständen diesseits keine Bedenken, da die Haltung dieser Blätter in letzter Zeit zu besonderen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat und auf die etwaige Mitwirkung ihres großen Leserkreises bei Untersuchungen doch nicht verzichtet werden sollte.“

Der unterschiedlich enge Kontakt zur Staatsgewalt kam auch darin zum Ausdruck, daß sowohl der „General-Anzeiger“ wie das „Mannheimer Tageblatt“, nicht aber die anderen Blätter, einzelnen Polizeibeamten ein Fixum von 150 bzw. 50 Mark als Mitarbeiterentgelt zahlten. Der Ausdruck Schmiergeld drängt sich auf, trifft aber insoweit nicht den Sachverhalt, als die Annahme dieser Gelder von seiten der loyalen Presse mit behördlicher Genehmigung erfolgte.

1910 vereinigte sich die Freisinnige Vereinigung mit der Freisinnigen Volkspartei Eugen Richters und der süddeutschen demokratischen Volkspartei zur „Fortschrittlichen Volkspartei“. Schon vor dem Zusammenschluß verwendete die „Neue Badische Landes-Zeitung“ die Bezeichnung „Fortschrittliche Volkspartei“, um die bevorstehende Sammlungsbewegung zu propagieren. Seit 1907 fungierte Alfred Scheel als Chefredakteur der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“. Scheel kam von Friedrich Naumanns „Nationalsozialen“, die sich 1903 der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen hatten, aber intern noch über eigene Organe wie die von Theodor Heuss redigierte „Hilfe“ oder die 1909 in Mannheim erscheinende „Südwestdeutsche Volkszeitung“ verfügten.

Unter der Redaktion Scheels unterstützte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ die sogenannte Großblockpolitik: Während früher im badischen Landtag Demokraten, Zentrum und SPD gemeinsam Front gegen die Nationalliberalen gemacht hatten, verbündeten sich jetzt Demokraten und SPD mit den Nationalliberalen gegen das Zentrum. - Ein Vorgriff auf jene „Front von Bassermann bis Bebel“, die Naumann für den Reichstag propagierte.

Während des ersten Weltkriegs vertrat die „Neue Badische Landes-Zeitung“ die „Mitteleuropa“-Konzeption, in der vor allem die Großbanken und Großkonzerne der Elektro- und Chemieindustrie ihre Kriegsziele formuliert hatten. Wie Naumann, Rathenau oder der spätere Reichskanzler Prinz Max von Baden glaubte sie noch an einen Sieg, als die Niederlage schon feststand. Die Streiks des Jahres 1918 verdammt sie als „Siegessabotage“. Als im Februar 1919 Spartakisten den Betrieb besetzten und den Abdruck eines Aufrufs verlangten wurde dies verweigert. Um so bereitwilliger stellte sie sich in den Dienst der neugegründeten „Deutschen Demokratischen Partei“, in der sich die ehemalige Fortschrittliche Volkspartei unter Naumanns Führung mit einem kleineren Teil der ehemaligen Nationalliberalen zusammenfand.

Die alten Räume in O 3, 6 waren bald wieder zu klein geworden. 1884 wurde die erste Rotationsmaschine aufgestellt, die den Zeitungsdruck in einem Bruchteil der Zeit erledigte, welche die Schnellpressen dazu benötigten. 1899 hielten die ersten Setzmaschinen ihren Einzug. Ab 1. Oktober dieses Jahres erschien die NBLZ sogar dreimal täglich: Um neun Uhr ein Morgenblatt, um elf ein Mittagsblatt und abends

um sieben noch ein Abendblatt. Schon nach einem Jahr kehrte man jedoch wieder zu zwei Ausgaben täglich zurück. Außerdem erschien als 13. Wochenausgabe ein Sonntagsblatt. (Die meisten dieser Angaben basieren auf der Jubiläumsschrift von 1930; da die Zeitung selbst nur bis ins Jahr 1871 komplett erhalten ist, lassen sich über die genaue Dauer des Erscheinens einer 13. Ausgabe wie auch über die Zusammenfassung der beiden täglichen Ausgaben für Mannheim in einer dritten Landesausgabe keine genauere Angaben treffen.)

Der Umfang der Zeitung - 1866 sechs Seiten - betrug zu Anfang des Jahrhunderts täglich 14 Seiten, wovon sechs auf das Morgenblatt und acht auf das Mittagsblatt entfielen. An die typographische Aufmachung wurde über fünfzig Jahre lang keine sonderliche Mühe verschwendet; die Artikel bekamen eine schmucklose Überschrift und wurden, nur nach Ressorts und Rubriken unterschieden, fortlaufend untereinander in das Blatt gestellt. Größere Überschriften blieben besonderen Anlässen vorbehalten. Die erste ganzseitige Überschrift erschien im März 1871 und verkündete die Kandidatur Heinrich von Feders. Erst ab 1909 erhielt die Schlagzeile ihren regelmäßigen Platz auf der Titelseite.

1913 bezog die „Neue Badische Landes-Zeitung“ ein neues Verlagsgebäude am Kaiserring 4-6. Die Nähe zum Bahnhof konnte als symbolisch gelten, denn etwa die Hälfte der Auflage ging nach auswärts. Sie war damit die einzige große Tageszeitung, die ihren Sitz außerhalb jenes Zeitungsviertels hatte, das in der Innenstadt in den Quadraten R 1, R 3, S 2, und H 2 die übrigen Tageszeitungen vereinte.

Wie schon erwähnt, war die „Neue Badische Landes-Zeitung“ 1870 aus den Händen ihres Gründers Johann Schneider in den Besitz der Mannheimer Vereinsdruckerei AG übergegangen, hinter der eine Gruppe von Aktionären aus der demokratischen Partei stand. „Der Rückschlag der Gründerzeit und interne Vorkommnisse“ - so heißt es in einer firmenoffiziellen Selbstdarstellung aus dem Jahre 1907 - veranlaßten die Aktionäre, die Aktiengesellschaft der Firma Jakob Bensheimer zu übertragen. Nach einiger Zeit der Verwaltung ging sie Anfang der achtziger Jahre in deren alleinigen Besitz über. Inhaber der 1839 gegründeten Firma Jakob Bensheimer (die 1840 für kurze Zeit den Deutschen Postillon“ verlegte) waren die Gebrüder Sigmund, Albert und Julius Bensheimer. Das Unternehmen besaß einen beachtlichen Buchverlag, besonders auf juristischem Gebiet, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zur willkommenen Beute etlicher Konkurrenzverlage wurde. Als der letzte der Brüder 1917 starb, erbte ein Neffe Albert Bensheimers, Heinrich Gütermann, den gesamten Betrieb.

### **Kooperation mit Ullstein**

Heinrich Gütermann war freilich nicht unumschränkter Gebieter im eigenen Haus. Es galt als offenes Geheimnis, daß die Zeitung finanziell vom Besitzer der Walzmühle und Eichbaum-Brauerei, Jakob Feitel, abhängig war, dem Schwiegervater Gütermanns. Als sich Mitte der zwanziger Jahre die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Zeitungsbetriebe häuften, kam es zu einer engen Kooperation mit dem Zeitungskonzern Ullstein, die wahrscheinlich auf kapitalmäßigen Verflechtungen beruhte.

Den politischen Teil übernahm die „Neue Badische Landes-Zeitung“ fortan fast völlig von der „Vossischen Zeitung“. Allein für die telefonische Übermittlung der Texte aus Berlin waren vier Stenotypistinnen tätig. Der eigene politische Beitrag der Zeitung beschränkte sich auf das Land Baden.

Wie die jüdischen Ullstein-Besitzer schien auch Gütermann zu glauben, sich mit etwas Anpassungsvermögen über die braune Zeit retten zu können, die Anfang der dreißiger Jahre schon deutlich ihre Schatten vorauswarf. Die schillernde Rolle eines Georg Bernhard und Hans Zehrer bei der „Vossischen“ spielten Alfred Rapp und Paul Riedel bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ im kleinen. Als das linksliberale Redaktionsmitglied Franz Gustav Richter 1929 als Herausgeber eines von der kommunistischen Peuvag gedruckten Blattes, des „Zeitspiegel“ auftrat, warf ihm Gütermann vor, ihm ein „Kuckucksei“ ins Nest gelegt zu haben. Richter wurde vor die Wahl gestellt, entweder seine Redakteursstelle zu verlieren oder vom „Zeitspiegel“ zurückzutreten.

Paul Riedel, der verantwortliche Redakteur für den Handelsteil, trat später in die Redaktion des nationalsozialistischen Gauorgans „Hakenkreuzbanner“ ein. Alfred Rapp, der für Landespolitik zuständig war, machte sich den Nationalsozialisten als Redakteur des Besatzungsblattes „Pariser Zeitung“ nützlich, bevor er nach dem Krieg bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine angemessene Weiterbeschäftigung fand. Rapp leitete zuletzt das Bonner Büro der FAZ und seine braune Vergangenheit war auch kein Hindernis, ihm das Große Bundesverdienstkreuz zu verleihen.

Für das „Handbuch der deutschen Presse 1932“ stellte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ folgende Angaben zur Verfügung:

Druckauflage	30 000
Erscheinungsweise	13mal wöchentlich
Umfang pro Nummer	10 Seiten (davon 5 1/2 Seiten redaktionell)
Parteilpolitische Richtung	demokratisch
Verbreitungsgebiet	Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Baden, Pfalz und Teile Württembergs
Leserschaft	64% Angestellte, Arbeiter, Landwirte, 22% Gewerbe, Kaufleute, Handwerker, 6% Gastwirte, 8% sonstige
Hauptschriftleiter	Dr. Karl Eugen Müller
Chef vom Dienst	Dr. Egon Kohn
Politik	Dr. Heinrich Rumpf, Carl Ems
Handel	Paul Riedel, Dr. Alfred Einstein
Feuilleton	Emil Belzner
Lokales	Hermann Wasna, Adolf Himmele
Sport	Heinrich Tillenburg

Von den übrigen Redakteuren der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“, die bisher nicht erwähnt wurden, wären noch die Gebrüder Schnack und Alfred Kantorowicz zu nennen. Anton und Friedrich Schnack leiteten nacheinander die Feuilleton-Re-

daktion, ehe sie diese 1926 an Alfred Kantorowicz abgaben, auf den ein Jahr später Emil Belzner folgte. Alfred Kantorowicz kam aus Berlin nach Mannheim und galt als „Ullstein-Mann“. Er schloß sich 1931 der KPD an, kämpfte in Spanien in der Internationalen Brigade und lehrte nach dem Krieg als Literaturwissenschaftler in der DDR, bevor er durch den offenen Bruch mit dem SED-Regime und seinen Übertritt in den Westen von sich reden machte.

Im Oktober 1930 feierte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ ihr 75jähriges Bestehen (genauer gesagt ihres Erscheinens im 75. Jahrgang). Die Jubiläumsausgabe, in der die „Verwandten“ von der Vossischen Zeitung, dem Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung ihre Glückwünsche entboten, umfaßte genau hundert Seiten. Auf den gleichen Seiten stand die Behauptung: „Der Geist der Neuen Badischen Landes-Zeitung ist 1930 nicht anders als er 1860 gewesen ist.“

Immerhin brachte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ noch im September 1931 das Kunststück fertig, auf einige Tage verboten zu werden. Kunststück deshalb, weil sie ein im Grunde loyales Blatt und der Anlaß geradezu lächerlich war: Sie hatte in einem Bericht über eine Rede des badischen Finanzministers, der neue Gehaltskürzungen ankündigte, eine im Manuskript gestrichene Stelle dennoch dem Publikum zur Kenntnis gegeben. Darauf verbot die Landesregierung die Zeitung auf drei Tage. Noch am selben Tag protestierte die demokratische Landtagsfraktion gegen diese „unerhörte Knebelung der Pressefreiheit“. Aus Berlin telegraphierte Reichsminister Wirth an den badischen Staatsspräsidenten: „Empfehle dringend Aufhebung des Zeitungsverbots.“ Das Verbot wurde dann auch wieder aufgehoben und der Friede wieder hergestellt, indem Verleger Gütermann und Chefredakteur Rumpf in einem Brief an die Landesregierung um Entschuldigung für den Fauxpas baten.

Die Einstellung der Zeitung am 28. Februar 1934 hing offensichtlich mit der gleichzeitigen Einstellung der „Vossischen Zeitung“ zusammen: Beide Blätter waren inzwischen von den Nationalsozialisten „gleichgeschaltet“ worden. Insofern ist das endgültige Ende der Zeitung nicht mit den Zeitungsverboten zu vergleichen, welche die Nationalsozialisten unmittelbar nach der Machtergreifung verhängten. Vielmehr gaben wirtschaftliche Überlegungen den Ausschlag: „Ihre Resonanz in den intellektuellen Schichten, die sie zuletzt allein noch trugen, reichte nicht aus, das immer gewaltiger anschwellende wirtschaftliche Risiko des Unternehmens zu vermindern“, schrieb etwa die NS-Zeitschrift „Deutsche Presse“ zum Ende der „Tante



*Alfred Kantorowicz wurde 1926 Feuilletonredakteur der NBLZ. Das Bild zeigt ihn als Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien (1936 - 1938).*

Voß“ - Worte, die sich genauso auf die Nichte der Tante Voß in Mannheim übertragen lassen. Die „Frankfurter Zeitung“ konnte dagegen mit dem Segen von Goebbels Propagandaministerium bis zum August 1943 erscheinen.

Eine Rolle bei der Einstellung spielte wohl auch, daß der braune Mob Köpfe rollen sehen wollte: Die „Neue Badische Landes-Zeitung“ konnte wie die „Vossische“ als Muster eines „verjudeten“ liberalen Blatts erhalten. „Jud bleibt Jud“ pflegte der neue Nazi-Oberbürgermeister Mannheims, der Fabrikant Renninger, mit Blick auf Heinrich Gütermann zu sagen. Nach Erlaß der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 konnte sich Gütermann an fünf Fingern abzählen, wie lange er noch Verleger sein würde. Geschäftliche Pressionen kamen hinzu. Gütermann emigrierte nach der Einstellung der Zeitung nach Südamerika, wo er 1962 im Alter von über achtzig Jahren als Buchhändler in Montevideo starb.

Dem ehemaligen Blatt der Demokratie, das in den 78 Jahren seines Bestehens so manche Metamorphose des Liberalismus mitgemacht hatte, blieb dadurch immerhin das letzte traurige Los erspart, das die gleichaltrige „Frankfurter Zeitung“ erwartete: Den braunen Machthabern als intellektuelles Aushängeschild und Feigenblatt zu dienen

# Deutsches Wochenblatt.

## Organ der deutschen Volkspartei.

Erscheint jeden Sonntag.

Preis vierteljährlich 1 fl. — 18 Sgr.

Herausgegeben von Dr. Ludwig Eckardt.

Inserat pr. Petitzeile 3 fr.

## Inhalt:

Schmach den Feigen! — Noch ist Deutschland nicht verloren. — Die französische Zeitung „Le Sicle“, deren Liberalismus und Voltairerei über Deutschland. — Die österreichische Diktatur und das preussische Protektorat. — Wandbemerungen zur Reichsverfassung vom Jahr 1849 III. — Korrespondenzen: Aus Rheingruen, Leipzig, Tübingen, Mannheim, Wien, Ungarn. — An das deutsche Volk. — Briefkasten. — Anzeigen. — An unsere Gesinnungsgenossen!

## \* Schmach den Feigen!

Sind wir Männer? Weil das Kriegsglück in Böhmen mit der Uebermacht war, darum plötzlich dieser Umschlag? Hat Preußen deshalb mehr Recht, weil das Jüdnadelgewehr weiter trägt? Wird die uns drohende Despotie dadurch annehmbarer, weil sie noch gefährlicher und blutiger ist, als wir dachten?

Was müssen wir hören? Hier kommt ein Aengstlicher: „Wissen Sie, die Preußen stehen schon in Worms?“ Wissen Sie das bestimmt? „Das nicht. . . man sagt so. . .“ Dann hüten Sie sich, lieber Freund, leeres Gerede zu wiederholen.

Dort kommt ein Zweiter und will von dem Ausgange des ganzen acht. Armeekorps, von der Heimkehr der Badenser wissen: er kennt bereits die Zahl der leeren Eisenbahnwagen, die nach Frankfurt zu bestellt sind. Er fügt resignirt hinzu: „Nun, wir werden also preussisch!“

Ein Dritter hört, daß heute die Schützen ihre Führer wählen. „Das ist auch verlorne Mühe; wir werden wol nächstens einen preussischen Kommandanten haben!“

Ist es nicht eine Schmach, so zu sprechen? Sind wir nicht eine Nation von vierzig Millionen, und wir möchten wirklich einen Bismarck und seine Söldlinge so ungestraft und widerstandsmüde im deutschen Reich hause lassen?

Sind wir denn zu Knechten geboren, zu Leibeigenen der Fürstenpolitik? Rollt kein freier Tropfen mehr im deutschen Blute?

Doch lassen wir uns nicht von einem gerechten Unwillen zu weit hinarbeiten, blicken wir lieber auf jene Truppen, die sich schon tapfer geschlagen haben, auf unsere eigenen Krieger, die gewiß heute so kampfbereit dastehen wie früher und nach Rache für die gefallenen Brüder verlangen, blicken wir lieber auf die aus Kurhessen zu Tausenden, aus Hannover herbeieilenden Freiwilligen, auf das bereits da und dort aufstehende, für seinen Herd zu Sichel und Reiskleffel greifende Volk und lassen wir die Feiglinge hinter der Fronte verächtlich bei Seite, obwohl ein Feigling nur einen Schritt zum Verräther hat.

Behaltet aber Alle im Gedächtnisse, die jetzt blaß wurden oder hohnblickten.

Beide passen zu jenen Hurrabhschreibern vor dem Königsschloße in Berlin, passen zu den Memmen, welche einem Bismarck die Pferde von dem Wagen spannen wollten.

Skaven sind sie und bei Gott nicht berufen, das Führer-volk Deutschlands zu sein. Wollen diese uns befreien, oder kommen nicht eher wir als Befreier?

Wo sind die Preußen heute, die vor Allem deutsch sein wollten? Wir hören ihre Stimmen in dem wilden Triumphgeschrei des Augenblickes nicht mehr. Auch die Besten scheinen die Besinnung zu verlieren, den mit uns getauschten Händedruck zu vergessen. Wir sehen nichts als frovelnden Uebermuth, der in jeder unbetretene Stadt — nicht Deutschland, nein — „Neupreußen“ an die Ecken schlägt und zu Reichenberg den Böhmen befehlen ließ, sie sollen für Preußens König und Preußens Waffen beten!

Das ist das evangelische Preußen!

Entweder glauben diese Junker an das Gebet nicht, und dann ist es ein bitterer Spott auf alle Religion, oder sie glauben an es, und dann ist es ein empörender Zwang, Jemanden ein Gebet gegen sein Vaterland aufzudrängen, in Kirchen und Synagogen einen Gottesdienst zu erzwingen, der eine Feuchtheit sein muß. Rächt sich ein solcher Frevler an der Gottheit nicht?

Rüttle Dich auf, deutsches Volk, und zeige endlich, daß man Dich nicht so tief verachten, nicht ungestraft so treten darf! Sie werden Dich erst achten, wenn Du Dich wehrst. Du hast die Wahl, die Schmach der Knechtschaft oder die Freiheit? Der Tod für sie ist noch süßer als die Sklaverei.

Auf, auf und nimm Dein Geschick selbst in die Hand!

## \* Noch ist Deutschland nicht verloren!\*

Trübes ist über uns ergangen; das Trübste war der Fall der tapferen und treuen Hannoveraner, die aus dem Norden herabgekommen waren, um an unserer Seite zu stehen. Man hat sie nicht gerettet. Wenn bei dieser Nachricht keine Bornes- thüne in das Auge trat, den beneiden wir um seine Mannheit nicht.

Doch jetzt, das Auge auf und klar!

Noch ist unsere Sache nicht verloren. Oesterreich hat Venedig freigegeben. Dieser Sieg des freien Prinzips muß auch uns zu Gute kommen, und r ein er als vor wenigen Tagen entfaltet sich heute Oesterreichs Banner. Es ist heute erst wahrhaft berufen, für die Selbstständigkeit der Schleswig-Holsteiner, für die Freiheit Deutschlands mitzufechten zu dürfen.

Tieferschüttert muß dieses Oesterreich heute, wenn es nicht in eine schmachvolle Abhängigkeit von Frankreich kommen will, seine Völker aufrufen, ihnen die Freiheit geben, um von ihnen Krieger der Rache zu empfangen.

Und diese birgt Oesterreich in unerschöpfter Weise und muß sie in Bewegung setzen, weil es — ohne allen ferneren Einfluß in Italien und von Preußen in Deutschland besiegt — aufhören würde, eine Großmacht zu sein.

Es kann heute nichts als kämpfen; ein Waffenstillstand ist möglich, aber kein Friede. Die Aufgebung Venedigs bedeutet Krieg im Norden.

Oesterreich ist nach der Aufgabe Venedigs stärker als früher; es besitzt von diesem Augenblicke kein Volk mehr, welches den Donaufstaat um jeden Preis und sofort zu zerreißen begehrt. Die Bewohner Galiziens können nicht für sich ein Voten herstellen, und die Magyaren wollen nur ihre selbstständige Gesetzgebung und Verwaltung, wünschen aber dabei doch eine Anlehnung an einen deutschen Staat, um nicht von den Slaven erdrückt zu werden.

Das Mißtrauen gegen Oesterreich ist tief berechtigt, auch heute noch, obwohl man sonst den Unglücklichen eher vertrauen möchte. Wir erwarten den Krieg und die Fortsetzung desselben im größten Maßstabe, nicht um Deutschlands und der Freiheit willen, sondern nur darum von Oesterreich, weil es muß.

Und uns kann dieser Umstand nur willkommen sein, weil wir keinen Weg der Rettung sehen, als fortgesetzten Krieg. Ein Friede mit französischer Vermittelung? Hinweg mit ihm! Ein Friede auf Kosten der Freiheit? Wer ist ein so schlechter Deutscher, daß er das wünschte?

\* Vgl. das oben ausgegebene Flugblatt: „Nur kein lauter Friede etc.“, auf das wir alle Leser verweisen.

*Ausgabe des „Deutschen Wochenblatts“ vom 8. Juli 1866*

# Deutsches Wochenblatt

(1.1. 1865 - 22.9.1867)

Gründer des „Deutschen Wochenblatts“ war Ludwig Eckardt, der nach einer bewegten Vergangenheit 1862 in Baden Fuß gefaßt hatte. Eckardt geriet schon als 19jähriger in Wien mit der Polizei in Konflikt, weil er Lieder auf den polnischen Freiheitskampf gedichtet hatte. In seiner Heimatstadt redigierte er die revolutionären Blätter „Das junge Österreich“ und „Die rothe Mütze“. 1848 mußte er aus Wien fliehen, ein Jahr später aus Dresden. Eckardt emigrierte schließlich in die Schweiz, habilitierte sich 1853 in Bern und wurde 1860 Lehrer an der Kantonschule in Luzern. Sein unbeugsamer Kampf gegen „Pfaffen“ und andere Volksverdummer machte ihm in der Schweiz jedoch so viele Feinde, daß er 1862 eine Stelle als Hofbibliothekar in Karlsruhe annahm. Hier in Baden fand er auch wieder Anschluß an alte Gesinnungsgenossen. Zu diesen gehörte Johann Schneider, der Gründer und Verleger des „Mannheimer Anzeiger“, der späteren „Neuen Badischen Landes-Zeitung“.

Mit Schneiders Hilfe, der das Blatt druckte, verlegte und wahrscheinlich auch finanzieren half, brachte Eckardt am 22. Dezember 1864 eine Probenummer des „Deutschen Wochenblatts“ heraus, das dann ab Neujahr 1865 regelmäßig sonntags erschien.

„In Deutschland erscheinen jetzt in Summa 2370 Zeitungen und Zeitschriften, und allein von den etwa 1100 politischen werden jährlich wohl 302 1/4 Millionen Exemplare verbreitet.“ - So konstatierte der einleitende Artikel des Probeblatts, den Friedrich Giebe verfaßt hatte, der damalige Redakteur des „Mannheimer Anzeiger“. Nachdem Giebe auch angesichts dieser Fülle von politischen Blättern die Notwendigkeit einer Publikation wie des „Deutschen Wochenblatts“ unterstrichen hatte, kam er auf die künftige politische Linie zu sprechen: Das „Deutsche Wochenblatt“ werde die Forderungen der Fortschrittspartei unterstützen, für die der Ausdruck „deutsche Volkspartei“ als Synonym zu verstehen sei:

*„Weiter aber geht unser Ehrgeiz nicht, und wenn wir in der Folge in diesem Blatte vielleicht von einer ‚Volkspartei‘ oder von ‚unserer Partei‘ sprechen sollten, so protestieren wir schon jetzt gegen das Mißverständnis, als könne damit etwas anderes gemeint sein, als die Summe derjenigen Männer, von denen wir annehmen, daß sie mit uns ausschließlich die Sache des Volkes und die Befestigung der heiligen Grundsätze der Freiheit im Staat und in der Gesellschaft im Auge haben. Irgend eine andere Verbindung, als die durch das offene Wort und die offene Schrift wird unter solchen Männern nie bestehen.“*

Der Herausgeber Eckardt wohnte zu dieser Zeit noch in Karlsruhe und bat darum, Briefe und Correspondenzen an seine dortige Adresse zu richten. Für die Redaktion zeichnete Ferdinand Ahles in Mannheim verantwortlich. Im April 1865 zog Eckardt

dann, nachdem er 1864 durch das Intrigieren kirchlicher Kreise seine Stellung als Hofbibliothekar verloren hatte, nach Mannheim und nahm seinen Wohnsitz in U 3, 7.

Die demokratischen Gesinnungsfreunde konnten in Schneiders Haus Aktien zur Unterstützung des Wochenblatts zeichnen. Dort befand sich auch das Redaktionslokal, das praktisch mit der Redaktion des „Mannheimer Anzeiger“ identisch war. Schneiders Haus in O 3, 6 war ein Treffpunkt aller alten Achtundvierziger und stand für die Konservativen im Ruch der Konspiration. Besonders von Eckardt ging die Rede, er sei Vorsitzender eines geheimen Klubs, der sich revolutionären Zielen verschworen habe.

In Wirklichkeit war die „deutsche Volkspartei“, die sich erst 1868 aus dem Schoß der Fortschrittspartei löste und zur demokratischen Partei verselbständigte, zunächst eher eine lockere Gemeinschaft von Märzgetreuen und Intellektuellen, die zum Teil auch Verständnis für die Nöte des „vierten Standes“ hatten. Ihre scharfe Ablehnung der Agitation Lassalles richtete sich weniger gegen eine organisatorische Verselbständigung der Arbeiterschaft als gegen Lassalles Paktieren mit Bismarck und den von ihm erstrebten obrigkeitlichen „Staatssozialismus“. Wer Bismarck die Hand reichte, war bei den süddeutschen Demokraten von vornherein schlecht angeschrieben.

Enge Verbindungen bestanden dagegen zur Sozialdemokratie Bebel und Liebknechts. Zunächst scheint die deutsche Volkspartei die Sozialdemokratie sogar als ihr eigen Fleisch und Blut betrachtet zu haben: „Auf der ganzen Linie des Lassalleschen Arbeitervereins hat eine größere Anzahl bisheriger Führer von der junkerlichen Diktatur des Herrn Schweitzer sich losgesagt, und sind dieselben zur Volkspartei übergegangen“, jubelte die „Mannheimer Abendzeitung“, das damalige Organ der Volkspartei, nach dem historischen Kongreß von Eisenach 1869.

Festere Form nahm die „deutsche Volkspartei“ auf einer Versammlung in Darmstadt am 18. September 1865 an, bei der vierzig Teilnehmer aus Bayern, Württemberg, Baden, Frankfurt, Nassau, Darmstadt, Kurhessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Deutsch-Österreich ein provisorisches Programm entwarfen: Demokratische Grundlage der Verfassung, Selbstverwaltung auf Gemeinde- und Bezirksebene, Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Volksarmee, föderative Verbindung der deutschen Staaten unter einer Bundesgewalt, die weder preußisch noch österreichisch beherrscht sein durfte.

Ludwig Eckardt und Ludwig Büchner hatten außerdem die „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch soziale Reformen“ ins Programm aufnehmen wollen, waren aber am Widerstand der Mehrheit gescheitert. Stattdessen einigte man sich auf die „Erziehung des Volkes zu politischer Selbständigkeit und geistiger Freiheit“.

Auf dem Darmstädter Kongreß wurde ferner beschlossen, das in Mannheim erscheinende „Deutsches Wochenblatt“ fortan als „Organ der deutschen Volkspartei“ zu bezeichnen. Eckardt verlieh seinem Blatt darauf den entsprechenden Untertitel, den später Bebel und Liebknecht für ihr „Demokratisches Wochenblatt“ in Leipzig übernahmen und fortführten.

Im April 1865 war Eckardt aus dem Deutschen Nationalverein ausgetreten, um gegen die „Gothaer“ - die Anhänger des preußisch-deutschen Einheitsstaates - die selbständige Sammlung der Demokratie zu betreiben. Mehrere Freunde, die ebenfalls der Abscheu vor dem „servilen Liberalismus bzw. liberalen Servilismus“ packte, folgten seinem Beispiel. Im Juni sprach Eckardt auf dem Stiftungsfest des Mannheimer Arbeitervereins. Die „Augsburger Allgemeine“ nannte ihn kurz darauf einen „Social-Demokraten“. Seinem Wochenblatt bescheinigte sie, es werde „nicht ohne Talent redigiert“, habe aber seinen Hauptabsatz im „Ausland“, also außerhalb des Großherzogtums Baden.

Auf dem Arbeitertag des Maingaues zu Darmstadt am 16. Juli 1865 hielt Eckardt eine programmatische Rede, die im Wochenblatt abgedruckt wurde. Er tadelte zunächst den „engen, oft philiströs beschränkten Standpunkt“ von Schulze-Delitzsch, der den Arbeitern politische Abstinenz auferlegen wollte. Zu Recht habe Lassalle, der Schulze in wissenschaftlicher Hinsicht hoch überlegen sei, dessen „wirklich inhaltsarmen, phrasenhaften Arbeiterkatechismus“ in der Luft zerfetzt:

*„Schulze geht überall von der Ansicht aus oder sucht sie zu verbreiten, daß eigentlich jeder Mensch ein werdender Kapitalist ist, und daß nur Fleiß und Sparsamkeit nötig seien, um reich oder doch hablich zu werden. Wir ehren diese Tugenden hoch, müssen aber doch gestehen, daß es ganze Schichten der Gesellschaft gibt, die - unter der gegenwärtigen Gliederung derselben - bei allen Fleiß nun und nimmer aus dem Elende emporkommen. Diese Wahrheit, diese erschreckende Wahrheit sprach Lassalle zuerst wieder aus, nachdem wir uns einige Zeit in den sanften Glauben eingelullt hatten, daß die kleinen Schulze'schen Hausmittelchen alle Krankheiten der Gesellschaft geheilt hätten.“*

An Lassalle rühmte Eckardt ferner den hohen Wert seiner politischen Agitation, mit der er die Arbeiter den „Gothaern“ - d.h. der liberalen Bourgeoisie - entrissen habe. Sein Konzept einer „Staatshilfe“, das er der Schulzeschen „Selbsthilfe“ entgegengesetzt habe, berge freilich die Gefahr, „daß die Arbeiter zu Sklaven des Staates oder einer augenblicklich den Staat beherrschenden Partei würden oder werden könnten, wenn ihnen napoleonische Diktatoren mit öffentlichen Arbeiten schmeicheln, um, von ihren Fäusten unterstützt, die Freiheitswünsche des Bürgerstandes zu unterdrücken“. Eckardt betonte, daß es nicht allein um soziale, sondern auch um politische Reformen gehe, wobei beide sich gegenseitig bedingten und zur Erreichung dieser Ziele bürgerliche Demokraten und Arbeiter einander die Hand reichen müßten. „Verstärkt unsere Selbsthilfe, und wir bringen Euch mit einem freien Staate eine gesunde Staatshilfe“. Nochmals appellierte er an die Arbeiter, nicht bonapartistischen und liberalen Demagogen auf den Leim zu gehen: „Entfernt alle, welche Euch Arbeiter spalten wollen, sowohl die, welche auch altbürgerlich von aller Politik ferne halten, wie jene, welche Euch in abenteuerliche und unnatürliche Verbindungen stürzen, vielleicht zu feudalen und reaktionären Zwecken ausbeuten möchten.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb, Eckardts Rede habe so versöhnend auf die anwesenden Arbeiter Schulzescher und Lassallescher Richtung gewirkt, „daß sie ein-

stimmig erklärten, bereitwillig die Hände zur Wiedervereinigung zu bieten“. Das Wochenblatt bekräftigte: „Unter dem Banner der Demokratie ist Raum für Euch alle!“

Für den linken Flügel der deutschen Volkspartei gehörten politische Freiheiten und soziale Reformen zusammen. Eckardt prophezeite deshalb: „Je mehr sich auch diese (die Volkspartei) der Erkenntnis erschließen wird, daß eine ausschließlich politische Reform nicht genüge, wird sie mit der ihr verwandten Arbeiterbewegung in Eine große sozial-demokratische Partei aufgehen“. Es geht nicht darum, die Arbeiter ins bürgerliche Lager zu ziehen: „Wir sind für das allgemeine Wahlrecht, nicht um den vierten Stand in dem dritten verschwinden zu lassen, sondern damit alles im Arbeiterstand aufgehe. Der neue Staat und die neue Gesellschaft wird keine Drohnen dulden können.“

Federführend für die Behandlung der „sozialen Frage“ im Wochenblatt war neben Eckardt der Darmstädter Arzt Ludwig Büchner. Es handelte sich um einen Bruder des früh verstorbenen Dichters Georg Büchner, der in den dreißiger Jahren den „Hessischen Landboten“ herausgegeben hatte. Ludwig Büchner hatte sich vor allem mit seiner 1855 erschienenen Schrift „Kraft und Stoff“ einen Namen gemacht, die nicht nur in klerikal-konservativen Kreisen gereizte Reaktionen hervorrief, sondern auch von Marx und Engels als „Aufklärer“ kritisiert wurde (der erste Teil von Friedrich Engels „Dialektik der Natur“ ist als Auseinandersetzung mit dem seichten Materialismus Büchners konzipiert).

Um der „allzu großen Anhäufung des Reichtums in einzelnen Händen einen gewissen Damm entgegenzusetzen“, empfahl Büchner im Wochenblatt eine drastische Beschränkung des Erbrechts. Er betonte, er wolle damit „das Eigentumsrecht nicht angreifen, sondern vielmehr seinen Wert dadurch erhöhen, daß wir Erwerbung wie Eigentum und Stellung den Einzelnen zugänglicher als bisher machen“. Er wollte nicht „ruhig zusehen, wie der ungeheure Spalt zwischen Reichtum und Armut, zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Oben und Unten, zwischen Wohlsein und ewiger Entbehrung immer tiefer reißt, bis er zuletzt unheilbar geworden und seine Ausgleichung nur noch in einem furchtbaren Klassen- und Gesellschaftskampfe, in einer blutigen Zerreißen aller Bande der gesellschaftlichen Ordnung, in einer tobüchtigen Entfesselung roher Volkskräfte und ungezügelter Leidenschaften finden kann“.

Ziemlich einfach machte es sich dagegen ein anderer Autor im Wochenblatt, der den Arbeitern nach Schulzescher Art Enthaltensamkeit und eiserne Sparsamkeit empfahl: „Ist's doch in vielen anderen Ständen auch so, daß die ganze Jugendzeit bis zum 30. Lebensjahr eine harte Lehr- und Vorbereitungszeit ist, in welcher man an Gründung einer Familie nicht denken kann: will der Arbeiter das Privilegium des ‚Leichtsinn's‘ vor den anderen Ständen ewig voraus haben?“

Da sich das Wochenblatt als „Sprechhalle“ der Volkspartei verstand, fanden in seinen Spalten unterschiedliche Auffassungen zur sozialen Frage Platz, die von der Verurteilung des Kommunismus als Unding und Despotie bis zu marxistischen Zungenschlägen reichten. So findet sich in einer Nummer des Jahres 1867 die

Bemerkung, das Volk fühle „nur die Wirkung der Verhältnisse und das Joch grausamer Arbeit. Die Ursache ist ihm so fremd, wie die Kenntnis der Mittel, um dieselbe aufzuheben. So ging ihm auch das Resultat der Revolution von 1789 verloren. Diese Revolution brach den Unterschied der alten Stände, des Adels, des Klerus und des dritten Standes; sie befreite aber nicht den ganzen dritten Stand, teilte denselben vielmehr in zwei Stücke, die Arbeitgeber und die bezahlten Arbeiter.“

Auch Büchner konnte sich nicht der Einsicht verschließen, „daß, je mehr die politische Ungleichheit schwindet, um so mehr die gesellschaftliche Ungleichheit an Kraft und Ausdehnung gewinnt“. Fazit: Der Mensch, mithin vor allem der Arbeiter, müsse „entweder Hammer oder Amboß sein“.

Beifällig und ausführlich rezensierte das Wochenblatt 1865 Engels Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“. Über zwei Seiten widmete es 1866 einem Bericht über eine Volksversammlung in Leipzig, bei der Liebknecht und Bebel den Bourgeoisliberalen die gebührende Abfuhr erteilten. Wörtlich druckte es 1867 den Londoner Aufruf des Generalrats der internationalen Arbeiter-Assoziation, den Karl Marx für Deutschland unterzeichnet hatte. Seit Herbst 1865 gehörte Wilhelm Liebknecht zu den ständigen Mitarbeitern des Wochenblatts.

Im Oktober 1866 trat Ludwig Eckardt als Herausgeber des Wochenblatts zurück: „Überhäufte Berufsgeschäfte, meine Vorträge, die mich namentlich im Winter oft vom Erscheinungsort dieses Blattes entfernen, meine wissenschaftlichen und dichterischen Aufgaben, die ich seit mehreren Jahren zugunsten meiner Partei zurückstellte, die nun aber auf Fortsetzung unverschiebbar drängen, nötigen mich, die Leitung dieses Blattes niederzulegen.“

Ab 28. Januar 1866 zeichnete Karl Strodel für den Inhalt des Wochenblatts verantwortlich. Der Schriftsetzer Strodel war unter anderem Vorstandsmitglied des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins und vertrat als Delegierter die Mannheimer Arbeiterschaft beim allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß am 27. September 1868 in Berlin.

Das Wochenblatt erschien noch bis zur Nummer 39 des folgenden Jahres. In der letzten Ausgabe vom 22. September 1867 hieß es, über die Fortsetzung erfolge gesonderte Mitteilung. Nimmt man als Indiz den Anspruch, „Organ der deutschen Volkspartei“ zu sein, so wäre als Fortsetzung das „Demokratische Wochenblatt“ zu betrachten, das ein Vierteljahr später in Leipzig zu erscheinen begann. Als Herausgeber des Demokratischen Wochenblatts zeichnete zunächst die sächsische Volkspartei, ab Dezember 1868 dann gemeinsam mit dem Verband deutscher Arbeitervereine, und seit August 1869 schließlich die neugegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Anfang Oktober 1869 wurde das Demokratische Wochenblatt dann entsprechend einem Beschluß des Eisenacher Kongresses in „Volksstaat“ umbenannt.

# Deutsche Arbeiterhalle.

Organ des Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine.

Herausgegeben von A. P. Eichelsdörfer in Mannheim.

Alle 14 Tage erscheint eine Nummer. — Preis bei allen Postanstalten und Buchhandlungen halbjährlich 26 fr. = 10 Sgr. — Bei Franco-Einsendung des Betrages in Briefmarken an den Herausgeber erfolgt Zustellung unter Kreuzband. — Vereine, welche eine größere Anzahl Exemplare zu beziehen wünschen, werden wegen des Bezugspreises an den Herausgeber wenden.

## An die Vereine und Vereinsgenossen!

Der vierte Vereinstag zu Gera hat durch seine Beschlüsse bezüglich der Reorganisation des Verbands den Unterzeichneten zum Vorsitzenden und damit Leipzig zum Vorort für das nächste Jahr ernannt. Jedem wir hiermit unser Amt antreten, richten wir an unsere Brüdervereine und Alle, welche mit der Verbandsverwaltung in Verbindung zu treten wünschen, die Bitte, sämtliche Briefe, Gelder u. s. w. von nun an an uns gelangen zu lassen. Zugleich sprechen wir die Bitte aus, uns auf jede Weise in unseren Bestrebungen zu unterstützen, damit es uns gelingt, der großen Aufgabe, die uns geworden, gerecht zu werden, und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Nach einem Uebereinkommen mit dem Herausgeber dieser Blätter werden dieselben von jetzt an regelmäßig alle 14 Tage als „Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine“ erscheinen. Wir bitten daher, die Redaction, welche nach wie vor Freund Eichelsdörfer in Mannheim fortzuführen wird, durch Beiträge aller Art zu unterstützen, und erziehen dringend, namentlich die Verbände der Vereine, durch Abonnenten-Sammlung zur weitesten Verbreitung des Blattes beizutragen. Gelingt es, auf je 20–25 Mitglieder eines Vereins, und das wird bei einigem guten Willen nicht schwer halten, je einen Abonnenten zu gewinnen, so wird das Blatt sich selber tragen und jeden Zuschuß aus der Verbandskasse entbehren können. Es wäre schlimm, wenn die deutschen Arbeitervereine nicht fertig brächten, was unsere Brüdervereine in der Schweiz, die Verbände der Buchdrucker und Cigarrenarbeiter in Deutschland möglich gemacht haben: die Schaffung eines eigenen Vereinsorgans als wirksamstes Vermittlungs- und Bindemittel unserer Bestrebungen.

Ein zweiter Punkt, den wir den Vereinen an's Herz legen, ist die baldige Einsendung der rückständigen Beiträge zur Verbandskasse. Soll unsere Verbindung eine fruchtbringende sein, dann bedürfen wir vor Allem dazu genügender Mittel. Diese zu beschaffen, wird für den leicht sein, denn es ist um die Förderung unserer Sache ernst ist. Um Anfragen zu vermeiden, wollen wir hier bemerken, daß jeder Verein per Kopf seiner Mitglieder jährlich 1 Sgr. oder 3 fr. südd. Währung an die Verbandskasse zu liefern hat. Einzelne, die, ohne Mitglieder eines Vereins zu sein, dem Verband beitreten wollen, zahlen einen jährlichen Beitrag von 1 Thlr., wofür sie alle Drucksachen zugeandt bekommen. Die betreffenden Mitgliedskarten werden in kürzester Zeit zum Versandt kommen.

Eine unserer nächsten Aufgaben wird sein, die Ausarbeitung einer ordentlichen Vereinsstatistik, bei der wir auf allseitige bereitwillige Unterstützung rechnen.

Ein Entwurf des Gansfurter Arbeiter-Bildungsvereins zur Gründung einer Kranken-Unterstützungskasse für Deutschland, soll in diesen Blättern veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden, sobald die Berichterstattung über den Vereinstag beendet und damit der nötige Raum gewonnen ist.

Ebenso ein Entwurf zur Gründung einer Zentralkasse deutscher Arbeitervereine, eingegangen von Gera.

Der mehrfach ausgesprochene Wunsch, Wander-Unterstützungskassen in's Leben zu rufen, dürfte ebenfalls Gelegenheit zu vielseitigem Meinungs-austausch geben.

Der durch den Stuttgarter Vereinstag gefaßte Beschluß, die Sammlung und Zusammenstellung von Fabrik-Ordnungen betreffend, werden wir zur Ausführung zu bringen suchen.

Die Thätigkeit der Vereine auf sozial-politischem Gebiete anzuregen, um vielfache, den Arbeiter drückende Uebelstände zu beseitigen und die Förderung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Klassen der Gesellschaft zur That und Wahrheit zu machen, halten wir für unsere größte Pflicht. Die Beschlüsse der verschiedenen Vereinstage werden uns hierbei als Richtschnur dienen.

In der Hoffnung, daß in diesem Sinne uns eine allseitige freundliche Unterstützung zu Theil wird, zeichne

Mit Gruß und Handschlag  
Der Vorort des Vereinstages deutscher Arbeitervereine:  
**A. Bebel**, Vorsitzender.

Leipzig, den 11. October 1867.

Beiträge für die nächste Nummer werden baldig erbeten. D. D.

### Die Verhandlungen des Vierten Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine zu Gera, am 6. u. 7. October 1867.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages trat am 5. October Abends 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in welcher namentlich über die Organisation des Verbandes verhandelt und mit den beiden für diese Frage aufgestellten Referenten die Einigung über eine formulirte Vorlage gewonnen wurde.

Am 8 Uhr des Abends traten die bereits in Gera eingetroffenen Vertreter der Vereine im Locale des dortigen Arbeitervereins zu einer Vorversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Hr. Staudinger, begrüßte die Anwesenden und ersuchte dieselben, den eigentlichen Sitzungen insoweit vorzuarbeiten, daß man sich über die Wahl des Bureaus verständige und darüber, in welcher Reihenfolge die Gegenstände der vorläufig aufgestellten Tagesordnung zur Verhandlung kommen sollen.

Die Besprechung war in Folge des Antrags: die Wehrfrage ganz von der Tagesordnung zu streichen, äußerst lebhaft. An derselben theilnahmen Staudinger, Lippold, Wählich, Hendel, Roteller, Eichelsdörfer, Sonnemann, Hochberger, Bilz und Wartenburg und schließlich wurde bestimmt, die auf der vorläufigen Tagesordnung stehenden Gegenstände in folgender Reihenfolge zur Verhandlung zu bringen:

1. Bericht des Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Herrn Staudinger, über die Verbandsstättigkeit seit dem letzten Vereinstage.
2. Volkschule. Referent Herr Ulich aus Magdeburg.

3. Bergbau-Arbeiterfrage. Referent Herr Bebel aus Leipzig. (Hier wurde mit Rücksicht auf die durch den Göttesdienst bedingte Zeiteintheilung für die Sitzung am Sonntag bestimmt, diesen Gegenstand eher als dritten in der Morgen-sitzung — oder als zweiten in der Nachmittags-sitzung zu behandeln.)
4. Organisation des Bergbau-Arbeitervereins. Referenten die Herren Hochberger aus Stuttgart und Roteller aus Gera.
5. Produktiv-Genossenschaften. Referent Herr Pfeiffer aus Stuttgart.
6. Frauen- und Kinderarbeit. Referenten die Herren M. Müller aus Pforzheim und Roteller aus Grimnitzschau.
7. Wehrfrage. Referent Herr Sonnemann aus Frankfurt.

Da man voraussetzte, daß diese Gegenstände die dem Vereinstage zugewiesene Zeit schon vollständig in Anspruch nehmen würden, erklärte Eichelsdörfer, den ihm zugewiesenen Bericht über „volle Gewerbfreiheit und Freizügigkeit mit Wegfall der Einzugsgelder“ von der Tagesordnung abzusetzen. Er that dies, indem er auf die Frage selbst einging und ausführte: Nach den gemachten Erfahrungen seien die Gewerbfreiheit und die Freizügigkeit, wo sie immer in mehr oder weniger vollständiger Weise zur gesetzlichen Geltung gelangten, von günstigen Einflüssen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter begleitet gewesen. Es bliebe daher die dringende Pflicht der Arbeitervereine darauf zu wirken, daß volle und unbeschränkte Gewerbfreiheit und Freizügigkeit überall zur Durchführung gelange, daß namentlich alle Monopole und das Konfessionswesen hinweggeräumt würden, und daß Jeder ungehindert und unbeschränkt sich niederlassen und arbeiten könne, wo

es ihm zuzugl. Außerdem sei darauf hinzuwirken, daß der Einwanderer in einer gegebenen kürzeren Zeit die unentgeltliche Aufnahme in den bürgerlichen Verband der Niederlassungsgemeinde anprechen könne, wenn er bis dahin in keiner Weise auf öffentliche Unterstützung für sich oder seine Familie Anspruch gemacht hat. . . . und daß ihm aber in keiner Weise verwehrt sein sollte, auch als Einwohner an den Wahlen zur Landesvertretung und zur Gemeindevverwaltung Theil zu nehmen.

Sonntag, 6. October 1867.

Die Versammlung wird durch den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Herrn Staudinger eröffnet.

Herr Wartenburg, Vorsitzender des Lokalkomitees und des Arbeitervereins in Gera begrüßt die Versammlung im Namen des Arbeitervereins in Gera.

Herr Oberbürgermeister Weber von Gera heißt die Vertreter der deutschen Arbeitervereine im Namen der Gemeinde herzlich willkommen und begrüßt in theilnehmenden Ausführungen die Bestrebungen des Vereinstages.

Herr Wittum (Pforzheim) berichtet über die von ihm und Hende (Dresden) vorgenommene Prüfung der Vollmachten. Darnach sind vertreten:

Verein.	Ort.	Vertreter.
Fortbild.-Verein Arbeiterverein.	Altenburg.	H. Staube.
Arbeiterverein.	Berlin.	H. Krebs.
Bandmalerverein.	Brandenburg.	H. Angerstein.
Arbeit.-V.-V.	Burg.	H. Wählich.
Arb.-Fortb.-Verein.	Gannstadt.	H. Müller.
Volksverein.	Gemüna.	J. D. Ranz.
	Grimnitzschau.	H. Stolle.

*Ausgabe vom 15. Oktober 1867, in der August Bebel den Vereinen und Vereinsgenossen mittheilt, daß das Blatt künftig als "Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine" alle vierzehn Tage erscheinen werde.*

# Deutsche Arbeiterhalle

(1. Juni 1867 - 4. Dezember 1868)

Neben dem „Deutschen Wochenblatt“ gibt es noch eine weitere Spur, die von Mannheim nach Leipzig führt und in diesem Falle das „Demokratische Wochenblatt“ eindeutig als Fortsetzung erkennen läßt: Die Flugblätter, die Johann Peter Eichelsdörfer seit 1. Juni 1867 unter dem Titel „Deutsche Arbeiterhalle“ herausbrachte. Bei Eichelsdörfer handelte es sich um den bereits erwähnten Redakteur der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“, der Vorsitzender des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins war und auch in Eckardts deutscher Volkspartei mitwirkte.

Zu jener Zeit scheint Eichelsdörfer bereits eine eigene Druckerei besessen zu haben, nachdem er im Juli 1866 von der Redaktion der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurückgetreten war und die Fortführung des Blattes dem Verleger Schneider überlassen hatte.

Die „Deutsche Arbeiterhalle“ gab Eichelsdörfer als Mitglied und im Auftrag des Ausschusses deutscher Arbeitervereine heraus. Die Flugblätter erschienen zunächst einmal im Monat, später zweimal. Sie kosteten je Nummer einen Groschen, bei Vorauszahlung für zwölf Nummern neun Groschen, und waren gegen Franko-Einsendung des Betrags vom Herausgeber zu beziehen. Ab der achten Nummer nannten sie sich „Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine“. Die Einstellung der „Deutschen Arbeiterhalle“ im Dezember 1868 stand in ursächlichem Zusammenhang damit, daß im selben Monat der Verband deutscher Arbeitervereine das „Demokratische Wochenblatt“ in Leipzig zu seinem Sprachrohr erkor und mit der sächsischen Volkspartei als Herausgeber auftrat.



Werbung für die neu erschienene „Deutsche Arbeiterhalle“  
im „Deutschen Wochenblatt“ vom 11. August 1867

# Mannheimer Abendzeitung.

## Organ der deutschen Volkspartei in Baden.

Die „Mannheimer Abendzeitung“ wird — mit Ausnahme der Sonntage und Festtage — täglich als Abendblatt ausgegeben. — Der Abonnementspreis vierteljährlich ein Gulden, ohne Postaufschlag. Auswärts-Vertrieb: die einbändige Beilage 3 kr., bei Postanfragen 2 kr. Bestellungen bei der Expedition C 1 Nr. 15 in Mannheim und bei allen Postämtern.

### Militärstaat — Polizeistaat — Muderstaat.

D.C. Vor kurzem ging durch die Blätter ein Notizschreiben des alten Kunstbauers, des bekannten Kreuzzeitungs-Verlehrs, in welchem dieser gründliche Kenner und gründliche Vertreter des Zollernstaats nicht nur laute Klage erhob, daß man sein geliebtes Schwarzweißthum verdrängen und nationalisieren wolle (womit es gute Wege hat), sondern auf den nach Geschichte und Tradition völlig unbedenklichen, reichsfeindlichen Charakter des preussischen Staatswesens und der preussischen Staatsart in Ausdrücken förmlich pochte. In Gegenjah und Feindschaft zum deutschen Reich, zur deutschen Reichsidee, zum nationalen Gedanken — das war der Kern der Verlehrs-Ausführungen — sei der Zollernstaat erwachsen und groß geworden. Nicht neu, diese Wahrheit; jeder Blick in die Geschichte lehrt sie; eine Territorialmacht auf den Trümmern des Reichs — so steht das Preußen des großen Kurfürsten, des ersten Königs, des alten Fritz, des engbrüchigen Friedrich Wilhelm III., der Schornstein-Renschrift von 1822, der Wahlmlegung des deutschen Bundes, der Wiedererweckung der deutschen Bewegung von 1848 bis 1849, des Göttinger Bündnisses, der Stof-ins-Derz-Deputate, der Gebirgsregimente und der Zerstückung des Vaterlandes, deren der jetzige König schuldig ist — so, sagen wir, steht die Preußen erneuerter Mägen längst vor aller Welt. Aber die blanke und schwere Wahrheit der Geschichte anerkannt und verstanden zu hören aus dem Munde gerade dieses Verlehrs, das war neu und vernichtend. Die Großpreußen und die Mittelpreußen haben's darüber nach Rechten todgeschwiegen. Wir registriert es als einen weiteren Erfolg, der seines Eindrucks in der Welt nicht verfehlen wird.

Jetzt folgen neue Stimmen. Die National-Vereine in Preußen, die Bismarcker der Bismarcker. Der Dreiklang der Städtenamen Gelle — Soligen — Breslau — hat die weißschafte Gese national-liberalen Wirkungs. Wörtlich hat ihn einer der geschäftlichen Streber der genannten Partei gebraucht, der Abg. Vent in der 1. preussischen Volksvertretung selbst, unter der durchleuchteten Fackel des schließenden Präsidiums, vor allem Volk, dem Minister von 1866 ins Antlitz. Wir haben kein Bedenken dabei, als durch den Zusatz, welcher die symbolische Bedeutung jener Städtenamen ins Deutsche übertrug, den Verstand seiner Leser nachgedenken zu haben. Der Name Gelle dargegenwärtig, was der Militärstaat gegen Recht und Gesetz, gegen Eigentum und menschliches Gefühl leistet; der Name Soligen mahnt, was der Polizeistaat gegen Selbstverwaltung der Städte und gegen die Unabhängigkeit freimüthiger Beamten sich erlaubt; der Name Breslau erläutert, wie die Muderer (dies das konfessionslose süddeutsche Gymnasium in der schließlichen Hauptstadt ein Vernein ist) mit Bildung und Humanität umspringt.

Der National-Liberalismus, sagen wir, ist es, der diese Zusammenstellung gemacht hat. Dem dürftigen Gesellen fängt's an recht schlecht zu gehen. Er muß zeugen gegen seine eigene Macht; die Hofschancen legen ihm den Zeugnisausgang auf; sie drängen ihn zu klagen, zu zeugen, zu erkennen — gegen sich selbst. Er spielt sich auf gegen die Willkür — warum hat er sie großgezogen, großgehabt, großgelogen? Er spielt sich auf als Werthbeiziger verfassungsmäßiger Rechte — warum hat er sie optern lassen, optern lassen in Masse, das er nun im Einzelnen betteln muß? Er spielt sich auf für den Rechtsstaat — und der Militärstaat hier, der Polizeistaat dort, der Muderstaat dort grinst ihm die Antwort entgegen: du wolltest ja nichts sein, nun bist wir alles!

Besonders bezeichnend ist an diesem interessanten Vorgang und Fortgang eines. So lange und so oft die Redebungen jener Wortmenschen auf dem Gebiete der großen Politik sich bewegen, sind sie nichts als entsprechend große Worte. Die Zerstückung des Vaterlandes thut Miquel ab mit „Rollen- und Wasserstation“; so kommt er mit Eleganz über die Mainlinie, auf dem Papiere heißt das. Die Verlehrs-ineur des Vaterlandes bei Gelegenheit Kuremburgs thut Venningen ab mit dem denegierenden Patriotismus, in welchem einzig zu sein das nichtige Vaterland aufzuführen er unfähig der gemeinen Welt ist; so wuchtet er das Grenzland auf dem Papier beim; die Zerstückung des Vaterlandes thun die Volt und Braun und Meß ab mit neuem „Frei-

ling“ und so dergleichen; damit stellen sie das Vaterland her, auf dem Papier heißt das. Aber so wie's ins Einzelne bestimmter Hofschancen geht, über die und gegen die keine Junge ankommt, ja, da behaupten eben die Hofschancen ihr Recht, da wimmert's von „schlechtem Eindruck, da jammert's von der Unmöglichkeit „moralischer Eroberungen“, da klagt's um Hilfe nach der „weißen Seele“ Bismarck und wenn dann auch die weiße Engelsseele des Reichers Bismarck nicht hilft, nicht gegen Eulenburg in Sachen Soligen oder Kreisordnung, nicht gegen Müller in Sachen hundert Lehrer oder mißhandelter Gymnasien, nicht gegen Noon in Sachen ewig gesteigerter Millionen oder Mißachtung der Gejeje — da — nun da hängt man sich noch lange keinen Müßlein um den Hals und erjauft sich, seine Nothzeit, seine Schmach, in der Spece. Wo sie am tiefsten ist, sondern man läßt wieder und wieder springen den Born der Rede, wo er am tiefsten ist und wird unfreiwilliger Zeuge für die Wahrheit, der wir und die Unjeren treu waren in allem Wirbel und Schwindel des Erfolgs und des Abfalls und der wir treu verbarren bis ans Ende.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 9. Febr.

\* Das Kaiserreich in Frankreich sieht sich in Paris genöthigt, in die Strohe herabzuweisen und mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen. Das Kaiserreich ist nur noch die Gewalt; und es wird nur noch so lange bestehen, als ihm die Werkzeuge der Gewalt, die Soldaten, nicht den Dienst verweigern. Paris hat Barrakaden, die Veränderung eines Waffenabends gehen. Ein bemerksbarer Aufwuchs der Bewegung der Unzufriedenheit, welche die Massen erfüllt. Erst in diesem Mal war es nicht mehr; aber es hängt Gewichts sich „n Gewicht und wer weiß, was die nächste Stunde bringt.

Aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer in Bayern heißt die Den. Korresp. den folgenden Punkt hervor. Auf Anbringen des Abg. Roth hat der Minister Hohenlohe erklärt, allerdings habe er sich um Wiedervereinigung des Südens mit dem Nordbunde bemüht, aber die Frage sei nicht für Bayern allein, und Preußen erwarte erst vom gemeinsamen Süden die näheren Vorschläge über die Modalitäten und Bedingungen der Wiedervereinigung. Darüber einige Worte. Wir behaupten, daß Hohenlohe nicht mehr gelagt. Wir müßten uns sehr irren, oder er hätte mehr sagen können, wenn nicht müßten. Wir fordern den Zollernfreund Hohenlohe und die Seinigen auf, es nachzuholen, und wir wollen ihm dazu behülflich sein, indem wir ihm das Schweigen erschwern. Die Wiedervereinigung Süddeutschlands mit dem Norden ist Preußen nahegelegt. Die Bedingungen dafür sind Preußen mitgetheilt. In ihren Hauptpunkten wenigstens. Es sind nicht sehr freihändlerische, aber doch einigermaßen freihändlerische Bedingungen, konstitutionelle Garantien, vollstündliche Forderungen, auf die Preußen eingehen soll. Will Hüßel Hohenlohe oder seine Presse uns sagen, was Zollern dazu gesagt hat? Uns dünkt, das wäre doch von Interesse. Uns dünkt, es gehörte sehr in die Debatte, bei der es sich um die ganze Politik Hohenlohe, ja um die Existenz des Ministeriums Hohenlohe handelt. Aber freilich, es bearf der Antwort nicht erst. Bismarck und freihändlerische Bewegungen! Zollern und vollstündliche Forderungen! Der Nordbund und verfassungsmäßige Garantien! Natürlich will man in Berlin von alledem nichts wissen und natürlich, sowie das authentisch konstatirt wird, schlägt das aller Preußerei hier im Süden vollends den Boden aus, und natürlich sieht sich dann der Süden um so dringender auf sich selbst angewiesen, und natürlich wird dann der rettende Gedanke eines Südbundes der Freiheit um so mehr ein Gebot der Selbsterhaltung, und natürlich sind dazu andere Männer nötig, als die Politiker der drei verlorenen Jahre, die trägen Träger der Politik Hohenlohe's und so dergleichen!

Die zwischen dem preussischen Ministerium und dem Herrenhause bestehende Spannung hat sich zum Bruch erhoben. Das Herrenhaus hat die Vorlage wegen Aufhebung der Maß- und Schlagssteuer und ferner den Antrag auf Verlegung des Landtags abgelehnt; und dies, trotzdem Graf Bismarck in eigener Person für den Verlegungsantrag eintret und trotzdem er mit Nichtwiderstand drohte. Das Herrenhaus ließ es auf die Verlegung ankommen, nur etwa 10 Mitglieder erhoben sich für die

Verlegung. Doch das melden die Kammerberichte. Was sie aber nicht melden, das ist der schände Abfall, den die „heilige Stätte“ des Herren Bundeskanzlers auch persönlich dort erfuhr. Die übliche ästhetische Begründung des Hauses bei seinem Eintritte unterließ und die persönlichen Bemühungen, die der Minister an eine Anzahl seiner früheren Verlehrs verwendete, hatten sichtbar einen fast unsichtbaren Erfolg. Die bekannte „Temperatur“ hat dem großen allgemeinen Zuge von Wind und Wolke nicht länger widerstehen können, auch im Herrenhause wird es kühl.

Trotz der Beruhigung, die in Dalmatien eingetreten, setzt die türkische Regierung ihre Vorhatsmaßregeln gegen etwaige slavische Aufstandsbewegungen fort. Die türkische Regierung hat an der östern. Grenze Truppen aufgestellt; um Montenegro herum versetzt sie über etwa 40,000 Mann. Die türkische Regierung, welche über die südslavische Projekte gut unterrichtet scheint, stellt sich eben für alle Fälle sicher. Natürlich verfolgt Rußland jeden Schritt der Pforte mit Aufmerksamkeit und des Petersburger Kabinet hat in jüngster Zeit nichts unterlassen, die Pforte sowohl als die anderen Mächte darauf aufmerksam zu machen, daß Montenegro unter keinem ganz besonderen Protektorate steht. Allelei Mittheilungen über die dießfällige Thätigkeit der russischen Diplomatie schwimmen durch die Luft. Die folgende, die übrigens nicht verächtlich, hat Einiges für sich: Rußland, heißt es, habe den Kabinetten von London, Paris und Wien den Vorschlag gemacht, das montenegrinische Gebiet angeht die türkischen Truppen-Konzentrationen zu neutralisieren. Die bezügliche Anregung scheint aber wenig Anklang gefunden zu haben und soll von den Mächten mit dem Bemerkten abgelehnt worden sein, daß sie in den nächsten Truppen-Zusammenziehungen an den Grenzgebieten lediglich eine interne Angelegenheit des türkischen Reiches erbilden. . . .

### Deutschland.

\* Mannheim, 9. Febr. In der gestrigen Versammlung des demokratischen Vereins wurde der Antrag: es müßten die Mitglieder des Vereins dem Programme und der Organisation der „deutschen Volkspartei“ beitreten, angenommen. Bei der Erneuerungswahl des Ausschusses wurden gewählt die Herren: Frz. Schulz, W. Strecker, A. Hug, Ferdinand Schneider, A. Bollinger, W. Frey und Gieselsböcker.

□ Heidelberg, 9. Febr. Die „Abendzeitung“ hat schon darauf verwiesen, wie die national-liberale Mehrzahl der Zweiten Kammer Vorbereitungen trifft, mit der Ersten Kammer über die Vorlage der Gemeindeverfassung zu handeln und sich zu freuden zu geben, wenn auch nur die Hälfte der von ihr beschlossenen Vorlage „Geht“ wird. Die letzte Nummer der „Abendzeitung“ beweist auf eine bezügliche Auslassung der „Badischen Landeszeitung“. Das hier erscheinende national-liberale Organ bläst in dasselbe Horn. In Konstanz hat nämlich, wie bekannt, die Gemeindeversammlung den Antrag der Gemeindeverwaltung auf Aufhebung der bisherigen Verteilung von Almosen-grundstücken verworren. Die „Heidelb. Ztg.“ ist darüber so sehr aufgebracht, daß sie anspricht: Die Konstanzer Gemeindeverwaltung, welche man nämlich als mütterlich, ja in manchen Dingen als geriat bezeichnen konnte, steht in Gefahr, „den rohesten demagogischen Aufbegehren“ gegenüber ihren Halt zu verlieren. Wenn also die Gemeindeverwaltung anderer Meinung ist, als die Gemeindeverwaltung, so ist dies die „rohesten demagogischen Aufbegehren“; wenn die Gesamtbevölkerung von ihrem Rechte Gebrauch macht, ihren Willen zur Geltung zu bringen, so ist dies nach der „Heidelb. Ztg.“ ein Vorgehen der „urtheilslosen Massen“; da tritt für die „Heidelb. Ztg.“ der „Zustand der Rothweber“ ein — und so gibt sie der Mahnung Ausdruck: „sich ernstlich vorzugehen“ und für den Nothfall solche Mittel nicht aus der Hand zu geben, mittelst deren wenigstens dem Herrgott ein: „bis hieher und nicht weiter“ — zugerufen werden könne. Es ist klar, die Herren, die unter der alten Ordnung gewöhnt waren, zu herrschen, möchten dies auch ferner thun. Unter dieser Voraussetzung wären ihnen auch demokratische Einrichtungen recht. Nachzu sehen aber zeigt, daß da, wo die Gesamttheit das Recht hat, zu entscheiden, sie dies nach ihrem Willen und nicht nach dem Willen Einzelner thut, da wird der Mund-Demokrat anst und bange und die rufen nach Mitteln, um dem „Rechten“ — dem Willen der Mehrheit — „bis hieher und nicht weiter“ zuzurufen zu können.

„Mannheimer Abendzeitung“ vom 10. Februar 1870

# Mannheimer Abendzeitung

(1. Januar 1869 - 14. Dezember 1870)

Nach der Tätigkeit als Redakteur für die „Neue Badische Landes-Zeitung“ und der Herausgabe der „Deutschen Arbeiterhalle“ erreichte Eichelsdörfer den Höhepunkt seiner publizistischen Tätigkeit mit der Herausgabe der „Mannheimer Abendzeitung“. Die Zeitung erschien vom 1. Januar 1869 bis zum 14. Dezember 1870 täglich außer sonntags in der Druckerei und dem Verlag von Johann Peter Eichelsdörfer in C 1, 15 (alte Fechtschule). Laut Untertitel war sie das „Organ der deutschen Volkspartei in Baden“.

Mit ihrem Titel knüpfte die neue „Mannheimer Abendzeitung“ an das ehemalige Kampfblatt der märzlichen Demokratie an, das sich unter der Redaktion Karl Grüns, Karl-Ludwig Bernays und Jean Pierre Grohes nationale Beachtung errungen hatte. Der Titel war somit ein Programm, und für alle älteren Mannheimer auf Anhieb verständlich.

Die Mannheimer Abendzeitung erblickte im selben Jahr das Licht, in dem sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei als deutscher Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation konstituierte. Damit trennten sich endgültig die Wege von bürgerlichen Demokraten und Arbeiterbewegung. Welche engen Verbindungen persönlicher und ideeller Art zunächst noch zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei bestanden, zeigt der Blickwinkel, unter dem die „Mannheimer Abendzeitung“ die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach als Sieg der Volkspartei begriff:

*„Auf dem Kongresse zu Eisenach hat die Volkspartei das Feld behauptet. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die in Eisenach tagte, hat gleich der deutschen Volkspartei den ‚freien Volksstaat‘ in ihr Programm aufgenommen, und deshalb Zorn und Ärger im Lager der Bismarck-Lassalleaner und der Bismärcker überhaupt.“*

Der Vorwurf der lassalleanischen „Badischen Chronik“, die Mannheimer Abendzeitung habe „glücklich den Weg ins Fahrwasser der internationalen Sozialdemokratie gefunden“, traf allerdings nicht zu. Als Organ der deutschen Volkspartei war und blieb die Mannheimer Abendzeitung ein bürgerlich-demokratisches Blatt. Das schloß nicht aus, daß noch etliche Zeit freundschaftliche Beziehungen und große Übereinstimmungen mit der Sozialdemokratie bestanden. So hat Friedrich Engels noch 1875 in einem Brief an Bebel darauf hingewiesen, daß nicht weniger als sieben Forderungen des Gothaer Programms der Sozialdemokratie direkt und wörtlich mit dem Programm der Volkspartei übereinstimmten. (Engels wandte sich damit gegen die lassalleanische Phrase, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse seien.)

Den Lassalleanern gewährte die „Mannheimer Abendzeitung“ sowenig Pardon wie zuvor das „Deutsche Wochenblatt“. Im Februar 1869 veröffentlichte sie eine fünfteilige Artikelfolge gegen die Agitation der „Bismarck-Lassalleaner“ in badischen Städten. Mißtrauisch verfolgte sie, wie die Anhänger des Johann Baptist Schweizer anscheinend sogar bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ den Fuß in die Tür bekamen, die früher die lassalleanische Agitation als „Erscheinung eines gewissen schlaun Berlinertums“ abgetan hatte. Da sich Eichelsdörfer bekanntlich mit dem Verleger Schneider überworfen hatte, ehe er aus der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ ausschied und sich selbständig machte, dürften auch persönliche Motive die folgende Polemik beeinflußt haben:

*„Die Neue Badische Landes-Zeitung, die bisher in der sozialen Frage zu den Programmen von Nürnberg und Stuttgart, welche denjenigen der Lassalleaner und Arbeiterbündler entgegenstehen, gehalten hat, erlaubt in ihrer gestrigen Nummer einem Berichterstatter über die letzte Versammlung des Arbeitervereins höchst wegwerfende Auslassungen über die Bestrebungen, aus welchen die oben bezeichneten Programme hervorgegangen. Wie wir bestimmt wissen, darf diese ‚Konsequenz‘ dem Redakteur des genannten Blattes nicht zur Last gelegt werden; vielmehr war es der Verleger desselben, der wahrscheinlich aus ‚gewissen Rücksichten‘ der Feder eines bekannten ‚tüchtigen Nationalökonomens‘ den leichtfertigen Spaziergang genehmigte.“*

Den von Bismarck provozierten deutsch-französischen Krieg von 1870/71 verurteilte die Mannheimer Abendzeitung noch entschiedener als die „Neue Badische Landes-Zeitung“. Am 24. Juli 1870 schrieb sie:

*„Die letzte Hoffnung ist geschwunden, daß der entsetzliche Krieg zwischen zwei der gebildetsten Nationen vermieden werde. Der Gedanke, daß es möglich war, die beiden Völker, welche Frieden nötig haben, gegeneinander zu hetzen, ist haarsträubend. Die Verantwortung treffe die Urheber des Krieges.“*

Nach der Gefangennahme Louis Bonapartes und Ausrufung der Republik in Paris veröffentlichte die Abendzeitung am 10. September 1870 eine Adresse des „Zentralkomitees der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga“ an die beiden Völker, in der es - an die Deutschen gewandt - hieß: „Bedenkt, daß seit dem Augenblick, in welchem die Republik in Frankreich proklamiert worden ist, der Krieg eine andere Gestalt angenommen... jetzt ist es der Krieg der Monarchie gegen die Republik.“ Unter den Unterzeichnern der Adresse befand sich Amand Goegg, der während der Märzrevolution in Mannheim eine führende Rolle gespielt hatte.

Am 11. September 1870 brachte die Abendzeitung einen Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an alle deutschen Arbeiter, sofort in Massen ihre Stimmen zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volk und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens. Am 30. November berichtete sie ausführlich über die Ablehnung neuer Kriegskredite durch Bebel und Liebknecht im norddeutschen Reichstag. - Das mutige Eintreten des Mannheimer Blattes gegen

Franzosenhaß und Kriegsbegeisterung veranlaßte die nationalliberale „Badische Landes-Zeitung“ in Karlsruhe zu der Forderung, daß die „Mannheimer Abendzeitung“ auf Kriegsdauer zum Schweigen gebracht werde.

Die Druckerei des Blattes, das im Kriegsjahr 1870 teilweise nur mit zwei Seiten Umfang erscheinen konnte, war am 14. August 1870 nach E 3, 7 verlegt worden. Die letzte erhaltene Nummer datiert vom 14. Dezember 1870. In dem allgemeinen chauvinistischen Taumel nach dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung und preußisch-reaktionärer Vormundschaft wurde Eichelsdörfer vielleicht von derselben Resignation wie Johann Schneider befallen, der seine „Neue Badische Landes-Zeitung“ an ein Konsortium von Aktionären aus der demokratischen Partei verkaufte. Dieses Konsortium kaufte auch Eichelsdörfers Mannheimer Abendzeitung und stellte sie ein. Eichelsdörfer kehrte als Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurück.

# *Mannheimer Zeitung / Neuer Mannheimer Anzeiger*

(1873 - ca. 1877)

1873 versuchte Johann Schneider einen Neubeginn: Vermutlich mit dem Geld, das er noch vom Verkauf der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ besaß, rief er die „Mannheimer Zeitung / Neuer Mannheimer Anzeiger“ ins Leben. Dieses Blatt erschien um das Jahr 1876 wie die NBLZ mit 13 Ausgaben wöchentlich und konnte immerhin mehr als die Hälfte von deren Auflage vorweisen. Aus dem Mannheimer Adreßbuch von 1877 geht hervor, daß sich Schneider in P 3, 14 eine neue Druckerei für die Herstellung der Zeitung zugelegt hatte. Da kein einziges Exemplar mehr erhalten ist, lassen sich im übrigen kaum Angaben zum Inhalt machen. Offenbar wurde die zweite Zeitungsgründung Schneiders wie zuvor die „Neue Badische Landes-Zeitung“ und Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung“ von der Mannheimer Vereinsdruckerei AG aufgekauft; die NBLZ führte später in ihrem Untertitel den Zusatz "Mannheimer Zeitung".

Infolge von Schneiders Neugründung stagnierte die Auflage der NBLZ seit Anfang der siebziger Jahre bei etwa 8500 Exemplaren und dürfte sich nach dem Aufkauf entsprechend erhöht haben.

Einen aufschlußreichen Einblick in die damalige Konkurrenzsituation gibt Mosses Neuester Insertions-Tarif für das Jahr 1877:

<b>Titel</b>	<b>Auflage</b>	<b>Ausgaben/Woche</b>
Neue Badische Landes-Zeitung	8 500	13
Mannheimer Tagblatt	8 300	6
Mannheimer Journal	5 500	6
Mannheimer Zeitung	4 500	13
Rhein- und Neckarzeitung	3 000	7

Zum Vergleich: Die höchste Auflage in Baden erreichte damals die nationalliberale Badische Landes-Zeitung in Karlsruhe mit 9000 Exemplaren. Die höchste Auflage im ganzen Reich konnte das Berliner Tageblatt mit 47500 Exemplaren vorweisen.

Pfälzisch-Badisches

# Volksblatt.

Erscheint in Mannheim  
jeden Samstag

Abonnementpreis bei  
der Expedition und den Filialen,  
sowie bei allen Postanstalten,  
vierteljährlich 75 Pf.,  
tri in's Haus 90 Pf.,  
prämienlos.

In der Expedition und den  
Filialen werden auch Monats-  
abonnements zu 25 resp. 30  
Pf. entgegengenommen.

Einzelne Nummer  
6 Pfg.

Redaction und Expedition:  
Mannheim,  
J 5, Nr 18, II. Stod.

Inserate  
werden bis Freitag Vormittag  
10 Uhr angenommen und  
wird die 4spaltige Zeitspalte  
oder deren Raum mit 10 Pf.  
berechnet, bei drei- oder mehr-  
maligem Durchlesen entsprechend  
der Rabatt.

Motto: Alles für das Volk.  
Alles durch das Volk.

Nr. 20.

Mannheim, 18. Mai

1878.

## Ein Attentat auf den deutschen Kaiser.

Seit vorigem Samstag hat die „orientalische Frage“, die eigentlich kaum mehr eine „Frage“ ist, den so lange behaupteten ersten Platz auf der öffentlichen Tagesordnung räumen müssen und das durch Aller ehrwürdige „Zur Orientkrisis“ unserer „Neuen badischen Landeszeit.“ ist, wie man zu sagen pflegt, „Sinen heruntergekommen“; an seiner Stelle tritt seit einigen Tagen ein ähnlicher Hartnäckigkeit wie sein Voraänger dem ob solcher „Ummäßung des Bestehenden“ erlauchten Leser in fetter Schrift der schauartige Titel entgegen: „Das Attentat auf den Kaiser“ — und was darunter steht, ist noch viel schauriger als der Titel.

Wir selbst waren, da der Vorfall, welcher seit einigen Tagen die Gemüther in Erregung hält, sich am vorigen Samstag ereignete, bisher nicht in der Lage, unseren Lesern von demselben Kenntnis zu geben; indes dürfte, wir möchten aus mehr als einem Grunde sagen: leider, heute auch in der abgelegensten Hütte des Schwarzwaldes Niemand mehr zu finden sein, der nicht wüßte, was sich am Samstag in der Hauptstadt des deutschen Reiches begeben hat. Wir sagen: leider; einmal darum, weil wir die That des Spenglergesellen Hödel bebauern, sodann, weil wir noch in viel höherem Maße die Art und Weise bebauern, in welcher von Seiten der gemäßigten Presse diese That bekannt gemacht und gegen uns, die Socialdemokratie, ausgebeutet wurde. Denn in dieser Art der Ausbeutung zeigt sich eine sittliche Verkommenheit und Verworfenheit, welche in viel härterer Weise als die That des allem Anschein nach geistig zerrütteten Spenglergesellen, dem ehrlichen Manne, dem Arbeiter an der Beförderung der Gesellschaft die Röhre der Scham oder auch den blaffen Ton der Trauer in's Antlitz rufen muß.

Wir sprachen von der „That des Spenglergesellen Hödel.“ Man bemerke aber wohl: Wir für unsere Person sind noch lange nicht so durchaus fix und fertig mit dem „Attentat“, wie es die gegnerische Presse ist. Denn noch schwebt die Untersuchung auch über den Thatbestand, noch leugnet der unglückselige Held dieses Trauerspiels, daß er habe auf den Kaiser schießen wollen, noch steht Ausfrage gegen Ausfrage — Ausfrage Hödel's gegen die Ausfragen verschiedener Zeugen, bei deren Werthschätzung der unbefangene und kalte Prüfer die ganze den in Rede stehenden Vorfall umfassende, auf die ruhige Beobachtung und vorurtheilsfreie Beurtheilung, selbst beim besten Willen der Beteiligten, sicherlich nicht günstig einwirkende Situation sich gegenwärtig halten muß.

Als am Samstag Nachmittags — dies ist in aller Kürze der bisher festgestellte Thatbestand — der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, gegen halb vier Uhr von einer Spazierfahrt im offenen Wagen zurückkehrte, fien an, der Straße „Unter den Linden“ in unmittelbarer Nähe des kaiserlichen Wagens mehrere Revolvergeschosse; das Individuum, welches dieselben abgegeben, wurde festgenommen und wäre von dem hingelassenen Publikum keine Abgünstigung worden. Einem Arbeiter, der besonnen und muthig genug war, den Lynchschreien entgegen zu treten, wäre es ebenfalls beinahe schätzmäßig ergangen; wäre nicht die rettende Polizei mit ihren Ketten erschienen, so würden wohl beide „Verschwörer“ — denn daß man es mit solchen zu thun hatte, war jedem dieser Lynchschreier klar — für all' ihr Verlog genug bekommen haben. O getroffen war von den Schüssen Niemand; eine Kugel spur

## Durchgang des Merkur. (Zur Himmelererscheinung vom 6. Mai.)



Es darf uns nicht mehr wundern, daß so viele große Spitzkuben und fallide Kaufleute durchbrechen, da deren Gott nunmehr selbst durchgegangen ist.

ist bis jetzt nirgends aufgefunden. Um die Ehre der Festnahme und des Zu-Boden-Schlagens des Schützen breiten noch verschiedene Kräfte, über das Benehmen des Kaisers und der Großherzogin bei und nach dem Vorfall laufen eine Menge einander aufhebende, mehr oder weniger ansehensvolle Verkündigungen, welche lokale Blätter, z. B. der „Mannheimer Anzeiger“ unbesonnen und ungeprüft in paltenlangen Artikeln zusammenstellen, obgleich oder weil sie mit der Sache selbst nicht das Mindeste zu thun haben, sondern im Gegentheil nur dazu führen können, das ruhige, vorurtheilslose Urtheil zu erschweren.<sup>1)</sup> Die beiden „Verschwörer“ wurden

<sup>1)</sup> Welch' absurdes Zeug von den Blättern, auch von den „angeesehenen“, gebracht und vom Publikum natürlich auch geglaubt wurde, dafür einige Beispiele: Eine Dame sagt aus, sie habe gesehen, wie Hödel auf den Kaiser zielt; hätte der Kaiser sich etwas mehr nach rechts genehnt, so würde die Kugel ihn unfehlbar in die Schäfte getroffen haben. Man sieht, die versteht etwas vom Schießen! Ein Hülfsleutnant hat den Hödel am Morgen mit dem innewissen als völlig unschuldig auf freien Fuß gelassen. Krüger auf einer Bank sitzen sehen und gebet, wie Krüger zu Hödel sagte: „Nach's man gut.“ Nach dem Bericht des einen Blattes hat Hödel ein nichtsfagen des Gesicht, in einem andern Blatte sieht er sehr interressant aus und trägt einen lockenannten „Socialistenhut.“ Daß der Mann mit der Schellenkappe, welcher die „Waldsäger Zeitung“, macht, sich diesen „Socialistenhut“ nicht entgegen läßt, versteht sich von selbst; der Dankwurfs ist ganz außer Rand und Band gerathen und bezeichnet seinen gläubigen Lesern nicht unbedeutlich als den eigent-

festgenommen und unter fortwährenden Mißhandlungen des höhern und niederen Janagels zur Polizei geführt, wo sie das erste Verhör bekanden. Mit diesem Punkte nun beginnt unter Vortanz des offiziellen Baugerischen Telegraphen-Büreaus der bestirrende Hexenabbath der sozialistenfeindlichen Presse, auf welchen wir gleich zu reden kommen werden. Noch am Samstag Abend meldete der Telegraph, bei dem „Attentat“, der als der Spenglergeselle Emil Max Heinrich Hödel, alias Keimann (?) aus Leipzig identifizirt wurde, seien sozialistische Schärften und die Porträts Nebel's und Liebnicht's vorgefunden worden, auch habe Hödel früher sozialistische Verjammlungen in Schweiß bei Leipzig abgehalten.<sup>2)</sup> Hödel selbst erklärte zunächst, er gehöre keiner politischen Partei an, später gab er an, er sei „Anarchist“, „Christlich-Sozialer“, und zur Abwechslung auch, er sei „mit Leib und Seele Socialdemokrat“, während er im nämlichen Athem auf die Socialdemokratie in größter Weise schimpfte. Auf's Bestimmteste aber erklärte Hödel, er habe nicht auf den Kaiser

lichen Attentat — Herrn Dresbach. Auch die „Mittel- und Westzeit.“ war die Donnerstag Mittag noch nicht wieder zu Verstande gekommen, ein Schied, das freilich mit vielen badischen Gemüthsabenden theilt.

<sup>2)</sup> Ist inzwischen auch als eine Lüge konstattirt worden. D. hat in Schweiß eine Verjammlung abgehalten, aber keine Socialdemokratische.

„Pfälzisch-Badisches Volksblatt“ vom 18. Mai 1878

# Pfälzisch-Badisches Volksblatt

(5. Januar 1878 - 26. Oktober 1878)

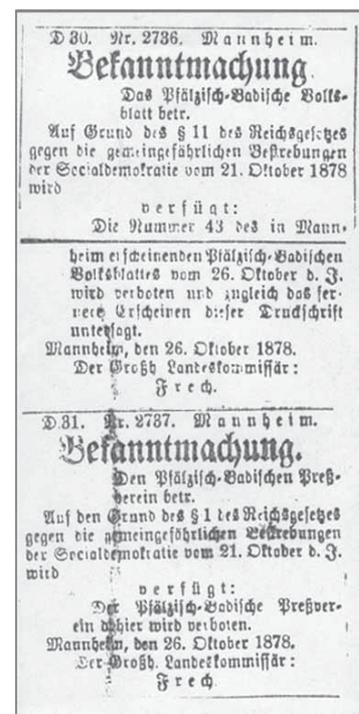
Die erste sozialdemokratische Zeitung in Mannheim war das „Pfälzisch-Badische Volksblatt“. Die Probe-Nummer erschien am 1. September 1877 - sicher nicht zufällig vor den Wahlen zum Bürgerausschuß am 23. Oktober, bei denen es den Sozialdemokraten gelang, die bisherige Alleinherrschaft der Demokraten im Rathaus zu brechen und die Hälfte der Sitze in der dritten Klasse zu erobern.

Ab 5. Januar 1878 erschien das „Pfälzisch-Badische Volksblatt“ regulär, einmal in der Woche samstags. Den Untertitel zierte das Motto: „Alles für das Volk, alles durch das Volk.“ Die Zeitung wurde in der Druckerei von Fr. Mutterer in H 5, 2 (später R 1,9) hergestellt, während sich Redaktion und Expedition in J 5, 16 befanden. Redakteur war August Dreesbach, dem als ständige Mitarbeiter Franz Schreiber und Moses Oppenheimer zur Seite standen. Franz Schreiber redigierte später die Frankfurter „Kleine Presse“, die von Leopold Sonnemann verlegt wurde.

August Dreesbach war 1874 als Agitator des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Stuttgart nach Mannheim gekommen. Seine politische Heimat war also zunächst die Partei Lassalles, was für das spätere Wirken Dreesbachs - 1875 vereinigten sich die Lassalleaner mit der marxistischen Sozialdemokratie - nicht ohne Belang erscheint: Dreesbach entwickelte sich nicht nur zum Führer der Mannheimer Sozialdemokratie, sondern galt auch als einer der Begründer des „badischen Reformismus“, der „Großblockpolitik“ mit den Nationalliberalen.

Dreesbach war der einzige Redakteur und zugleich Verlagsleiter des Blattes. Unter seinem Vorsitz war im September 1877 der Pfälzisch-Badische Preßverein ins Leben gerufen worden, der die wirtschaftliche Basis der Zeitung sicherte. Moses Oppenheimer führte den Vorsitz des Vereins.

Gerade als die Mannheimer Genossen daran dachten, das Volksblatt dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen, zerstörte das Sozialistengesetz die hoffnungsvollen Anfänge. Am 29. Oktober 1878 brachte der Staatsanzeiger die Bekanntmachung, daß aufgrund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die Nummer 43 des „Pfälzisch-Badischen Volksblatts“ vom 21. Oktober 1878 verboten und das weitere Erscheinen untersagt werde. Gleichzeitig wurde der Pfälzisch-Badische Preßverein aufgelöst.



Verbot der Zeitung aufgrund des Sozialistengesetzes

# Mittelrheinische Familienblätter.

Wochenschrift zur Unterhaltung und Belehrung.

Erheint jeden Sonntag. — Das vierteljährliche Abonnement kostet 1 Mark (incl. Trägerlohn). Auch werden Monats-Abonnements zu 35 Pf. entgegengenommen. Die einzelne Nummer 8 Pf.

Mannheim, 23. November 1878.

Redaction und Expedition in Mannheim. R. I. 9. — Inserate werden die 14tägige Belegstelle ober deren Raum mit 12 Pf. berechnet, bei späterem Eintritt entsprechend Rabatt.

## J u d S ü ß.

Novelle  
von  
Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Laissez cela,“ fiel ihm der Jude ins Wort, „Ihr wäret nicht der Erste, der seinen Eid gebrochen. Wer waren gestern, frag ich, die beiden Masken, die sich an meinem Tisch zur Belustigung des Publikums unterhielten? Ihr wißt es, Ihr standet zunächst bei mir.“

„Das ist mir nicht bekannt, Ew. Excellenz,“ sagte Gustav mit fester Stimme.

„Nicht bekannt? rief der Minister. „Bedenket wohl, was Ihr gesagt, ich stehe hier als Euer Richter; habt Ihr keinen an der Stimme erkannt?“

„Keinen.“

„Keinen?“ fuhr jener heftiger fort. „Und Euern Vater solltet Ihr nicht an der Stimme kennen?“

„Meinen Vater!“ rief der junge Mann erblassend; doch besonnen setzte er nach einer Weile hinzu: „Ihr irrt Euch, Herr Finanzdirektor, oder vielmehr, Ihr seid schlecht berichtet; mein Vater ist ein ruhiger, gefestigter Mann, und sein Charakter, sein Amt, seine Jahre verbieten ihm, das Publikum auf einem Maskenball zu amüsiren.“

„Sie sollten es ihm verbieten,“ erwiderte jener mit blühenden Augen, „und ich werde Mittel finden, es ihm zu verbieten. Ich weiß recht wohl, daß ich diesen Herren von der Landschaft ein Dorn im Auge bin, und zwar aus dem einzigen Grund, weil die Herren nicht rechnen können; verstanden sie das Einmaleins so gut wie ich, sie würden sehen, was dem Lande frommt. Noch ist aber nicht aller Tage Abend, und ich will diesen Rebellen zeigen, wer sie sind und wer ich bin!“

„Herr Finanzdirektor!“ rief der junge Mann mit der Röthe des Unmuthes auf den Wangen.

„Herr Actuarius?“ erwiderte Süß mit spöttischem Lächeln.

„Mein Vater ist ein Ehrenmann,“ fuhr Gustav fort, ohne sich von der stolzen Miene des Gewaltigen einschüchtern zu lassen; „Sie sprechen von Rebellen? Wie können Sie sagen, daß mein Vater dem Herzog nicht immer treu gebient hat? Wie können Sie wagen ihn einen Rebellen zu schimpfen?“

„Wagen?“ lachte Süß. „Hier ist von keinem Wagniß die Rede, Herr Actuarius, aber Rebellen ist jeder, der nur dem Land und nicht dem Herzog dient; er ist des Herzogs Diener, aber er dient ihm schlecht; doch das soll nicht lange mehr so bleiben. Das mögt Ihr übrigens dem Herrn Landschaftsconsulenten, Eurem Vater, sagen, daß ich recht wohl weiß, was die beiden Masken wollten, und daß sie es mit dem Dritten abgekartet hatten; ich konnte ihn gestern Nacht so gut wie Euch verhaften lassen, und wenn ich es nicht that, so verdankt er diese Schonung nur Euch.“

„Mir?“ antwortete der junge Mann staunend. „Mir? Und ist dies etwa auch Schonung, daß ich, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, diese Nacht in diesem Zimmer zubringen durfte?“

„Nein!“ fuhr jener gütig lächelnd fort, „dies war nur zur Abkühlung auf Euer Rendezvous veranstaltet.“ Er weidete sich einige Augenblicke an der Verlegenheit des Jünglings, und fuhr dann fort: „Das gute Kind, wie hat sie mich geliebt und auf den Knien gebeten, Euch zu retten! Sie glaubte nicht anders, als Ihr seiet wegen irgend eines Kapitalverbrechens gefangen. Wie? Und habt Ihr mir gar nichts zu sagen, Herr Lanke?“

„Ihr kanntet mich nicht,“ erwiderte Gustav, „und es ist mir nun wohl begreiflich, warum Ihr so hart mit mir verfuhr; aber Lea's Charakter hätte Euch wohl dafür bürgen können, daß nichts Strafbares in diesem Verhältniß liege.“

„Wirklich? Mort de ma vie!“ rief der Minister. „Nichts Strafbares? Meinen Sie, wenn ich etwas Strafbares in diesem Verhältniß ahnete, Sie hätten

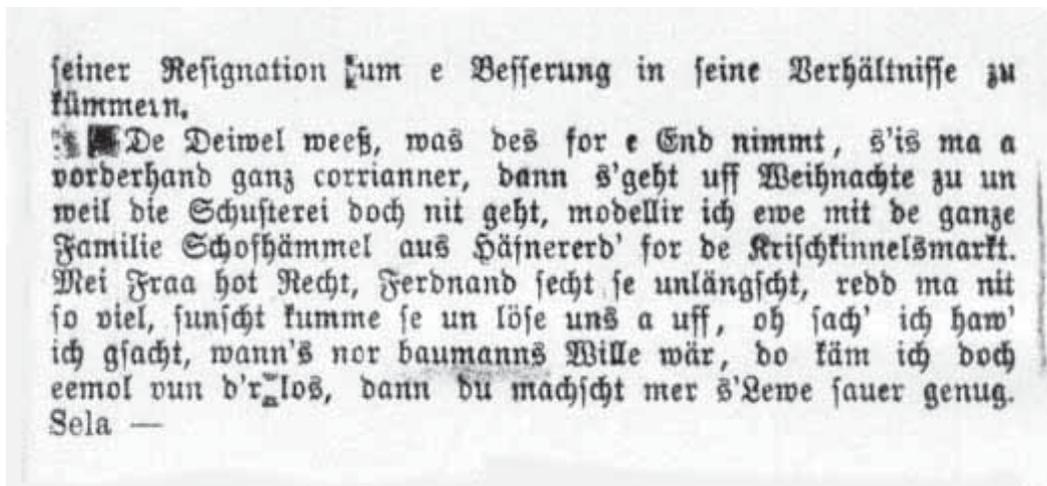
Ausgabe vom 23. November 1878

# Mittelrheinische Familienblätter

(Oktober 1878 - 24. November 1878)

Noch im Oktober 1878, in dem das „Pfälzisch-Badische Volksblatt“ dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, unternahmen die Mannheimer Sozialdemokraten den Versuch, mit den „Mittelrheinischen Familienblättern“ eine Fortsetzung des verbotenen Blattes erscheinen zu lassen. Die Familienblätter nannten sich „Wochenschrift zur Unterhaltung und Belehrung“. Druck, Verlag und Redaktion befanden sich bei Mutterer in R 1, 9. Format und Umfang (acht Seiten) waren die gleichen wie beim Volksblatt.

Obwohl sich die Familienblätter äußerlich betont harmlos gaben, war die Verbindung mit dem unterdrückten Volksblatt so offensichtlich, daß weder bei den Genossen noch bei der Staatsanwaltschaft in dieser Hinsicht Zweifel bestehen konnten. Zwischen den Zeilen versuchten sie, geistige Konterbande zu schmuggeln. Das Ergebnis lohnte kaum die Mühe. Eine anzügliche Stelle in einer Glosse genügte dem Mannheimer Bezirksamt, um ihr Verbot zu beantragen. Die vierte Nummer vom 24. November 1878 blieb die letzte.



*Eine von vier Stellen aus der Glosse in Mannheimer Mundart, mit denen das Verbot der „Mittelrheinischen Familienblätter“ begründet wurde: Unter Anspielung auf das Sozialistengesetz heißt es: „redd ma nit so viel, sunscht kumme se un löse uns a uff“ (das Original mitsamt der Anstreichung rechts stammt aus den Akten der Polizei).*

# *Der Pionier*

(1886)

Während der presselosen Zeit unter dem Sozialistengesetz bezogen die Mannheimer Genossen den „Volksfreund“, den Adolf Geck in Offenburg herausgab. Einem kleineren Kreis blieb die Lektüre des „Sozialdemokrat“ vorbehalten, der in Zürich gedruckt und auf Schleichwegen - die sogenannte Rote Feldpost - in Deutschland vertrieben wurde.

1885 kam es zu einer ersten Vorbesprechung über die Herausgabe einer neuen - natürlich getarnten - sozialdemokratischen Zeitung in Mannheim. Sie führte jedoch zu keinem Ergebnis. Im folgenden Jahr brachte der Metallarbeiter Willig den „Pionier“ heraus, der sich im Untertitel „Südwestdeutsche Volkszeitung“ nannte. Das Blatt wurde in F 4, 8 in der Druckerei von Dr. Hermann Haas gedruckt, der damals die Sozialdemokraten als Leser für seine „Badische Volks-Zeitung“ zu gewinnen versuchte. „Der Pionier“ blieb jedoch nicht lange lebensfähig, zumal sich der Staatsanwalt jede Nummer einzeln vornahm. Willig versuchte, durch eine schärfere Schreibweise die Staatsanwaltschaft zu einem generellen Verbot herauszufordern, was aber nicht gelang. Sie beharrte auf dem Verbot der Einzelnummern, und Willig stellte das Blatt schließlich ein. Die Justiz wollte ihn anschließend noch vier Monate ins Gefängnis sperren, aber Willig war inzwischen in die USA ausgewandert. Er sei dort - so lautete eine Auskunft des Mannheimer Bezirksamtes vom Juni 1887 - dem Vernehmen nach gestorben.

# Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung

## Neuer Geschäfts-Anzeiger für Mannheim und Umgebung.

„Sonntags-Ruhe“, Gratis-Beilage bei täglichem Bezug.

### Organ für Jedermann.

Wird täglich mit Aufhebung der Sonntags- und Feiertags-Nummern...  
Preis für Einzelne 10 Pf., für 3 Monate 30 Pf., für 6 Monate 60 Pf., für ein Jahr 120 Pf.

Verantwortlich für den Inhalt des Blattes ist die Redaktion...  
Verlag: G. Braun, Mannheim.

#### Politische Rundschau.

##### Deutschland.

**Frankfurt, 6. Oktober.** Auf dem letzten Parteitag der Sozialisten und der deutschen Volkspartei Baden war angesetzt worden, eine neue Organisation in der Weise zu schaffen, daß in Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Straßburg und Rheinfelden besondere Bezirksvereine gebildet werden sollten, die zunächst die Organisation in die Hand zu nehmen hätten. Der engere Landesauschuß, dem die Vorbereitung dieses Plans übertragen war, hat sich nunmehr damit einverstanden erklärt, und so hat man erwartet, daß die neue Organisation bereits in nächster Zeit ins Leben treten würde.

**Frankfurt, 5. Okt.** Bei der heutigen Wahl im 11. Wahlbezirk wurde hier die nationaldemokratische Partei mit geringer Mehrheit.

**Frankfurt, 6. Okt.** Bei dem Sonntagsspielen gegen die Arbeiter in Friedberg die Nationaldemokraten, in Wiesbaden das Centrum und in Offenbach die Sozialdemokraten.

**11. Mainz, 5. Oktober.** Bei der heutigen Wahl im 1. Wahlbezirk wurde hier die Sozialdemokratische Partei mit großer Mehrheit.

**Stuttgart, 6. Okt.** Die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter und der Gewerkschaften, die 1270 Stimmen auf sich vereinigten. Diesen folgen die Nationaldemokraten mit 1277 Stimmen und die vereinigten Demokraten und Deutschfreiwillichen mit 652 Stimmen.

**Stuttgart, 6. Okt.** Die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter und der Gewerkschaften, die 1270 Stimmen auf sich vereinigten. Diesen folgen die Nationaldemokraten mit 1277 Stimmen und die vereinigten Demokraten und Deutschfreiwillichen mit 652 Stimmen.

durch einen Zeitschriften gereinigt haben, der Regierungsdirektor Dr. Raffel in Darmstadt in Anstalt genannter Zeitschrift wurde H. F. J. im Juli 1895 nach längerer Beschäftigung im Kaiserlichen Amt zum Richter in Offenburg ernannt und seitdem den abwechselnden Dienstreisen fortgesetzt.

**Wien, 5. Oktober.** Der frühere Reichspräsident Dr. Franz von Soltmann hat sich in Wien niedergelassen. Er hat sich in Wien niedergelassen. Er hat sich in Wien niedergelassen.

**Wien, 5. Oktober.** Der frühere Reichspräsident Dr. Franz von Soltmann hat sich in Wien niedergelassen. Er hat sich in Wien niedergelassen. Er hat sich in Wien niedergelassen.

**Das Ehepaar in Frankfurt.**

**Frankfurt, 5. Oktober.** 11 Uhr. Nachdem Präsident Haure das russische Kaiserpaar begrüßt hatte, hielt er die Reden der beiden Herren und der Kaiserin. Die Kaiserin sprach über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

**Frankfurt, 5. Oktober.** 11 Uhr. Nachdem Präsident Haure das russische Kaiserpaar begrüßt hatte, hielt er die Reden der beiden Herren und der Kaiserin. Die Kaiserin sprach über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

## Diese Zeitung kostet bei täglichem Bezug monatlich nur 35 Pfennige.

**Bruder Robert!**

Wann soll ich dich besuchen?

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

**Wann soll ich dich besuchen?**

Ich erlaube dir, meine Lieben, diesen Brief zu schreiben. Ich habe dich sehr lieb und würde dich sehr gerne besuchen.

Eine spätere Ausgabe der „Badisch-Pfälzischen Volks-Zeitung“ vom 7. Oktober 1896, als das Sozialistengesetz bereits ausgefallen war.

# *Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung*

(1886 - ca. 1914)

Als Ableger für die Arbeiterschaft, die durch das Sozialistengesetz der sozialdemokratischen Presse beraubt war, gab die „Neue Badische Landes-Zeitung“ ab 1886 die „Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung“ heraus. Der Titel klang bewußt an das „Pfälzisch-Badische Volksblatt“ an, das erste Blatt der Sozialdemokratie in Mannheim, das kurz nach seinem Erscheinen den Ausnahmegeetzen zum Opfer gefallen war.

Eine Vorstellung vom noch immer engen Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten in Mannheim gibt Michael Kayser in seinen Erinnerungen an das Sozialistengesetz. Über den Verleger der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“, Sigmund Bensheimer, dessen Spitzname „Der blaue Affe“ sich später auf die Zeitung übertrug, schreibt er:

*„Wenn ich nicht sehr irre, wurde auch der Demokrat Sigmund Bensheimer (der ‚bloo Aff‘, wie man ihn nannte) in den Listen des (sozialdemokratischen, Anm. d. Verf.) Wahlvereins geführt. Jedenfalls druckte er uns, da wir ja eine eigene Druckerei nicht hatten, das gesamte Wahlmaterial, und es wurde erzählt, daß er durch den noch nicht bezahlten Rest der alten Rechnung einen dicken Strich machte, als ihm die beginnende Wahlbewegung neue Aufträge brachte.“*

Die BPVZ erschien werktäglich einmal zu dem konkurrenzlos niedrigen Preis von 35 Pfennig monatlich. Seit 1. Februar 1896 kam sie mit einer Nebenausgabe für Neckarau heraus, dem „Neckarauer Tageblatt“, laut Untertitel „Unparteiliche Tageszeitung für Neckarau und Umgegend, Organ für Jedermann“. Die Auflage der BPVZ wurde im Mosse-Katalog 1899 mit 13000 Exemplaren angegeben.

Als Massenblatt des Generalanzeiger-Typs verzichtete die BPVZ auf die ausgeprägte parteipolitische Färbung des Stammlatts NBLZ. In ihrem Untertitel führte sie neben der Bezeichnungen „Neuer Geschäfts-Anzeiger für Mannheim und Umgebung“ das Attribut „Organ für Jedermann“, das zur gleichen Zeit auch das Konkurrenzblatt „Badische Volks-Zeitung“ des Dr. Hermann Haas im Schilde führte. Der Wettlauf um die Gunst der Arbeiterschaft endete eindeutig zugunsten der BPVZ. Haas taufte daraufhin seine „Badische Volks-Zeitung“ in „General-Anzeiger“ um und verbündete sich mit der Nationalliberalen Partei.

Auch die „unparteiliche“ BPVZ besaß natürlich eine politische Ausrichtung, wenn auch diskreter, im Sinne des Stammlatts, zumal auch die Chefredaktion in denselben Händen lag. Zuletzt, d.h. vor dem ersten Weltkrieg, fungierte sie als offizielles Verbandsorgan der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und des Vereins der Deutschen Kaufleute für Baden - beides aus sozialdemokratischer Sicht „gelbe“ Ge-

werkschaften, die mehr den Unternehmern als den Arbeitern verpflichtet waren. Die Auflage war zu diesen Zeitpunkt schon stark zurückgegangen, was sicher damit zu tun hatte, daß die sozialdemokratische „Volksstimme“ ihren Absatz von 1898 bis 1912 verdoppelte. Zu Beginn des Jahres 1914 legte die Zeitung ihre politische Richtung offiziell im Sinne der Fortschrittlichen Volkspartei fest. Kurz darauf scheint sie eingestellt worden zu sein, denn im Kriegshandbuch der deutschen Presse taucht sie nicht mehr auf.

Um die Jahrhundertwende war die sechsmal pro Woche erscheinende BPVZ mit einem monatlichen Bezugspreis von nur 35 Pfennig die billigste Zeitung Badens im großen Format. Über die Konkurrenzsituation geben die folgenden Angaben aus den Mosse-Katalogen von 1899 bzw. 1913 Aufschluß:

	Auflage 1912	Auflage 1898	Ausgaben Woche 1912	Ausgaben Woche 1898	Abo Quartal 1912	Abo Quartal 1898
Neue Badische Landes-Zeitung	o.A.	o.A.	12	13	3,50	3,75
General-Anzeiger	21000	o.A.	12	7	3,42	1,50
Mannheimer Tagblatt	19800	o.A.	7	7	2,40	2,10
Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung	o.A.	13000	6	6	o.A.	1,05
Neues Mannheimer Volksblatt	9300	4600	6	6	1,80	1,50
Volksstimme	18500	9500	6	6	1,90	1,50

# *Pfälzische Freie Presse*

*(Januar 1888)*

Am 24. Januar 1888 verbot die Königlich-bayerische Regierung der Pfalz in Speyer die am 21. des Monats erschienene Nummer drei der „Pfälzischen Freien Presse“. Als Redakteur und Verleger dieser „Wochenschrift für die Arbeiter der Pfalz und Baden“ zeichnete der Genosse Josef Huber aus Ludwigshafen, der sich später auch unter den Gründern der Mannheimer „Volksstimme“ befand. Den Druck besorgte die Firma Schwab & Mückenberger in Mannheim.

Die „Pfälzische Freie Presse“ brachte es infolge des Verbots nur auf insgesamt vier Nummern. Ihren Titel hatte sie einem gleichlautenden Blatt in Kaiserslautern entlehnt, das von der dortigen Parteiorganisation Ende 1887 eingestellt worden war.



# Volksstimme

(1. Mai 1890 - 9. März 1933)

Der überwältigende Erfolg bei den Reichstagswahlen 1890 ermutigte die Mannheimer Genossen, noch vor dem Auslaufen des Sozialistengesetzes ein Parteiorgan herauszubringen. Der Entschluß reifte bei der Siegesfeier in der „Gambrinushalle“. Ein Komitee wurde gegründet, dem Wilhelm Häusler, Karl Fentz, August Dreesbach, Robert Kramer, Franz Wagner, Karl Walter sowie Fr. Ehrhart und Josef Huber aus Ludwigshafen angehörten. Dreesbach konnte auf seine Erfahrungen beim „Pfälzisch-Badischen Volksblatt“, Josef Huber auf die kurze Zeit als Redakteur der „Pfälzischen Freien Presse“ zurückgreifen.

Zunächst wurde die „Aktiendruckerei Mannheim“ mit einem Stammkapital von 20000 Mark ins Leben gerufen und in dem neuerstellten Haus eines Genossen in T 3, 4a der technische Apparat installiert. Am 23. April erschien dann probeweise die erste Nummer der „Volksstimme“ in einer Auflage von 20000 Exemplaren. Sie verstand sich als Zeitung für „das eigentliche Volk, d.h. für die Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern und niederen Beamten“.

Im Eröffnungsartikel, von Dreesbach und Fentz gezeichnet, hieß es:

*„Die Presse vertritt die öffentliche Meinung - aber die schlechte, käufliche Presse verfälscht und korrumpiert dieselbe, deshalb muß eine wahre Volkspresse geschaffen werden... Alle Zeitungen der herrschenden Parteien sind Privatunternehmungen und dienen in erste Reihe den Besitzern als ergiebige Einnahmequelle - die ‚Volksstimme‘ aber gehört nicht nur in geistiger, sondern auch in materieller Beziehung dem Volke.“*

Die Direktion des Parteiunternehmens übernahm zunächst August Dreesbach. Karl Fentz vertauschte seine Korrektorenstelle bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ mit dem eher kärglicher dotierten Posten eines Geschäftsleiters der „Volksstimme“. Erster Redakteur des Blattes wurde der Genosse Dr. Ph. A. Rüdts.

Rüdts hatte als Philosophiestudent in Heidelberg „Die Waffe“ herausgegeben, die allerdings kein langes Leben führte. Es erregte einiges Aufsehen, als er von den Lassalleanern zu den Eisenachern überging. Rüdts blieb nur bis Ende Juni Redakteur der „Volksstimme“. Sein „massenpsychologisch wie landespolitisch gänzlich danebengegangener religionsfeindlicher Radikalismus“ (Geck) dürfte schon damals zum Zerwürfnis mit Dreesbach und zu seiner Ablösung geführt haben.

Nachfolger Rüdts wurde der Züricher Setzer Thies, der freilich so wenig Standvermögen zeigte, daß er aus Angst vor einer Verurteilung wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ schon im folgenden Jahr zurück in die Schweiz flüchtete. Erst auf

# Volksstimme

**Abonnement:** In der Expedition und bei den Filialen abgeholt per Monat 60 Pfg., im Jahr 720 Pfg. Bei allen Postkonten im Deutschen Reich und in der Schweiz monatlich 1,20 M. — Abonnements nehmen an in Mannheim bei der Expedition, die Filial-Expeditionen sowie die Zeichnerinnen, außerdem unsere Filialen, alle Postämter und Briefträger. — Einzel-Nummer 5 Pfg.

**Ersteinst:** wöchentlich 7 mal (Samstag 2 Ausgaben mit der Unterhaltungs-Beilage).  
 Redaktions R. 14, Telephon 454. Geschäftsstelle nur von 10-1 Uhr. — Expedition und Inseraten: Nummer R. 14, Telephon 2243.

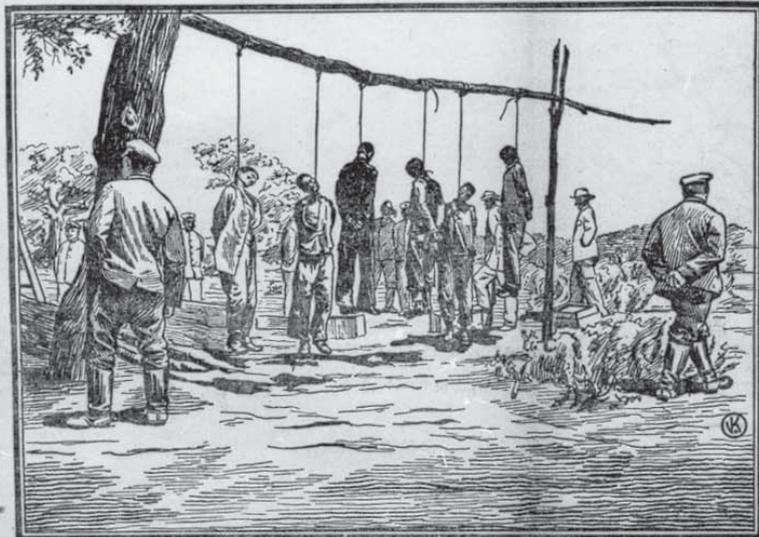
**Inserate:** Die einseitige Annoncenzeile ober deren Raum 25 Pfg. für mindestens 30 Pfg. bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Für Wohnungsanzeigen, Stellenangebote und Verträge pro Zeile 15 Pfg. — Scherenschnitt - Anzeigen haben keine Rücknahme. Schluss für Inseraten - Annahme morgen 8 Uhr.  
 Druck und Verlag der Mannheimer Anzeigen-Anstalt N. 10, R. 2, 14.

18. Jahrgang. Mannheim, Mittwoch den 23. Januar 1907 II. Blatt. Nr. 22

## Der Reichstagswähler

### Wie unsere „nationale Ehre“ in Afrika gewahrt wird.

(Nach einer in Afrika aufgenommenen Momentphotographie.)



... von den Herren Reichstagswählern, Schönbach, sollen finanziell ausgeblendet Konfessionsumvertrieb potterischer Wählhilfe erheben arbeitet ganz nach dem Vorbild jener Subleten, in denen durch biblische Darstellung von Situalimorden oder Kirchenhändlungen umwiesende Bauern zu Judenheiten aufgereizt werden sollen. Die tschakischen Kriegsbilder, mit denen die Russen in den japanischen Krieg zogen, sind künstlerische Gemälde gegen die Westländer jetzt in Millionen dem deutschen Volke aufdrängen. Alles ist im Stil des „Scharflichter Strauß“ und ähnlicher Dinterreppentrommen geschrieben und geschnitten. Die Marke ist zu plump und bloßhaftig. Wenn es ein Bild Singer, Wedel, Boretz, Erberger darstellt, wie es über die Weichen der in Afrika gefallenen deutschen Soldaten grinsend lachend, so steht das auf demselben Niveau geistlicher und sittlicher Würde, wie etwa die Bilder der russischen Schwarzen Bande, die zeigen, wie die Juden sich an der Hinrichtung der Christen von Michinow ergötzen. Daß die Sozialdemokratie sehr wohl in der Lage ist, Begegnung zu üben und den gemalten Sägen und Verleumdungen ebenso viele künstlerisch geeignete oder photographisch getreue Schilderungen der Verbrechen unserer weißen Afrikaner entgegenzusetzen, das können unsere Leser aus der nebenstehenden Abbildung

ersehen, einer einzigen aus der langen Reihe von photographischen Momentaufnahmen unserer „Kulturarbeit“ in Afrika, die ein deutscher Afrikaner aus unseren Kolonien mit nach Hause gebracht hat. Die Szene spielt mit ihrer bellastischen Örtlichkeit, demjenigen ergriffenen, daß ihr nicht viele Worte beigefügt zu werden brauchen. Die treffliche Weltanschauung, die aus dem Gesicht der deutschen „Kulturtruppen“ — Wälder, untergeordnete Wälder — und ein treffliche Illustration zu der „nationalen Ehre“, die im gegenwärtigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen ist. Das wenn es überhaupt ein verständliches Moment in dem Bild gibt, so sind es nur die Angst vor der Entbedung und die Scham ob der eigenen Schandtaten, in der die beiden links und rechts im Vordergrund stehenden „Schutztruppen“ ihr Gesicht von dem Apparat des Photographen abwenden.

Wir bemerken ausdrücklich, daß das Bild die getreue Abbildung einer an Ort und Stelle in Afrika aufgenommenen Momentphotographie ist und haben unsere Leser ein, durch Befestigung des von morgen Donnerstag vormittag an am Schaufenster unserer Expedition in R. 14 ausgestellten Originals sich von der Richtigkeit dieser Angaben zu überzeugen.

**Potemkin als Ablagitor.**  
 Der russische Minister Potemkin, der der Kaiserin Katharina auf ihrer Reise nach der Heim gemalte Theater-

bürgerliche Presse sogar die Wanken zu nennen wußte, die ihr Geld bei Sozialbund ins Wasser legen wollten, konnte nur „Verleumdung“ widersprechen.  
 Jetzt aber meldet die Rhein. Westf. Ztg., daß die Nachricht „in der gegebenen Form unrichtig“, zu deutsch, ein

sein Kolmar das Märchen von seinem Schloß abgeben hatte, und selbst die „Rhein. Ztg.“ mußte das zugeben.  
 Jetzt kommt das freisinnige „Berl. Tagebl.“, dessen Besitzer Rudolf Woffe über Rittergüter und Güter verfügt, und nimmt die erste Gelegenheit wahr, die sich — nicht direkt, um Kolmar wieder als Willenheiler und Heiler

Mit diesem schockierenden Bild dokumentierte die „Volksstimme“ am 23. Januar 1907, mit welchen Methoden die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika vorging. Das Zeitungsexemplar mit der Markierung „anstößiger“ Textstellen stammt aus den Akten der Kriminalpolizei. Bei dem Bild handelte es sich ursprünglich um eine Fotografie, doch fehlte den meisten Zeitungen damals noch die technische Möglichkeit, Fotografien als gerasterte „Autotypen“ zu drucken. Deshalb mußte die Fotografie in eine Schwarz-weiß-Zeichnung umgesetzt werden.

nachdrückliches Verlangen der Partei kehrte er zurück und stellte sich dem Gericht, das ihn mit 100 Mark Geldstrafe davonkommen ließ. Als Redakteur hatte sich Thies indessen unmöglich gemacht.

Eine andere Natur war da Hermann Keßler, der vom 6. April 1891 bis Mitte 1898 als Redakteur der „Volksstimme“ amtierte. Von seiner rund siebenjährigen Tätigkeit verbrachte er fast ein Jahr im Gefängnis. So verbüßte er 1891 zwei Monate

**Auszug aus dem Strafregister  
Staatsanwaltschaft - Altona**

Zweitensamen: (als Druck-Verantwortl.): *Huth*  
 Wohnort (Stamm- u. jetzige): *Jahrb.*

IMMUNISIERUNG:  
 Von- und Nachlass-Verantwortl.: *Leop. Kienboiger / August J. J. J.*  
 Bei Druck-Verantwortl.: *Leop. Kienboiger*  
 Der Richter Von- und Nachlassl.: *Anton Kuhn*  
 Der Richter Von- und Nachlassl.: *Anton Kuhn*

Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Leopold Kienboiger*  
 Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*  
 Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*  
 Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*

Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*  
 Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*

Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*  
 Ge- und Nachlass-Verantwortl.: *Anton Kuhn*

N.	mit Wirkung von	Strafgericht	an	Weg	auf Grund von	in
1	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
2	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
3	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
4	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
5	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
6	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
7	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
8	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886

N.	mit Wirkung von	Strafgericht	an	Weg	auf Grund von	in
9	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
10	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
11	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
12	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
13	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
14	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
15	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
16	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
17	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886
18	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886	1. 1. 1886

Theodor Huth  
 Redakteur

Der Strafregister-Auszug des "Volksstimme"-Redakteurs Theodor Huth weist zwischen 1886 und 1904 insgesamt 18 Verurteilungen auf, in der Regel wegen "öffentlicher Beleidigung".

wegen Beleidigung eines höheren Beamten; 1893 vier Monate wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Majestätsbeleidigung; 1897 drei Monate wegen Ehrverletzung eines oberelsässischen Nachtwächters und einen weiteren Monat wegen unziemlicher Ausdrücke über einen Seckenheimer Arzt.

Ein weiterer Redakteur der Volksstimme, Teufel, erhielt 1894 zwei Monate Gefängnis, weil Karl Fentz aus einem Stapel Flugblätter des Jahres 1848 einen Beitrag fürs Feuilleton verfertigt hatte. Dabei hatte Fentz noch alle Stellen, die den damaligen Großherzog irgendwie beleidigen konnten, weggelassen. Es half nichts: Vormittags erschien die Zeitung, am Nachmittag war der verantwortliche Redakteur Teufel schon verhaftet. Fentz und Dreesbach wurden der Mittäterschaft angeklagt. Dreesbach kam mit dreißig Mark Geldstrafe davon, während Fentz, der eigentliche Verfasser des Artikels, freigesprochen wurde. Es war übrigens der einzige Freispruch, den er sich bei insgesamt 27 Anklagen während seiner Tätigkeit bei der Volksstimme einhandelte.

Trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes konnte somit von einem unbehinderten Wirken der Sozialdemokratie keine Rede sein. Das Tagewerk der Parteijournalisten erinnerte an vormärzliche Verhältnisse, und in der Tat begriff sich die damalige Sozialdemokratie auch durchaus als legitime Erbin der märzlichen Freiheitsbewegung.

Als am 1. Oktober 1898 Wilhelm Herzberg seine Tätigkeit als Redakteur der Volksstimme aufnahm, mußte er schon nach zwei Monaten wegen Beleidigung eines nationalliberalen Politikers zwei Monate ins Gefängnis. „Beleidigend“ war für die herrschende Klasse natürlich jedes unverblümte Wort, während umgekehrt die Sozialdemokraten kaum hoffen konnten, den Schutz der Gerichte gegen die üble Nachrede bürgerlicher Blätter anzurufen.

Gustav Jaeckh, der vom 1. Juni 1897 bis zum 1. April 1900 amtierte, brachte das Kunststück fertig, ohne Verurteilung davonzukommen. Sein Kollege Dietz wurde dagegen 1897 hinter schwedische Gardinen geschickt. Die Verfolgungen dauerten bis ins neue Jahrhundert, in das die Volksstimme mit den Redakteuren Eichhorn (bis 1903) und Picker (bis 1904) ging. Emil Maier (1904 bis 1907) erhielt vierzehn Tage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und zwei Monate wegen Beleidigung eines Karlsruher Militärrichters. Oskar Geck (1901 bis 1927) wurde Anfang 1907 in dem aufsehenerregenden „Herero-Prozeß“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Noch im selben Jahr mußte er vierzehn Tage in Beugehaft, weil er der Staatsanwaltschaft den Verfasser eines majestätsbeleidigenden Artikels nicht offenbarte.

Im „Herero-Prozeß“ ging es um die Veröffentlichung eines Bildes in der Volksstimme vom 23. Januar 1907, das Greuelthaten der deutschen Kolonialtruppen in Südwestafrika dokumentierte. Während die Kriminalpolizei das Zeitungsgebäude besetzte und überall nach dem Bild fahndete, spazierte Emil Maier mit dem Klischee unterm Hemd zum Tor hinaus. Das Klischee wurde im Kassenschrank des Metallarbeiterverbandes verwahrt, und noch am gleichen Nachmittag gingen Fotografien an die norddeutschen Parteiblätter.

Schon zwei Wochen später rückte die Kriminalpolizei erneut an, um die Karnevalsausgabe der Volksstimme vom 9. Februar zu beschlagnahmen. Das Faschingsblättchen, „Schnupftabak“ betitelt, hatte sich darüber mokiert, daß in Mannheim so viele Straßen, Brücken, Parks und Gebäude nach dem großherzoglichen Herrscherpaar Friedrich und Luise benannt waren. Scherzhaft wurde vorgeschlagen, dem erlauchten Herrscherpaar doch noch ein paar weitere Ehrungen darzubringen:

*„Man könnte zum Beispiel den Rhein als Friedrichstrom und den Neckar als Luisenbach bezeichnen, den Zeitungskiosk als Friedrichshütte; das gegenüberliegende kleine Klosett, das den Bedürfnissen beider Geschlechter dient, müßte sinngemäß den Doppelnamen „Friedrich-Luisen-Häuschen“ tragen.“*

Obwohl die Kriminalpolizei wegen des „Friedrich-Luisen-Häuschens“ den ganzen Zeitungsbetrieb auf den Kopf stellte, konnte sie lediglich Manuskripte und Matern, nicht aber die Druckplatte des majestätsbeleidigenden Artikels finden. Das hatte einen ganz einfachen Grund, der freilich der Intelligenz der Kripo entgangen war: Die Druckplatten befanden sich noch auf der Rotationsmaschine. Nachdem die Polizei abgerückt war, wurde die Rotationsmaschine erneut in Bewegung gesetzt und sogleich eine zweite Faschingsausgabe gedruckt. Der Titel wurde in „Der Schmalzer!“ geändert und der anrühige Vorschlag zur Ehrung des großherzoglichen Paares durch einen neuen Artikel ersetzt, der den Mißerfolg der Polizei verulkte.

Den Schwachen zum Schutz!  
Den Starken zum Trutz!

Wer dem Fortschritt dient,  
Der dient der Menschheit!

# Arbeiter- und Bauernfreund

Volksthümliche Monatschrift für das badische Land.

2. Jahrg. Nr. 6.

Die achtfertige Nummer kostet 5 Pfg.

Juni 1902.

## Was jagst du Volk!

Was jagst du Volk, du Arbeitsmann? das Morche jäh zu stürzen!  
Was lähmt dir Fuß und Hand und Arm? die Schmach dir zu verkürzen!  
Was hält mit tausend Fesseln dich? die Knechtschaft zu zerschmettern!  
Was hindert dich, daß drein du fährst? mit tausend Donnerwettern!  
Was machte deine Züge schlaff, was deinen Blick ermatten?  
Was krümmte Rücken dir und Sinn, was machte dich zum Schatten?  
Was läßt des Mächt'gen Knute Schlag, dich winselnd stets ertragen?  
Was läßt die Hand noch küssen dich? die Wunden dir geschlagen!  
Was läßt dich plärrend für das Wohl der eignen Feinde beten?  
Was läßt vergeuden deinen Schweiß, von denen, die nicht sä'ten?  
Was läßt zum Mörder werden dich? an deiner eignen Ehre!  
Was liefert deine Töchter aus, dem geilen Wollustheere?  
Was läßt die Kinder zur Fabrik, im zarten Alter treiben?  
Was deiner Ehe sittlich Band, wie Zunder oft zerreiben?  
Was läßt dich, ob die Villen leer, in dumpfen Löchern wohnen?  
Was läßt dich mit stupidem Sinn, auch mästen noch die Drohnen?  
Was läßt noch freudig klirren dich, mit deinen Sklavenketten?  
Was läßt dich tragen Schwert und Speiß, was richten die Lassetten?  
Mit Blutdurst auf der Brüder Brust, aufs Herz der eignen Mutter!  
Was dienst den Fürsten willig du, als Feuerschlünde Sutter?

Es ist der Mangel an Vertrauen, zu deinem eignen Können!  
Es ist die blasse Scheelsucht, die den Gleichen nichts will gönnen!  
Es ist der alte Knechtschaftsinn, den man dir anerzogen!  
Es ist die dürre Kleinlichkeit, die man an dir geflogen!  
Es ist die feile Kriecherei, vor stolzen Geldsacksprohen!  
Es ist die Liebedienerei, die längst verlernt das Trogen!  
Es ist die Furcht vor Höllepein, mit der der Pfaff dich gengelt,  
Es ist der Zweifel, der dich stets mit Marterqualen bengelt,  
Es ist Gefinnungslosigkeit, ist schofeles Betragen,  
Es ist der feilen Presse Werk, die fälscht die Lebensfragen!  
Es ist der geist'gen Knechtschaft Bann, die deinen Arm geknebelt,  
Es ist des Stumpffsinns blöde Macht, die deinen Sinn umnebelt!

Wirf ab mein Volk, die Bangigkeit, erkenne deine Stärke!  
Wirf ab den Wahn! und mach dich frei, von jedem Sklaven Werke,  
Mach frei dich von der Arbeit Frohn und geistiger Bedrückung,  
Schaff' selbst dein Loos, betrachte nicht, die Noth als höh're Schickung,  
Besonnenheit gepaart mit Muth und kühnes vorwärts Streben,  
Dazu ein starker Geist und Sinn, macht deine Feinde beben!  
Macht haben, die dich jetzt genarrt, macht die Bedrücker zittern,  
Denn vor des Volkes Riesenkraft, muß ihre Macht zersplittern!

### Klassenkampf.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind das Produkt der Klassenkämpfe. Die unterdrückten Klassen kämpften gegen ihre Unterdrücker und rissen die staatliche Macht an sich, wie das Bürgertum in Frankreich nach der großen Revolution, oder theilten sich in dieselbe mit den bisherigen Machthabern, wie in Deutschland. Immer aber war die Vorbedingung, daß die aufstrebende Klasse auch die wirtschaftliche Macht hatte, daß sie die Produktion beherrschte. Mit der Herrschaft des Kapitalismus erschien auch der Lohnarbeiter als Klasse auf der Weltbühne; er ist wirtschaftlich abhängig von Kapitalisten, denn dieser hat die Produktionsmittel in Besitz und diese Abhängigkeit spiegelt sich auch auf dem politischen Gebiete wieder. Die Arbeiter müßten bei energischer Wahrung ihrer Interessen bis auf den letzten Mann gegen die Kapitalisten und ihre Schleppenträger Stellung nehmen, denn ihre Interessen sind andere als die der Kapitalisten.

Und doch stehen viele Arbeiter im Lager ihrer Gegner und bekämpfen ihre Klassengenossen. Dieses Wüthen gegen ihr Klasseninteresse ist vielfach auf politische Beschränktheit zu-

rückzuführen; häufig aber steckt aber auch ein bewußter böser Wille dahinter. Woher kommt das? Der Arbeiter weiß, daß der Kapitalist ihn materiell nicht nur schädigen, sondern daß er ihn auch seine wirtschaftliche Existenz vernichten kann, weshalb er seines Wohlwollens zu sichern sich bestrebt. Der Arbeiter wird zum Kriecher, zum Speichellecker! Er vertritt die Interessen des Kapitalisten um bei ihm gut angeschrieben zu stehen. Mag sein Klasseninteresse auch darunter leiden, was scheert es dem Kriecher, wenn er nur mit seinem persönlichen Interesse momentan nicht zu kurz kommt.

Bei Lohnforderungen der Arbeiter finden sich immer welche, die nicht mitthun, weil sie um alles in der Welt bei ihrem Unternehmer nicht in den Verdacht kommen wollen, eine eigne Meinung zu haben, oder die auf seine Dankbarkeit rechnen, wenn sie ihm während der Zeit des Streiks ihre Arbeitskraft weiter widmen. Die Lohnerhöhung, welche andere erkämpfen, nehmen sie natürlich gerne an, aber an dem Kampfe selbst sich zu beteiligen hindert sie ihre Hundemuth.

Bei den politischen Kämpfen finden wir dieselbe betrübende Erscheinung. Wie viele Arbeiter gibt es nicht, die innerlich den Bestrebungen der Sozialdemokraten, die Lage der Arbeiter

Der „Arbeiter- und Bauernfreund“ erschien als Monatsschrift für die badische Landbevölkerung und wurde ebenfalls in der Druckerei der „Volksstimme“ hergestellt.

### **Die weitere Entwicklung der „Volksstimme“ bis zu ihrem Ende 1933**

Nachdem der Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie die Oberhand gewonnen hatte, zeigten sich die herrschenden Gewalten allmählich etwas gnädiger gestimmt. Relativ unangefochten durfte die Volksstimme durchs Fahrwasser der „Großblockpolitik“ steuern - eine badische Variante des Reformismus, bei der die Sozialdemokraten nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1905 mit den Nationalliberalen gegen das Zentrum marschierten. Der Abgeordnete Ludwig Frank ließ sich auch durch die energischsten Vorhaltungen Bebels auf dem Magdeburger Parteitag 1910 nicht davon abbringen, mit den bürgerlichen Parteien für die Bewilligung des badischen Budgets zu stimmen. Der Lokalmatador August Dreesbach zog es vor, dem Lübecker Parteitag fernzubleiben, auf dem er die Politik der Karlsruher SPD-Fraktion rechtfertigen sollte. Dreesbach starb 1906. Ludwig Frank meldete sich bei Beginn des ersten Weltkriegs als Freiwilliger und starb kurz darauf den „Heldentod“. Die Volksstimme versäumte nicht, die Todesnachricht ganzseitig auf dem Titelblatt, garniert mit Trauerrand und patriotischen Phrasen, zur Kenntnis zu bringen.

Es konnte als Omen gelten, daß Dreesbach dem Parteitag der SPD 1906 im Mannheimer Nibelungensaal vorsah. Gleichzeitig begannen sich allerdings auch um Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring und Rosa Luxemburg jene Kräfte zu regen, die das revolutionär-marxistische Erbe der Sozialdemokratie hochhielten und nach dem ersten Weltkrieg in die neugegründete Kommunistische Partei Deutschlands einbrachten. Wie weit die Wege auseinander führten, verdeutlichen Emil Eichhorn und Adam Remmele, die beide zu Anfang des 20. Jahrhunderts Redakteure der Mannheimer Volksstimme waren: Eichhorn schloß sich später den Kommunisten an und amtierte im revolutionären Berlin als Polizeipräsident. Remmele galt dagegen in der Weimarer Zeit als rechter Sozialdemokrat und „badischer Noske“, der beispielsweise wiederholt Erscheinungsverbote gegen die kommunistische Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ verhängte.

Wirtschaftlich sah es gut um die Volksstimme aus, nachdem eine gewisse Durststrecke überwunden und ein großer Teil der Arbeiter den bürgerlichen Blättern abspenstig gemacht worden war. Die Auflagenziffern wiesen steil nach oben:

<b>Jahr</b>	<b>Auflage</b>
1890	4000
1898	9500
1912	18500
1922	26500
1925	18500
1927	21500
1930	22800
1932	22800

Bis zum Knick, der Anfang der zwanziger Jahre vor allem durch die Konkurrenz der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ eintrat, also eine durchaus erfolgreiche Bilanz.



*Im Frühjahr 1928 erweiterte die „Volksstimme“ ihre alten Geschäftsräume in R 3, 14 (rechts) um das Eckgebäude R 3, 15. Fünf Jahre später wurde sie von den Nazis verboten. In den geraubten Räumen erschien nun das „Hakenkreuzbanner“ als Gauorgan der NSDAP für Nordbaden.*

Schon ein Jahr nach der Gründung übernahm die Parteidruckerei auch die Herstellung des Darmstädter Parteiorgans und druckte bis 1894 als Kopfblatt der Volksstimme den „Bote von der Saar“. Die Doppelschnellpresse reichte dafür nicht mehr aus. Ab 7. März 1891 erfolgte der Druck der Volksstimme auf einer Rotationsmaschine. Die Neuinvestitionen in der Druckerei verschlangen 20000 Mark, soviel wie das Stammkapital. 1895 kam als neues Kopfblatt die „Pfälzische Post“ für Ludwigshafen dazu. Die technisch-redaktionelle Verbindung der Pfälzischen Post mit der Volksstimme bestand zehn Jahre. 1906 mußte die Volksstimme dann wiederum einspringen und ein neues Kopfblatt für die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung“ herausbringen, die in Mühlhausen der reichsländischen Diktatur zum Opfer gefallen war. Die „Volksstimme für Elsaß-Lothringen“ erschien dreimal wöchentlich bis 1898, wobei der Parteivorstand Zuschüsse gewährte.

Die Räume in T 3, 4a wurden zu eng. Am 6. Dezember 1897 zog die Volksstimme in die ehemalige Dahringersche Brauerei in R 3, 14 um. Ab November 1900 kam samstagabends eine siebente Wochenausgabe heraus. Zu Beginn des ersten Weltkriegs umfaßte die Druckerei 33 Maschinen, darunter zwei 16seitige Doppelrotationen, drei Schnellpressen, zwei Tiegeldruckpressen und vier Setzmaschinen. Der Jahresumsatz hatte sich von 46380 Mark (1890/91) auf 340000 Mark (1914) erhöht. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Personalbestand von 17 auf 60, die

Zahl der Austrägerinnen von 18 auf 83 und der Jahresumfang von 1402 auf 4164 Seiten. Der Bezugspreis war dabei mit einer Erhöhung um zwanzig auf achtzig Pfennig monatlich einschließlich Trägerlohn ziemlich konstant geblieben.

Zu den beiden Redakteuren Oskar Geck und Emil Maier kamen 1906 Th. Huth und Emil Hauth. Maier wurde 1908 durch Adam Remmele (bis 1918) ersetzt, Hauth 1911 durch Heinrich Harpuder (bis 1933). Für Remmele, der nach der Revolution zu Ministerwürden gelangte, trat Gustav Zimmermann ein. Der lokale Teil wurde ab 1911 von Konrad Hermann redigiert. Als er 1923 starb, folgte ihm Ernst Roth, später Reichstagsabgeordneter. Den 1928 verstorbenen Oskar Geck ersetzte Alexander Schiffrin. Das seit 1928 selbständige Ressort Feuilleton wurde mit Fritz Lemke besetzt.

Nur noch einmal geriet die Volksstimme in politische Turbulenzen: Das war in den Jahren 1918/19. Am 7. Juli 1918 wurde sie wegen ihrer Stellungnahme gegen die Fortführung des Krieges (dem sie anfangs applaudiert hatte) auf drei Tage verboten. Im September mußte der Versand an Soldaten im Felde eingestellt werden. Anfang des Jahres 1919 wurde die Volksstimme dann an ihre eigene revolutionäre Vergangenheit erinnert, als Aufständische vorübergehend den Betrieb besetzten und Plakate zur Proklamation der „Räterepublik Süddeutschland“ drucken ließen. Bei den Auseinandersetzungen wurde das Gebäude in R 3 auch mit dem Maschinengewehr unter Beschuß genommen.

In den zwanziger Jahren erlebte das Parteiunternehmen nochmals eine Erweiterung. Nach dem Ankauf des angrenzenden Eckgebäudes R 3, 15 begann im Mai 1925 der Umbau. 1928 erfolgte die Inbetriebnahme. Zum technischen Inventar gehörten jetzt unter anderem eine 32seitige Rotation, fünf Schnellpressen und sieben Setzmaschinen.

Es war ein moderner Betrieb, den die SA-Horden am 9. März 1933 besetzten. Fortan erschien dort das „Hakenkreuzbanner“, das Gauorgan der NSDAP für Nordbaden.